

Januar 2005, FUI 1/05 Preis 2,50 €

FUI

ferstrahltes Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Schwerpunkt: Anti-Atom

Agenda 21 - eine Falle?

Internationales



Vorwort „Liebe Leute“	3	Schwerpunkt: Anti-Atom	19
Termine	4		
Was läuft wo?	5	Internationales	
Energie		Umweltaktionen in Russland	47
Das Lacomaer Teichgebiet - vom Braunkohlebergbau bedroht	7	USA - Kleinvieh macht auch Mist	48
Konzernkritik		Brücke zwischen Ost und West	49
Konzerne machen EU-Politik	9	Big connective website project	50
Müllmilch	11	Gerechtigkeit im Fall Abonne- -der Kampf geht weiter	51
Müller setzt auf Gewalt	12	Rising Tide or low tide?	52
Dicke Luft	12	JMA-Niederlande	52
Mobilität		Agenda 21 - eine Falle?	53
Bahnlinie Salzwedel - Wittenberge akut bedroht	13	Rot-Grün lässt Umwelt links liegen	58
Weitere Zerschlagung der Eisenbahn verhindern	14	Ratat-HUI	59
Wald		Literatur	61
Kritischer Papierbericht	15	Impressum, Abocoupon	62
Rodung des Bannwaldes rückt näher - auf in den Wald!	18	Adressen	63

Liebe Leute,

zum FUI-Schreiben trafen wir uns diesmal, kurz vor dem Jukss, im Greenkids-Büro in Magdeburg. Hier sieht es genauso aus, wie mensch es sich bei einer selbstverwalteten Umweltgruppe vorstellt: Das Büro ist überfüllt mit Aktenordnern, Büchern, Zeitschriften, Büromaterial und Computern. Durch unzählige Plakate an der Wand entsteht eine gemütliche Atmosphäre, so dass mensch sich wohl fühlt, wenn mensch den ganzen Tag am Rechner sitzt und Texte schreibt, korrektur liest und layoutet, Bilder scannt und bearbeitet usw.

Übernachten konnten wir auf einem Matratzenlager in einer befreundeten WG, so dass uns die Isomatten erspart blieben.

Doch nun genug Atmosphäre, schließlich sollt ihr an dieser Stelle auch noch erfahren, was es in diesem Heft zu lesen gibt. Wir präsentieren euch einen umfangreichen Schwerpunkt zum Thema Anti-Atom, der sich vor allem mit der Endlagerproblematik auseinandersetzt. Aber auch die befürchtete Renaissance der Atomkraft und der Tod von Sébastien sind Themen, denen wir uns nicht verschließen wollen.

Außerdem könnt ihr erfahren, dass wertvolle Naturparadiese bedroht sind, zum einen der Bannwald in Frankfurt durch den Bau einer Wartungshalle für den A 380, zum anderen das Lacomaer Teichgebiet durch den dortigen Braunkohletagebau.

Salut, kaixo, privet, hello heißt es wieder an alle AktivistInnen unter euch, die gern mehr über interessante Kampagnen, internationale Gruppen und globale Netzwerke erfahren wollen. Unter der Rubrik Internationales von Seite 47-52 findet ihr die Fortsetzung des Schwerpunkts Internationales Umweltbewegung des letzten FUIs. Once again to all our international activist friends: thanks a lot for all your great help and interviews!

Eine kritische Betrachtung der Agenda 21 und anderer kleiner Vergehen der rot-grünen Regierung könnt ihr Euch im letzten Drittel des Heftes zu Gemüte führen.

Wenn ihr dieses FUI lest, is ja bereits über die Auflösung der BSÖ entschieden worden. Wir wissen derzeit nicht, ob es den Verein im nächsten Jahr noch geben wird. Wir haben uns aber entschlossen, auch wenn der Verein aufgelöst werden sollte, noch ein Abschieds-FUI zu schreiben, ihr werdet also noch mindestens einmal von uns lesen.

Nun wünschen wir Euch erstmal ein wunderbares aktives neues Jahr und kreative Ideen für 2005! Viel Erfolg und auf dass sich Eure Vorsätze für das neue Jahr erfüllen! Hasta la victoria siempre, companeros y companeras de lucha!

Eure FUI-Redaktion

Oliver Fög *Flina* *Oliver*
Sigrid *Ulrich* *Oliver Fög*



**Europäischer Druckwasserreaktor EPR
 Siemens Gefahrstrom**

Januar

12.01.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Umwelt und Arbeit – ein Kapitel voller
Fragen“

Weitere Informationen:

Studentische Vertretung

80290 TU München

Tel: 089/289 - 22990, Fax: 089/289 - 22988

asta-umweltreferat@fs.tum.de

www.fs.tum.de/AStA/umwelt/info/

[rivo](#)

17.01.2005

Ökostrom - Gewissensberuhigung oder Ein-
stieg in die Solargesellschaft? (Ref. Jörg
Bergstedt aus der Projektwerkstatt Saasen)
-Friedensbildungswerk Köln-

19.01.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Von nichts zu viel. Über Suffizienz und
gutes Leben“

Infos siehe oben.

19.01.2005

PRO Umwelt - Workshop:

„Wie kann das Thema Umwelt in das öffent-
liche Bewusstsein gebracht werden?“
-Stuttgart-

Weitere Infos:

Büro des Umweltbeauftragten

Gymnasiumstr. 36

70174 Stuttgart

Tel: 0711 / 2068-252 oder -196,

Fax: 0711 / 2149-9800

umwelt@elk-wue.de

www.gemeindedienst.de

23.01.2005

Naturimpressionen aus den Lacomaer

Teichen

Ton-Dia-Show mit Michael Dieke

-Lacoma-

www.lacoma.de

26.01.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Arzneimittel in der Umwelt“

Infos siehe oben.

26.-31.1.2005

5. Weltsozialforum

- Porto Alegre/Brasilien-

www.forumsocialmundial.org.br

Februar

01.-02.02.2005

Widerstand gegen das Atom-Forum
- Berlin -

www.stopatom.de

wintertage05@web.de

02.02.2005

Ringvorlesung Umwelt an der TU München
„Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Globa-
les Lernen als Bildungsherausforderung“
Infos siehe oben.

11.-12.02.2005

NATO-Sicherheitskonferenz in München

www.no-nato.de

12.02.2005

Seminar zur Endlagerung von Atommüll

- Marienborn bei Helmstedt-

Infos und Anmeldung unter:

Greenkids Magdeburg

Tel: 0391-7272657

20.02.-11.03.2005

Widerstands- und Utopie-Tage 2005

Drei Wochen langer Intensivkurs in Sachen
Selbstorganisation, Direct-Action und
Diskussion um Utopien herrschaftsfreier
Gesellschaft

Projektwerkstatt in Saasen -

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

www.projektwerkstatt.de/saasen

22.02.2005

Veranstaltung zum Widerstand gegen das
Endlager Morsleben

Infos und Anmeldung unter:

Greenkids Magdeburg

Tel: 0391-7272657

24.-25.2.2005

Stadtleben - Tagung

- Dortmund -

Veranstalter: Universität Dortmund VLP,

Tel. 0231/7554815

eMail: mail@kongress-stadtleben.de

März

26.03.2005

Osterfeuer in Lacoma

www.lacoma.de

Später

03.-09.04.2005

Eyfa WinterMeeting

-Kilfenora, Ireland-

www.eyfa.benn.org

10.-17.04.2005

People's week of global action

www.eyfa.org

05.06.2005

Internationaler UN-Tag der

Umwelt und Umwelt-Kinder-Tag

-bundesweit-

www.umweltkindertag.de

19.06.2005

Mobil ohne Auto: MoA-Aktionstag für
sozial- und umweltgerechte Mobilität

-bundesweit-

Seit 1981 größter verkehrspolitischer
Aktionssonntag in der Republik an jedem
3. Sonntag im Juni.

info@mobilohneauto.de

www.mobilohneauto.de

21.06. - 21.06.2005

MoA - Autofreier Hoch-Schultag

-bundesweit-

BSÖ, AfH, Unter den Linden 6. 10099 Berlin

Tel: 030/2093 1749, Fax: 030/2093 1649

HochSchultag@mobilohneauto.de

www.mobilohneauto.de

23.-31.07.2005

Sommercamp in Riebau

Infos und Anmeldung:

www.wendlandcamp.de

mail@wendlandcamp.de

05.08. - 13.08.2005

16. Weltfestspiele der Jugend und Student-
Innen

-Caracas, Venezuela-

Für Frieden und Solidarität!

Weltbund Demokrat. Jugend (WBDj):

www.wfdy.org

International Union of Students (UIS):

www.ius-uie.org

Dt. Vorbereitungskomitee des Welt
festivals:

www.weltfestspiele.de

Münster

Uni Münster stellt auf Recyclingpapier um!

Am 2. Oktober hat das Rektorat beschlossen, die Uni Münster auf umweltfreundliches Recyclingpapier umzustellen. Der Rektorsratsbeschluss lautet: „Das Rektorat beschließt mit Blick auf die vorgetragene Argumente und Erwägungen als Beitrag der Universität zum Umweltschutz, dass grundsätzlich nur noch Recyclingpapier in Kopiergeräten, Druckmaschinen und in Druckern aller Art benutzt wird. Der Beschluss bindet alle Universitätsmitglieder und alle Universitätsangehörigen, soweit sie Papier verwenden, welches aus universitären Haushaltsmitteln erworben ist. Davon unberührt bleibt der Einsatz von Frischfaserpapier für Urkunden und für Schreiben repräsentativ-feierlichen Charakters. Vorhandenes Nichtrecyclingpapier muss aus haushaltsrechtlichen Gründen aufgebraucht werden.“ Der Beschluss mache die Uni Münster ein ganzes Stück weit ökologischer, so Rektor Jürgen Schmidt. Seit 1995 laufen die Bemühungen des AStA, anfangs jedoch erfolglos. Von Anfang an war klar, dass eine wirkliche Umstellung nicht durch Appelle zu erreichen ist. Der AStA hat sich in einem Schreiben an das Rektorat gewandt, in dem ein rechtsverbindlicher Beschluss gefordert wird, der den Einsatz von Recyclingpapier garantiert. Mitunterzeichnet wurde der Brief von di-

versen ProfessorInnen, dem Umweltforum, der Initiative Wirtschaft und Umwelt, der Initiative 2000plus NRW und dem Zentrum für Umweltforschung.
Siehe auch Artikel Seite 14
Info: www.treffpunkt-recyclingpapier.de

solchen Aktionen wird die Akzeptanz ökologisch produzierter Lebensmittel weiter ansteigen.

Kontakt: www.ghg-ol.de

Bielefeld

Großer Erfolg für „Grüne Woche“

Die grüne hochschulgruppe*offene liste (ghg*ol) freut sich über den großen Zuspruch in der „Grünen Woche“: Über 100 Studierende bei den Mensaführungen, zahlreiche Interessierte auf der Fachveranstaltung (Ökologische Landwirtschaftspolitik) mit Michaela Hustedt (MdB) sowie auf der Abendveranstaltung mit Detlef Stoffel (Alternative Bewegung in Bielefeld), eine nette Party mit ökologischem Bier, erfolgreiche Kooperationen mit dem Kiebitzhof (GT) sowie dem Welthaus Bielefeld und nicht zuletzt die mit durchschlagendem Erfolg durchgeführte Umfrage zur Akzeptanz von biologischen Lebensmitteln in der Studierendenschaft - und die Verteilaktion von 1000 „Greenbags“, einer hochwertigen Geschenketüte mit Bio-Produkten (Vielen Dank an www.bioladen.de).

„Die Aktion hat sich anscheinend herum gesprochen wie ein Lauffeuer“, freut sich Sprecherin Vanessa Kleinekathöfer und tröstet die Studierenden, die leider keinen „Greenbag“ mehr ergattern konnten: „Das

muss nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die ghg*ol einen positiven Kontrapunkt zu den Billig-Verramschungen anderer Anbieter setzt. Der Fokus auf eine gesunde Ernährung, die nicht in jeder Hinsicht 'die Welt kostet' bleibt uns weiterhin wichtig!“

Das klare Fazit der „Grünen Woche“ an der Universität Bielefeld: Studierende zeigen ein reges Interesse an qualitativ besseren Lebensmitteln; mit

Berlin

Klimawandel bringt Deutschland Schäden in Milliardenhöhe

Eine Antrittsvorlesung

„Der Klimawandel wird Schäden in Milliardenhöhe allein in Deutschland verursachen, wenn die internationalen Staaten sich auf keine einheitliche Linie zur Treibhausgasreduktion einigen können“ sagt Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und neuberufene Professorin an der Humboldt Universität Berlin. In ihrer Antrittsvorlesung zum Thema „50 years after tomorrow - where will we be? Oder: die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels“ am Mittwoch, 1. Dezember 2004 an der Humboldt Universität berichtete sie über die möglichen gefährlichen Schäden des globalen Klimawandels. Extreme Wetterereignisse nehmen Tag für Tag immer weiter zu, die Kosten steigen dramatisch. Allein in den letzten Jahren sind die Schäden um den Faktor 15 gestiegen. In 50 Jahren wird man weltweit mit Schäden in Höhe mehrerer Milliarden Euro rechnen müssen. Auch Deutschland bleibt von den Auswirkungen des globalen Klimawandels nicht mehr verschont: Ob Hochwasserkatastrophen, Stürme oder extreme Hitze - Naturereignisse wie im Sommer 2003 machen auch vor Deutschlands Türen nicht mehr halt. Deshalb werden auch in Deutschland volkswirtschaftliche Schäden von über 100 Milliarden Euro anwachsen. „Jährlich steigen die Kosten des Klimawandels drastisch an, die Länder müssen sich dringend Maßnahmen überlegen, wie sie die Treibhausgase vermindern müssen, damit die Kosten nicht noch weiter steigen“ sagt die Wissenschaftlerin. „In 50 Jahren werden wir erhebliche Folgeeffekte des Klimawandels bewältigen müssen, da wir den Klimawandel nicht mehr stoppen können, auch wenn wir heute alle Treibhausgase auf Null reduzieren würden“, so die Einschätzung Claudia Kemferts.

Ossietyzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Hanns Heinz Bauer
Ausgehöhlttes Grundgesetz
Werner René Schwab
Furien und Taranteln
Martin Petersen
Reich und schön in zehn Minuten
Dietrich Kittner
Wir sind gar nicht so
Ingrid Zwerenz
Lesen und sich belernen
14

Mit weiteren Texten von Eckart Spoo, Matthias Biskupek, Ralph Hartmann, Arno Klönne, Manfred Sohn, Monika Köhler, Wolfgang Bittner, Anne Dessau u.a.

Bestellung:
Jahresabo zu € 52,-
(Ausland zu € 84,-),
Halbjahresabo zu € 29,-

Verlag Ossietyzky
Vordere Schöneworth 21
30167 Hannover
www.sopos.org/ossietyzky
Fax 05 11 - 876 548-49
ossietyzky@interdruck.net

Hamburg

Ein (un)moralisches Angebot: Mensch-Tier-Beziehung

Vorwort zur Tierrechtsaktionswoche:

Tierische Produkte auf dem Teller in der Mensa oder anderswo stellen für sehr viele Menschen eine Selbstverständlichkeit dar. Es scheint das Normalste zu sein, Fleisch, Milch, Eier etc. zu konsumieren. Die Frage nach der Herkunft stellen sich die meisten am liebsten nie. Viele Menschen ertragen es nicht, mit anzusehen oder zu hören, wenn jemand ein Tier quält. Dies muss auch niemand, denn die Einrichtungen, in denen das geschieht, wurden ausgelagert - sowohl aus der Wahrnehmung als auch aus ihrem Gewissen.

Das gequälte Tier erscheint nur noch als fertiges Endprodukt auf unseren Tellern oder als Leder/Pelz an unseren Körpern. Tiere aber sind fühlende Wesen. Jedes Stück Fleisch und jedes Glas Milch bedeutet für das Tier ein Leben in Ausbeutung und Qual. Tiere werden von unserer Gesellschaft verdinglicht, als bloß zu verwertende Objekte angesehen und in letzter Konsequenz dieser Logik massenweise in den Tod geführt.

Mit dieser Veranstaltungsreihe wollen wir aber zeigen, dass diese Frage noch viel grundsätzlicher ist. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die unser Verhältnis zu Tieren bestimmen, werden ebenso wenig wahrgenommen, wie das Leid der Tiere selber. Sie aber sind die Ursache für die Art und Weise, wie Tiere von uns vernutzt werden und ihnen gilt unsere Kritik.

München

Ringvorlesung TU München

Auch in diesem Jahr findet an der TU München wieder eine Ringvorlesung „Umwelt“ statt. Veranstaltungen jeweils um 19.30 Uhr. Der erste der sechs Vorträge (24.11.04) beschäftigt sich mit „**Gesundheitlichen Auswirkungen von Diesel- Rußpartikeln**“, die in Verdacht stehen, Lungenkrebs zu verursachen, den Langzeitwirkungen des Staubes auf die menschliche Gesundheit und

der Möglichkeit der Risikoreduktion. Der zweite Vortrag („**Hat die Kernenergie eine Zukunft?**“, 08.12.04) befasst sich mit den aktuellen unterschiedlichen Auffassungen einzelner Staaten zum Thema, in Deutschland besonders die Frage, wie (nach dem Auslaufen der Atommeiler) die Stromversorgung zu bewerkstelligen sei. Der dritte Beitrag „**Umwelt und Arbeit**“ am 12.01.05 beschäftigt sich mit Fragen wie: Warum schafft Umweltschutz Arbeit?, Welche Arbeit steht unter dem Stern des Umweltschutzes? Der Vortrag am 19.01.05 „**Von nichts zu viel**“ befasst sich mit Suffizienz: Suffizienz wird als ein unentbehrlicher und unersetzbarer Teil der Suche nach Nachhaltigkeit begründet. Als Frage nach dem, was genug ist, was gut tut und gut bekommt und damit als Frage nach dem gelingenden Leben wird sie in ihren persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Bezügen behandelt und auf die akute soziale Situation bezogen. Die Vorlesung wendet sich sowohl an BefürworterInnen als auch an Skeptiker in puncto Suffizienz - Diskussion erwünscht. Im fünften Beitrag „**Arzneimittel in der Umwelt**“ befasst sich der Referent am 26.01.05 mit der Problematik von in die Umwelt gelangten Arzneimitteln und einer eventuellen Gefährdung für Menschen. Die letzte Vortrag am 02.02.05 „**Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit – Globales Lernen als Bildungsherausforderung**“: Im Kontext der Globalisierung stellen Fragen internationaler Gerechtigkeit eine immer größer werdende Bildungsherausforderung dar. Da Menschen dazu tendieren, eher lokal zu denken und zu handeln, besteht eine der größten Aufgaben darin, das Verständnis für diese Wechselbeziehungen zu vermitteln, damit es in angemessenes Handeln umgesetzt werden kann. Globales Lernen ist eine Konzeption, mit der auf die Herausforderungen einer vernetzten und globalisierten Weltgesellschaft reagiert werden kann. Innerhalb von Bildungsprozessen können jene Kompetenzen erworben werden, die Orientierungen im Umgang mit Komplexität ermöglichen. Dabei ist Globales Lernen dem Leitbild verpflichtet, die Welt ökologisch, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten.

Infos unter www.fs.tum.de/AstA/umwelt/rivo
mail: asta-umweltreferat@fs.tum.de

Vielerorts

Niedersachsenweites Semesterticket kommt!

Immer mehr niedersächsische Unis ermöglichen ihren Studierenden, mit dem Semesterticket in ganz Niedersachsen umsonst mit der Bahn zu fahren. An vielen großen Hochschulen (zum Beispiel in Hannover, Hildesheim, Göttingen, Braunschweig) haben die Studis zum Preis von ca. 45 € die Möglichkeit, mit den Regionalzügen der DB AG zu fahren - unabhängig von Tag und Zeit. Nur wenige Strecken sind davon ausgenommen, so zum Beispiel die der Nord-West Bahn. Und es sieht so aus, als würde diese Möglichkeit bald noch mehr Studierenden zukommen. In Lüneburg läuft momentan eine (nicht repräsentative) Umfrage zum Thema, welches Semesterticket die Studis sich wünschen. Auch in Clausthal ist die Hoffnung auf eine kostengünstige Nutzung der Bahn noch nicht gestorben.

≠ mobilogisch!

Ökologie • Politik • Bewegung

In der Winter-Ausgabe lesen Sie:

Straßenbau

Breitere Straßen mit neuen Richtlinien

Fußverkehr

Gehen für ein gesundes Leben

Fahrradverkehr

Radverkehrsplan: Gut geplant...

Luftverschmutzung

Kleine Teile aus dicken Brummern

Probeheft gratis? Bestellen!

Probeabo: 3 Ausgaben für 10 €

Anfordern bei: **≠ mobilogisch!**

Exerzierstr. 20 • 13357 Berlin

Fon 030/ 492 - 74 73 • Fax - 79 72

abo@mobilogisch.de

www.mobilogisch.de



Das Lacomaer Teichgebiet

- vom Braunkohlenbergbau bedroht

Lacoma ein kleines Dorf am Stadtrand von Cottbus, ganz im Osten Deutschlands gelegen, sollte schon vom DDR-Kohlekombinat für tot erklärt werden, um die darunterliegende Braunkohle abzubauen. Ob es der neue Energiekonzern Vattenfall schaffen wird, ist noch nicht sicher, denn das von den ursprünglichen Bewohnern schon einmal leergezogene Dorf wurde von jungen Menschen neu besiedelt.

Der Kampf um das Dorf Lacoma währt schon viele Jahre. Im März 1983 wurde den ca. 150 Bewohnern des Ortes bekannt gegeben, dass ihr Dorf dem Braunkohle-tagebau Cottbus-Nord weichen soll. Durch ihren hartnäckigen und zunächst geschlossenen Widerstand konnten die Dorfbewohner nur erreichen, dass sie nicht wie bisher üblich in Plattenbausiedlungen aufgeteilt, sondern gemeinsam umgesiedelt wurden. Die Mehrzahl der Bewohner verließ das Dorf schon in den Jahren 1987-1990. Ein Teil der Höfe wurde bereits abgerissen. Im Zuge der Wende ging nach 1989 der Strombedarf und die Kohleförderung in der Lausitz aber massiv zurück, so dass sich der Überbaggerungstermin um mehr als 15 Jahre verschob. Es formierten sich erneut Initiativen zu Wiederbelebung und Erhalt von Dorf und Landschaft.

Die Vorgeschichte

Mehr als 25.000 Menschen aus 78 Orten der Lausitz wurden im 20. Jahrhundert von der Braunkohleindustrie umgesiedelt. Allein



Gemeinsame Protestaktion von Robin Wood und Aktivisten aus Lacoma vor der Vattenfall-Zentrale

der Tagebau Cottbus-Nord zerstörte lange vor Lacoma die Dörfer Tranitz, Groß und Klein Lieskow und damit eine Kernzone des Siedlungsgebietes der sorbischen nationalen Minderheit. Der entstehende Tagebausee soll „Cottbuser See“ heißen, mit dem Gegenvorschlag „Lieskower See“ hat man sich nie ernsthaft auseinandergesetzt.

Die Werte

Das vom Kohleabbau bedrohte Lacomaer Teichgebiet ist nicht nur der erwiesenermaßen ökologisch wertvollste Bereich der Stadt Cottbus, hier ist die größte Population der Rotbauchunke (mehrere Tausend Tiere) in Brandenburg beheimatet. Ähnlich bedeutsam das Vorkommen des Laubfroschs. Hier jagen Fischotter und Seeadler, brüten Wiedehopf und Schellente. Mehr als 100 Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste wurden gezählt. Die Haltung von Karpfen durch die Peitzer Edelfisch GmbH und damit die jährliche Bespannung der Teiche (vorgesehen bis 2005) erhält das Naturparadies zunächst noch aufrecht.

Dies wird durch die Grundwasserabsenkung des nahenden Tagebaus bereits immer schwieriger.

Neben den Naturschützern haben auch Erholungssuchende das kleine Gebiet seit Jahren für sich entdeckt. Ein solches Gebiet direkt vor den Toren der Großstadt zu erhalten, müßte wichtigster Grundsatz jeder Stadtplanung sein. Bisher regiert jedoch in Cottbus die traditionelle Verbundenheit zur Kohlewirtschaft, auch wenn diese ständig weniger Arbeitsplätze sichert.

Energiepolitisch notwendig?

Der Tagebau Cottbus-Nord wird vom Stromkonzern Vattenfall betrieben. Die Kohle wird (zusammen mit der aus anderen Tagebauen) im Kraftwerk Jänschwalde verstromt. Zweifel, ob eine bergbauliche Inanspruchnahme der Lacomaer Teiche energiepolitisch notwendig ist, bestehen schon seit 1990. Inzwischen ist Jänschwalde das älteste ostdeutsche Kraftwerk, mit dem geringsten Wirkungsgrad und hohem Bedienungsfaktor.

Das Gemeinwohlziel einer „sicheren Energieversorgung“ ist auch ohne Zerstörung Lacomas jederzeit gegeben. Das Kraftwerk könnte auch ohne Zerstörung von Lacoma in den nächsten Jahren mit mindestens 20 Mio Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr versorgt werden. Dabei wäre weder die Abschaltung eines der sechs Kraftwerksblöcke, noch die Entlassung im Kraftwerk Beschäftigter tatsächlich notwendig. Lediglich die Auslastung des Kraftwerkes wäre geringer, gegenüber der geplanten Verstromung von mehr als 25 Mio t pro Jahr, würde Vattenfall u.U. also weniger Profit erwirtschaften. Das jedoch hat mit Gemeinwohl recht wenig zu tun, und kann die Zerstörung einer einmaligen Landschaft nicht legitimieren.

Das Umweltbundesamt hat im Oktober 2004 eine Studie veröffentlicht, nach der Braunkohlewirtschaft in Deutschland hoch subventioniert wird. Die Vergünstigungen belaufen sich jährlich auf dreistellige Millionensummen!

Das 214seitige Gutachten „Braunkohle - ein subventionsfreier Energieträger?“ kann als PDF-Datei beim Umweltbundesamt (www.umweltbundesamt.de) heruntergeladen werden.

Die Alternative

Naturschutzfachleute (so die Verfasser des Landschaftsplanes Cottbus) fordern seit Jahren, den Tagebau südlich des Hammergraben-Altlaufes zu stoppen. Dann könnte sich die gewachsene kleinteilige Kulturlandschaft um Lacoma mit dem neuerschaffenden See reizvoll ergänzen. Bei entsprechend behutsamer Herangehensweise könnte eine Landschaft entstehen, die Wohnen, Landnutzung, Naturschutz und Erholung sinnvoll miteinander verbindet und Vorbildwirkung weit über Cottbus hinaus hätte.

Die Verfahren

Landesplanerisch fällt die Entscheidung im Braunkohlenplanverfahren, dass für den Tagebau Cottbus-Nord erneut eröffnet wurde. Ein Braunkohleplan ist eine übergeordnete Planung und damit keine direkte Genehmigung für den Tagebau. Die muss in Verfahren nach dem Wasser- und Bergrecht extra eingeholt werden. Beim Genehmigen allerdings müssen sich die Behörden an den Braunkohlenplan halten, so denn gerade ein rechtsgültiger da ist.

Aufgrund einer erfolgreichen Verfassungsklage steht zum Beispiel fest, dass der alte Braunkohlenplan von 1994 nicht verfassungsgemäss zustande gekommen ist. Das ist auch der Grund, warum er jetzt überarbeitet noch einmal beschlossen werden soll. Mit diesem Verfahren ist die Abwägung aller Planinhalte noch einmal zu treffen! Neben vielen schönen Formulierungen, die Beeinträchtigungen durch den Tagebau vermeiden oder ausgleichen sollen, enthält der Entwurf des Planes jedoch ganz zu Anfang das, was danach als „unvermeidbar“ gelten soll: die Festlegung der Abbaukante und damit das Todesurteil für die Lacomaer Teiche. Im September 2003 wollte die Landesregierung den Plan für verbindlich erklären. Wegen des Verfahrens der EU-Kommission gegen Deutschland (s.u.) ist das nun auf unbestimmte Zeit verschoben.

Der bergrechtliche Rahmenbetriebsplan für den Tagebau wurde ebenfalls 1994 genehmigt. Die Grüne Liga klagte gegen diese Zulassung wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Der Klage wurde vom Verwaltungsgericht Cottbus im April 2000 stattgegeben, in den beiden fol-

genden Instanzen (OVG Frankfurt/Oder 2001 und BVG Berlin 2002) jedoch abgewiesen. Gleichzeitig hat die Unterlassung eines Planfeststellungsverfahrens mit UVP jedoch auch die Folge, dass es keine sogenannte Konzentrationswirkung gibt, das heißt noch weitere Genehmigungen (z.B. Naturschutzrecht, Wasserrecht) fehlen.

Vattenfall hat als nächsten Schritt die wasserrechtliche Genehmigung zur Beseitigung der Teiche beantragt. Hier ist nun eine UVP unumgänglich und hier stauen sich alle Probleme auf, die vorher jahrelang verdrängt werden konnten: Aufhebung des Landschaftsschutzgebiets-Status genauso wie Ausgleich und Ersatz. In diesem Planfeststellungsverfahren sind nicht nur mehrere hundert Einwendungen von betroffe-



nen Bürgern eingegangen, sondern das vorgeschlagene Ersatzkonzept (mit neuen Teichen nahe Maust) wurde von den zuständigen Fachbehörden eindeutig als ungeeignet und unzureichend abgelehnt. Folge: das verfahrensführende Landesbergamt musste Anfang 2003 von Vattenfall ein neues Konzept fordern. Da Vattenfall bereits vor Einreichen seines ersten Konzeptes die abweichenden Auffassungen des Landesumweltamtes kannte, bleibt schleierhaft, warum man sich in Senftenberg auf diese Kraftprobe eingelassen hat. Die Folge ist jedenfalls eine weitere gewaltige Verzögerung des Verfahrens. Der neue Antrag wurde im Januar 2004 eingereicht. Diesmal sprachen sich sogar um die 2000 Menschen gegen das Vorhaben aus. Im vorgesehenen Gebiet für die Ausgleichsmassnahmen, der Spreeaue nördlich von Cottbus, formierte sich eine Bürgerinitiative von Grundeigentümern, die ihr Land nicht den Vattenfall-Plänen zur Verfügung stellen wollen.

Im Dezember 2002 hat die Laubag (jetzt Vattenfall) rechtlich einen herben Rückschlag erlitten: Sie hatte für den Bau von Entwässerungsanlagen in den Jahren 2003

und 2004 keine Genehmigung erhalten. Das Umweltamt erteilte keine Befreiung von den Verboten des Landschaftsschutzgebietes. Damit darf Vattenfall vorerst keine zerstörerischen Tatsachen schaffen, bevor das o.g. Planfeststellungsverfahren zu einem Ergebnis kommt.

Im Jahr 2000 wurden im Land Brandenburg die nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) wertvollen Gebiete ausgewählt und an die EU gemeldet. Nach EU-Recht darf dabei nur nach naturschutzfachlichen Kriterien vorgegangen werden. Obwohl die Lacomaer Teiche aus fachlicher Sicht unbedingt zu melden waren (wie durch ein unabhängiges Gutachten bewiesen), versuchte das Land scheinbar, bereits bei dieser

Auswahl den wirtschaftlichen Belangen Vorrang einzuräumen. Damit wurde europäisches Recht verletzt und eine FFH-Verträglichkeitsprüfung unterlaufen, die sich der Frage nach der Vertretbarkeit der Zerstörung Lacomas noch einmal stellen müßte. Nunmehr hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Mitgliedsland Deutschland eröffnet. Der Nachweis der „prioritären“ FFH-Art Eremit im

Spätsommer 2003 gab diesem Verfahren zusätzlichen Zündstoff. Die Landesregierung war dadurch gezwungen, am 16.12.2003 die Nachmeldung des Gebietes nach Brüssel zu beschließen. Nun hofft das Land, die EU-Kommission wird einer Zerstörung des Teichgebietes zustimmen, wenn ein Ausgleich in der Spreeaue nördlich von Cottbus angeboten wird.

Die Grüne Liga setzt sich gemeinsam mit den anderen Naturschutzverbänden dafür ein, daß jede rechtliche Möglichkeit genutzt wird, die zu einer kritischen Überprüfung der bisherigen Entscheidungen führt. Dazu werden auch weiterhin gerichtliche Schritte gehören müssen. So wurde am 7. Juni ein Eilantrag beim Verwaltungsgericht Cottbus eingereicht, um akute Beeinträchtigungen der geschützten Landschaft zu unterbinden.

von René Schuster, Grüne Liga Brandenburg (Stand 10/04)

Weitere Informationen unter:
www.lacoma.de
www.robinwood.de/energie

Konzerne machen EU-Politik

EU-Kommission immer industriefreundlicher

Die neue EU-Kommission hat sich vollends dem Primat der Ökonomie verschrieben. Die Riege um Präsident José Barroso hat sich vorgenommen, die *Lissabon-Strategie* konsequent zu verfolgen, wonach Europa bis 2010 „die wettbewerbsfähigste Wirtschaft der Welt“ werden soll. Dabei erwies sich in der Vergangenheit besonders die Umweltpolitik als störend. In Gestalt der Chemikalien-Verordnung brachte diese BAYER & Co. gehörig gegen Brüssel auf. Ihr Protest gegen das Vorhaben führte schließlich zu einer Neuausrichtung der gesamten EU-Politik.

Eigentlich ist es die normalste Sache der Welt: Wenn Unternehmen ein neues Produkt herausbringen, müssen sie gesundheitsgefährdende Wirkungen ausschließen können. Bei der Chemie stimmt das jedoch nicht. Auf dem Markt tummeln sich tausende niemals auf ihr mögliches Schadenspotenzial hin untersuchte Stoffe. Unter der Umweltkommissarin Margot Wallström nahm sich die EU endlich dieses unhaltbaren Zustandes an. Mit der Chemikalien-Verordnung wollte die Schwedin die Chemie-Firmen zu den entsprechenden Tests verpflichten. Die Konzerne stiegen auf die Barrikaden und entwarfen ein Horror-Szenario: immenser bürokratischer Aufwand, große Mehrkosten und drohende Arbeitsplatz-Verluste in Millionen-Höhe.

Auf dem kurzen Dienstweg wandte sich Bayer umgehend an Bundeskanzler Gerhard Schröder. Dieser intervenierte sogleich beim damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi und wettete bei jeder Gelegenheit gegen „diese Dame aus Schweden“, Umweltkommissarin Margot Wallström. Die Bundesregierung brachte das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Mit Erfolg. Schröder meldete 2003 auf der Mitgliederversammlung des Europäischen Chemie-Verbandes CEFIC Vollzug und dankte dem Industrie-Kommissar Erkki Liikanen für seine Obstruktionspolitik. „Die Kommission hat einen ersten Entwurf des neuen Zulassungsverfahrens für chemische Stoffe Anfang Mai veröffentlicht. Wenn ich das mit dem vergleiche, was ursprünglich gewollt und in Form von Büchern auf dem Tisch lag, hat sich ihre Arbeit, Herr Liikanen, gelohnt“, führte der Bundeskanzler aus und lobte den Finnen dafür, „dass industrie-politisches Denken mehr als früher Gegenstand von Kom-

missionsarbeit geworden ist“. Mehr als früher, aber noch lange nicht genug, befand Wolfgang Clements Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch: „Die Industrie-Politik hat in der EU kein eigenes politisches Standbein“. Eigentlich sollte die von den MinisterpräsidentInnen im März 2000 beschlossene *Lissabon-Strategie* ihr eines verschaffen. Die PolitikerInnen wollten aus Europa mit dieser Richtschnur bis zum Jahr 2010 „die wettbewerbsfähigste wissensgestützte Wirtschaft der Welt“ machen. Aber mit Chemie-Gesetzen und anderen nicht zum imperialen Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten rückt dieses Ziel in weite Ferne, urteilten die Industrie-PolitikerInnen.

Adamowitsch setzte sich flugs daran, den Abstand zu verringern. Er führte Geheim-Gespräche mit französischen und britischen RegierungsvertreterInnen und schmiedete die „Koalition der Industrieländer“ - ein Übereinkommen der wirtschaftlich leistungsfähigsten EU-Staaten, um die Interessen von „nationalen Champions“ wie Bayer künftig noch stärker zu berücksichtigen. Unter anderem trat die Koalition dafür ein, in Zukunft jedes EU-Gesetz einer Art Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.

Der Brüsseler Lobby-Verband von Bayer & Co., der European Roundtable of Industrialists (ERT) witterte Morgenluft. Bayer-Aufsichtsrat Manfred Schneider und die anderen Mitglieder, die sich durch „Zugang zu höchsten Regierungsmitgliedern“ ihr Entrée in den exklusiven Club verschafft haben, schrieben im Februar 2004 zum Frühjahrsgipfel der EU einen Brief an den Ratsvorsitzenden Bertie Aherm. Daran gaben sie ihrer „tiefen Sorge über die fortgesetzte Aushöhlung der europäischen

Wettbewerbsfähigkeit Ausdruck“ und verlangten als Muntermacher einen EU-Kommissar, „der sich exklusiv um alle Aspekte einer zum Wachstum führenden Industrie-Strategie kümmert“. Schröder schloss sich dem Begehren nach einem Super-Kommissar postwendend an. Er wusste sogar schon einen geeigneten Kandidaten für das Amt: Günter Verheugen.

All diese industrie-politischen Wünsche erfüllten sich mit der neuen Kommission. Präsident José Manuel Durão Barroso erklärte das Vorantreiben der Lissabon-Strategie zum höchsten Ziel seiner Regierungsmannschaft. Als sein Stellvertreter bei der Koordination des Vorhabens fungiert der von Schröder auserkorene Super-Kommissar Günter Verheugen. Formell hat er zwar nicht mehr Rechte als seine KollegInnen, weil das gegen geltende EU-Gesetze verstoßen hätte, aber es handle sich doch um eine „ganz herausgehobene Position“, freute sich der Kanzler und mit ihm DGB-Chef Michael Sommer und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Bei der Anhörung durch das EU-Parlament ließ Verheugen keinen Zweifel an seiner Amtsauffassung. Die Kommission werde sämtliche Instrumente einsetzen, um allen Unternehmen so günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie auf dem Weltmarkt mithalten können, führte er aus. Über viele dieser Instrumente verfügt der Industrie-Kommissar selber. Ihm obliegt es, das Primat der Ökonomie durchzusetzen. Er kann alle Gesetzes-Entwürfe auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit hin prüfen und gegebenenfalls ein Veto einlegen. Bei der Chemikalien-Verordnung liegt es sogar komplett in seiner Hand, solche Zweifel gar nicht erst aufkommen zu lassen. Verheugen – und nicht etwa der Umweltkommissar –

organisiert nämlich die Umsetzung, schließlich verdankt er der Auseinandersetzung um die Regelung seinen Arbeitsplatz.

Der Vorsitzende des EU-Umweltausschusses Karl-Heinz Florenz (CDU), dürfte Verheugens Arbeit tatkräftig unterstützen. Er entstammt Bayers Homeland Nordrhein-Westfalen und geht beim Konzern ein und aus. Als die Bayer-Abteilung „Gouvernemental & Product Affairs“ (GPA) in Straßburg zu einem „Parlamentarischen Abend“ lud, machte er dem Gastgeber viel Freude und trat für eine Maximal-Lösung in Sachen Chemie-Gesetz ein. „Bei der weiteren Diskussion ist es mit einem bloßen Drehen an den Stellschrauben nicht getan – diese Verordnung muss komplett überarbeitet werden“, ereiferte sich Florenz.

Widerstand gegen diese konzertierte Aktion ist von Seiten des Umwelt-Kommissars nicht zu erwarten. Margot Wallström wurde auf das VizepräsidentInnen-Amt weggelobt, und ihr von der *Faz* als wirtschaftsnah bezeichneter Nachfolger Stavros Dimas sieht sich ihrem chemie-kritischen Kurs nicht verpflichtet. „Für die wirtschaftliche Reform-Orientierung der Kommission spricht auch die Besetzung des Umwelt-

Ressorts“, urteilt die Zeitung deshalb. Für diese Reform-Orientierung sprechen die anderen personal-politischen Entscheidungen ebenfalls. Die Niederländerin Neelie Kroes-Smit empfahl sich durch zwei Dutzend Aufsichtsratsmandate, BeraterInnen-Verträge und die Verwicklung in einen Umwelt-Skandal für den Job der Wettbewerbskommissarin und Peter Mandelson durch die Neoliberalisierung der Labour-Party in Tateinheit mit Tony Blair für den des Außenhandelskommissars. Dem Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy eilt der Ruf eines „keltischen Thatchers“ voraus und der Spanier Joaquín Almunia führte sich durch sein Eintreten für weitere Sozial- und Renten-Reformen bestens in die Kommissarsrunde ein. Nur die härtesten Fälle, den katholischen Fundamentalisten Rocco Buttiglione und die ihre Karriere der Öl-Industrie verdankende und mit ihrer Partei in einen Spenden-Skandal verwickelte Lettin Ingrida Udre akzeptierte das Straßburger Parlament nicht.

Aber am neoliberalen Kurs Europas ändern diese kleinen Korrekturen nichts. Seit einiger Zeit weisen alle Signale in diese Richtung. Der im September veröffentlichte

Arbeitsmarkt-Report plädierte für eine Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte und für Privatisierungen im Dienstleistungsbereich. Letzterem hat sich auch die Bolkenstein-Richtlinie und die zur Evaluierung der Lissabon-Strategie eingesetzte Kok-Kommission verschrieben. Ihre Bilanz fiel düster aus, Europa fehlt es am „richtigen Klima für Unternehmer“, konstatierte die Riege um den früheren holländischen Ministerpräsidenten Wim Kok und trat nicht nur für die Privatisierung von Dienstleistungen, sondern von allem, was nicht niet- und nagelfest ist, ein. Über ihre Vorschläge zur Neuausrichtung des Lissabon-Projekts, das die bundesdeutsche Monopol-Kommission wegen ihres imperialistischen Charakters als tief in „der militärischen Denk-Tradition“ stehend geißelte, beraten die europäischen Ministerpräsidenten bei einem Treffen im März.

von Jan Pehrke

Coordination gegen BAYER-Gefahren

CBGnetwork@aol.com

www.CBGnetwork.de

Einfluss von Konzernen begrenzen

In einem Offenen Brief an José Manuel Barroso fordern mehr als 50 Organisationen aus ganz Europa, den „exzessiven Einfluss industrieller Lobbygruppen auf die EU-Politik einzuschränken“. Die Unterzeichner schlagen vor, alle Wirtschaftsbeziehungen der an den Gesetzgebungsverfahren der EU beteiligten Personen offen zu legen. Für EU-Kommissare, die in die Industrie wechseln wollen, solle eine Sperrfrist gelten. Lobbyorganisationen und PR-Firmen müssen nach US-Vorbild verpflichtet werden, regelmäßig Berichte über ihre Tätigkeit, ihr Budget und ihre Klienten zu veröffentlichen und in öffentlich zugänglichen Datenbanken zugänglich zu machen.

Die Kritiker monieren darüber hinaus die zunehmend industrie-freundliche Ausrichtung der EU-Kommission, wie sie sich unter anderem in dem Ansinnen zeigt, Verbraucherschutz- und Umweltgesetze künftig auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit zu prüfen. Schließlich fordern die Organisationen, den privilegierten Zugang von

Lobbyorganisationen wie European Roundtable, European Services Forum oder Trans-Atlantic Business Dialogue zur EU-Kommission zu unterbinden.

Allein in Brüssel arbeiten 15.000 Lobbyisten, die zum größten Teil auf der Lohnliste von Unternehmen und Lobbyverbänden stehen. Häufig treten sie als Experten oder „Verbraucherschützer“ auf, ohne ihre Kontakte zu PR-Firmen, Konzernen oder wirtschaftlichen Interessensgruppen offen zu legen. Verbesserungen der Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Gesetzgebung werden hierdurch regelmäßig geschwächt oder blockiert.

Aktuell steht der Fall des Bromine Science and Environmental Forum (BSEF), das sich vehement gegen eine Regulierung gefährlicher Flammschutzmittel einsetzt, in der Kritik. Erst Recherchen von Umweltgruppen deckten auf, dass sich hinter dem BSEF eine von der Chemie-Industrie finanzierte PR-Firma verbirgt.

Zu den Unterzeichnern gehören: Attac Frankreich, Attac Spanien, BUND, Greenpeace Europe, Friends of the Earth England, Corporate Europe Observatory

Den Offenen Brief im Original finden Sie unter:

www.corporateeurope.org/barroso.html

**STICHWORT
BAYER**

Widerstand gegen

Konzernmacht. Konkret,

spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

**KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...**

Müll-Milch

Milch von Kühen, die genmanipuliertes Tierfutter fressen, darf „Gen-Milch“ heißen - unabhängig davon, ob im Endprodukt Milch Genveränderungen nachweisbar sind.

Das hat das Oberlandesgericht (OLG) Köln am 28. Oktober 2004 in zweiter Instanz entschieden. Damit hat das Gericht eine einstweilige Verfügung der Unternehmensgruppe Theo Müller GmbH & Co. KG gegen Greenpeace im Kern aufgehoben.

Wie alles anfing:

Der Milchkonzern Müller weigerte sich im Frühjahr 2004 zunächst strikt, auf eine Umfrage des Greenpeace-EinkaufsNetzes zu „Gentechnik im Essen“ zu reagieren. Doch im April 2004 hat Müller eingelenkt und ließ über seine Anwälte mitteilen, die Firma habe „alles in ihrem Einflussbereich Mögliche getan, um den Einsatz von gentechnisch verändertem Tierfutter auszuschließen“.

Diese Aussage entpuppte sich jedoch als falsch: Greenpeace fand in Futtermittel-Stichproben bei vier Höfen, die Müllermilch beliefern, einen erheblichen Anteil gen-

manipulierter Soja. Seither bestreitet Müllermilch nicht mehr, dass im Futtertrog der Milchkühe Gen-Futter landet. Doch statt auf Gen-Futter zu verzichten, zerrte Müller Greenpeace vor Gericht.

Gen-Milch muss keine Gen-Schnipsel enthalten

Am 23. Juni 2004 erteilte das Landgericht Köln eine einstweilige Verfügung. Greenpeace wurde danach untersagt, Begriffe und Slogans wie zum Beispiel „Gen-Milch“ oder „Alles Gen-Milch, ...oder was?“ zu verwenden. Greenpeace hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und am 28.10.2004 vor dem Oberlandesgericht Köln in wesentlichen Teilen Recht bekommen.

Das Gericht stellt in zweiter Instanz fest, dass der Begriff „Gen-Milch“ auch verwendet werden darf, wenn gentechnisch veränderte Gen-Abschnitte in der Milch nicht nachgewiesen werden können. Zum einen sei bisher wissenschaftlich noch nicht widerlegt worden, dass Gen-Abschnitte von Gen-Pflanzen in die Milch gelangen können. Zum anderen sei der Begriff zulässig, um auf die Verfütterung von Gen-Futter aufmerksam zu machen.

Greenpeace bleibt lediglich weiterhin untersagt, Müller-Produkte in Supermärkten mit Aufklebern zu kennzeichnen und eine Aktions-E-Card im Internet zu verbreiten, durch die der Werbeauftritt von Müllermilch satirisch verfremdet wurde.

Müller zieht auch Bestrafungsantrag zurück

Das Urteil des Oberlandesgerichtes beruft sich im Kern auf die im Grundgesetz verbürgte freie Meinungsäußerung und ist ein Präzedenzfall für die Rechte von Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen. Diese dürfen Verbraucher aufrufen, Produkte aus unökologischer oder risikoreicher Herstellung nicht zu kaufen - „selbst wenn dadurch private oder wirtschaftliche Interessen beeinträchtigt werden“.

Nach diesem Erfolg hat der Milchkonzern auch einen Bestrafungsantrag gegen die Umweltschützer zurück gezogen. Müller hatte beim Landgericht Köln ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro beantragt, weil Greenpeace öffentlich den Begriff „Gen-Milch“ in Zusammenhang mit Müllerprodukten verwendet hat.

Am Supermarktregal entscheidet sich der weitere Anbau von Gen-Pflanzen

Greenpeace prangert „Gen-Milch“ von Müller vor allem deshalb an, weil der Milchriese durch die Verfütterung von Gen-Pflanzen deren Anbau weltweit fördert. Gen-Pflanzen breiten sich in der Natur unkontrolliert aus und machen eine gentechnikfreie Landwirtschaft langfristig unmöglich. Durch Ihre Wahl am Supermarktregal können Sie Anbau von Gen-Pflanzen zurückdrängen.

Ausführliche Informationen zum Gerichtsurteil vom 28.10.2004 finden Sie unter www.muell-milch.de



Müller setzt auf Gewalt

Bilanz eines friedlichen Nikolausbesuchs beim Molkereibetrieb Müller: zwei zerstörte Kameras, zwei fehlende Speicherkarten, zerrissene Nikolauskostüme, Schürf- und Schnittwunden, Prellungen und Blutergüsse sowie eine malträtierte Lendenwirbelsäule. Ein Fotograf ist für die nächsten Tage krank geschrieben.

Eine Gruppe von acht Greenpeacern protestierte am Montag vor der Konzernzentrale im bayerischen Aretsried dagegen, dass Müller Milch von Kühen verarbeitet, die mit Gen-Futter gefüttert werden. Dabei wollten die Greenpeacer Müller nur davon überzeugen, dass es auch ohne Gen-Futter geht. Sie hatten Öko-Joghurts und Öko-Buttermilch als Nikolausgeschenke dabei, um sie an die Angestellten zu verteilen.

Was sich vor dem Werk abspielte, berichteten uns Carmen Ulmen, Gentechnik-Sprecherin bei Greenpeace und Thomas Einberger, Pressefotograf.

„Aus dem Werk kam ein Mann des Wachschutzes und steuerte direkt auf den Knecht Ruprecht zu. Er entriss ihm das Plakat mit der Aufschrift: ‘Müllermilch = Gen-Milch* hergestellt mit genmanipuliertem Tierfutter’ und zerstörte es“, erzählt Carmen Ulmen und Thomas Einberger bekräftigt ihre Aussage noch immer völlig verwundert über so viel Brutalität.

Wenig später sahen sie sich einer Gruppe von 30 bis 40 Müller-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gegenüber, von denen sie durch derbste Kraftausdrücken beleidigt wurden. Theo Müller kümmerte sich als erstes um die Pressefotografen. Unter Beschimpfungen versuchte er Thomas Einberger die Kamera zu entreißen. Einberger: „Ich konnte mich zwar befreien, dann aber war mein Kollege dran.“

Kamera zerschmettert

Müller ging auf den zweiten Pressefotografen los. Was nach einer heftigen Rangelei und viel Geschrei geschah, beschreibt



Carmen Ulmen: „Ich sah wie die Kamera im hohen Bogen mehrere Meter durch die Luft

flog und auf die Erde krachte.“ Der Fotograf rief daraufhin die Polizei über Handy an.

Im Anschluss wurden die Aktivisten und Fotografen die Anfahrtsstraße zur Müller-Zentrale entlang getrieben. „Immer wenn wir ihnen zu langsam gingen oder uns umdrehten, um mit ihnen zu reden, wurden wir geschlagen“, berichtet Ulmen weiter. Auf eine inhaltliche Frage zum Thema Gen-Milch antwortete ihr eine Frau: „Wenn ich ein Mann wäre, würde ich euch blau schlagen.“

Dicke Luft

Geschacher um Emissionszertifikate geht weiter

Am 1. Januar 2005 beginnt in der Europäischen Union der Handel mit CO₂-Zertifikaten. Industrieunternehmen bekommen von ihrer nationalen Regierung eine bestimmte Menge an Zertifikaten zugeteilt. Wird die tolerierte CO₂-Menge überschritten, muss ein Unternehmen Zertifikate zukaufen. Umgekehrt kann es verkaufen, wenn es die zulässige Menge unterschreitet. Ob die Zertifikate allerdings überhaupt etwas Wert sein werden, ist fraglich, da fast genauso viele Zertifikate ausgegeben wurden, wie derzeit CO₂ emittiert wird. Bis 2007 wird die Menge der ausgegebenen Zertifikate allerdings reduziert, um ganze 2,91 Prozent! Dennoch ist jetzt ein Streit zwischen Bundesregierung und Industrie über die Zuteilung der Zertifikate entbrannt.

Anfang Dezember verschickte das Umweltbundesamt die Zuteilungsbescheide für die CO₂-Zertifikate. Insgesamt 495 Millionen Tonnen CO₂ dürfen von den rund 2250 betroffe-

nen Anlagen im Jahr 2005 emittiert werden. Die Unternehmen hatten aber einen um zwei bis drei Prozent höheren Bedarf angemeldet. Fällt der Bescheid geringer aus als der angemeldete Bedarf, wollen viele Unternehmen klagen. Die Heidelberg-Cement AG und die EnBW haben bereits Klagen angekündigt. Sie haben dabei durchaus Aussicht auf Erfolg. Da das Gesetz viel Auslegungsspielraum lässt, ist es gut möglich, dass das Gericht der Auffassung eines Unternehmens folgt.

Das Geschacher um die Emissionszertifikate geht also weiter. Die Unternehmen sehen im Zertifikatehandel nur ein weiteres Mittel, ihren Profit zu steigern. Niemand hat ein wirkliches Interesse am Klimaschutz.

Florian Kubitz



Bahnlinie Salzwedel - Wittenberge akut bedroht

Einstellung des Zugverkehrs auf der Altmark - Bahnlinie Salzwedel - Wittenberge am 11.12.2004
Angeblich optimierter Schienenersatzverkehr eine Farce!

Die Weihnachtszeit 2004 in der Altmark bedeutet nicht nur Lichterglanz und ein Fest der Freude, es bedeutet für die Altmark, besonders für die Einwohner der Hansestadt Salzwedel und den Luftkurort Arendsee tiefste Trauer. Der Trauerkranz ist schon fast gebunden.

Denn es heißt Abschied nehmen von der Bahnlinie Salzwedel - Arendsee - Wittenberge.

Für viele bedeutet es am 11.12.2004 aber auch für immer Abschied vom Luftkurort Arendsee zu nehmen. Ab 12.12.2004 ist dieser Ort für Bahnreisende endgültig ein Tabu.

Bestand in der letzten Sommersaison wenigstens noch die Möglichkeit an Wochenenden und Feiertags einen Ausflug mit der Familie nach Arendsee, der Perle der Altmark zu unternehmen, ist es ab sofort endgültig damit vorbei.

Es ist nicht mehr möglich, eine Fahrradtour oder Wanderung rund um den Arendsee verbunden mit einer Einkehr beim Fischer Kargel zu unternehmen oder aber nur erholungsam mit den Kindern in den Sommerferien faul am Seestrand zu liegen.

Nachhaltiger Tourismus in der Altmark ist von der autofreundlichen Landesregierung in Magdeburg offensichtlich nicht erwünscht.

Noch im Oktober 2003 wurden moderne Triebwagen der Baureihe 642 mit Klimaanlage angeschafft und damit wenigstens moderner Fahrkomfort auf der Strecke Salzwedel - Wittenberge suggeriert. Doch schon Ende 2002 wurde nur noch an Wochenenden und Feiertags im 2-Stunden-Takt bestellt. Trotzdem wuchs das Fahrgastaufkommen im Mini-Beförderungsangebot stetig an, auch weil die Anschlüsse in Wittenberge von und nach Berlin sich seit dem 14.12.2003 verbessert hatten.

Jetzt folgt das endgültige aus durch Landesregierung und DB-Regio: ein umwelt- und menschenfeindliches Signal in die falsche Richtung.

Die Altmark setzt in ihrer Entwicklung verstärkt auf „Sanften Tourismus“, zu dem auch eine Anreise per Schiene gehört(e), wenn auch unverständlicherweise seit 2002 nur noch an Wochenenden.



Während der Woche suchen sich Bahnkunden eine andere Region wie den Ostharz aus, welcher vorbildlich mit der Bahn erreichbar ist.

Immer wieder wird die Abwanderung gerade aus den ländlichen Gebieten beklagt, wenn die Volksvertreter den ländlichen Gebieten mit der Stilllegung der Bahnlinien das Rückgrat des Nahverkehrs entziehen, wird das Leben dort immer unattraktiver und Umweltzerstörung belohnt.

Die bislang schlechte Auslastung der Bahnstrecken als Ursache der Stilllegung kann für die Einstellung des Wochenendbetriebes ausgeschlossen werden, da die Fahrgastzahlen stetig stiegen. Und das, obwohl die Landesregierung diese künstlich herunter rechnet, denn in der Altmark wird eine in Deutschland neue und einzigartige Zählmethode angewandt, bei der Fahrgaste nach der Art der Fahrscheine bewertet werden. Das „Schöne Wochenende-Ticket“, dass die meisten Fahrgäste am Wochenende verständlicherweise nutzen, wird heraus gerechnet.

Vielleicht will man aber auch nur die Statistik in den Sommermonaten vor überfüllten Zügen schützen, wo diese schon außerhalb der Saison gut genutzt sind.

Die letzte Hoffnungen liegen nun auf der „Deutsche Regionaleisenbahn GmbH“ als neuer Infrastrukturbetreiber der Strecken Salzwedel-Wittenberge und Salzwedel - Oebisfelde. Die GmbH sei wunderbarerweise mit den AnwohnerInnen, Bürgern und Touris an einen Weiterbetrieb interessiert. So besteht etwas Hoffnung für die Strecken Salzwedel- Wittenberge und Salzwedel - Oebisfelde!

Es bleiben viele Fragen offen: Wo bleiben eigentlich die vom Volk gewählten Vertreter des Landkreises? Wo bleibt ihre Unterstützung zum Erhalt der Bahnlinien in der Altmark. Sind diese, wie viele andere Altmärker schon abgewandert unter dem Motto: „Der letzte macht das Licht aus!“?

Fragen über Fragen, die alle unbedingt an die angegebenen Adressen richten sollten. Das Bündnis „Die Bahn bleibt e.V.“ besteht aus betroffenen BürgerInnen, ÖPNV-Initiativen, Gemeindeverwaltungs- und regionalen ParlamentsvertreterInnen und PolitikerInnen. Sie alle engagieren sich für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des schienengebundenen Verkehrs in der Altmark.

Von Oli überarbeitete Fassung vom Fahrgast-Rat Wendland

Kontakt: fahrgastrat.wendland@jpberlin.de
 Der Fahrgast-Rat braucht Spenden:
 Kto 28 91 4000, VB Clenze, BLZ 258 619 90

Wenn Sie die Arbeit dieses Bündnisses unterstützen wollen, oder Mitglied des Vereins „Die Bahn Bleibt e.V.“ werden wollen, melden Sie sich bitte bei:

Die Bahn Bleibt e.V., Frank Nieber,
 Lindenallee 16, 29410 Salzwedel
 Tel. 03901/37301
 info@streckenerhalt-altmark.de
 http://www.streckenerhalt-altmark.de

Werden Sie aber auch sonst aktiv gegen den Stillstand aller Zugräder!
 Kontaktieren Sie die Verantwortlichen per Telefon, Brief oder Fax:

Landes-Verkehrsminister Dr. Daehre
 Pressestelle, Turmschanzenstrasse 30,
 39114 Magdeburg Tel: 0391-567-7504,
 EMail: poststelle@mvv.lsa-net.de

Nahverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt
 Am Alten Theater 6, 39104 Magdeburg
 Tel 03901-53631-0, Fax: -99
 EMail: nasagmbh@nasa.de

Weitere Zerschlagung der Eisenbahn verhindern!

Als am 22. September 2004 der Aufsichtsratsvorsitzende der DBAG erklärte, der Börsengang finde nicht im Frühjahr 2006 statt, atmeten viele auf. Zum selben Zeitpunkt erklärten zwei Unternehmerverbände und mehrere Parteienvertreter, im Fall eines Börsengangs der Bahn müssten die Schienenwege Eigentum des Bundes bleiben. Viele hofften, der Staat werde nun seine Gesamtverantwortung für den Schienenverkehr wahrnehmen.

Tatsächlich betonen Bahnvorstand und Bundesregierung, der Börsengang sei nur *aufgeschoben*. Diejenigen, die eine Trennung von Fahrweg und Betrieb fordern, sehen darin die Voraussetzung für eine *beschleunigte* Privatisierung des Schienenverkehrs. Gleichzeitig setzt der Vorstand der Deutschen Bahn AG seine Politik zur Ausgliederung und Privatisierung von Teilen der Bahn fort: so im Fall der Bahnstromversorgung, bei der Fährgesellschaft Scandlines und der Güterverkehrssparte Railion/Stinnes.

Am 8.11.04 ist im Bahnhofsrestaurant Berlin-Zoo das AktionsBündnis „Bahn für alle“ getragen von attac, Robin Wood, die Basisinitiative „Bahn von unten“ in TRANSNET und der Bahnexpertengruppe „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ gegründet worden, das sich gegen die Privatisierung des Bahnbetriebs, der Trassen und der Bahnhöfe, wie auch gegen die fortgesetzte Zerschlagung der einheitlichen Struktur der Bahn und für eine Bahn im Gemeinwohlinteresse einsetzt

Auszug aus der Grundsatzklärung:

1. Demokratische Verfügung über den Schienenverkehr

Die Eisenbahn stellt eine Transportform dar, die von mehreren Generationen Steuerzahlenden, von Hunderttausenden Arbeitskräften im Bahnbau und Beschäftigten bei den Eisenbahnen in mehr als einem Jahrhundert aufgebaut wurde. Die Bahn gehört damit zum öffentlichen Vermögen und ist Teil der Grundvorsorge des Gemeinwesens. Für Unterhalt und Ausbau des Schienennetzes zahlt der Bund derzeit jährlich vier Milliarden Euro. Zusätzlich wird der Schienenbetrieb pro Jahr mit rund 7 Milliarden Euro aus Bundesmitteln kofinanziert (insbesondere über die Regionalisierungs-

gelder für den Nahverkehr). Hinzu kommen Zahlungen von Ländern, Kreisen und Kommunen (z.B. im Rahmen der Bahnhofsanierungen).

Der Bahnbeirat der DB AG erwartet im Fall eines Börsengangs für eine erste Tranche Einnahmen des Bundes in Höhe von zwei Milliarden Euro. Insgesamt würde der Verkauf des Bahnbetriebs nach unterschiedlichen Schätzungen bis zu 10 Milliarden Euro bringen. Das heißt, die erwarteten *gesamten* Einnahmen lägen noch unter denen, die *pro Jahr* von den Steuerzahlenden für die Bahn aufgebracht werden - und die auch nach einer Privatisierung aufgebracht werden müssten, wenn der Schienenverkehr wenigstens in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden soll.

Bilanz: Jede Bahnprivatisierung kommt einem Ausverkauf von öffentlichem Vermögen gleich. Damit wird die demokratische Verfügungsgewalt über eine entscheidende Infrastruktur aufgegeben. Im Fall einer Privatisierung gehen die zukünftig weiter notwendigen Steuergelder für die Schiene als Subventionen an private Eigner ohne wirksame Kontrollmöglichkeiten.

...

Warum ist uns eine Bahn in öffentlichem Eigentum so wichtig?

Es geht

- um die demokratische Verfügung über den Verkehrsweg Schiene
- um die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems Eisenbahn
- um viele gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze
- um attraktive Bahnpreise und einen guten Service
- um Klima- und Umweltschutz
- um die langfristige Friedensfähigkeit unserer Gesellschaft

2. Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems Schiene

Bilanz: Privatisierung der Bahn als Ganzes oder „nur“ des Bahnbetriebs reduziert die Effizienz des Gesamtsystems Schiene, gefährdet die Sicherheit und ist kundenfeindlich.

3. Sinnvolle Arbeitsplätze

Bilanz: Bereits die Bahnreform - offiziell die Vorbereitung auf die Privatisierung - hat in unverantwortlicher Weise zu einem Beleg-

schaftsabbau geführt. Eine Privatisierung wird und soll diesen Prozess verstärken. Das ist kundenfeindlich, gefährdet die Sicherheit und untergräbt eine effiziente Funktionsweise der Bahn.

4. Günstige Bahnpreise und ein guter Service

Bilanz: Den durchschnittlichen Bahnkunden kommt das Bahnfahren bereits heute überproportional teuer, während ihm gleichzeitig ein unzureichender Service geboten wird. Im Fall des Börsengangs wird die Bahnkundschaft mit teuren Fahrkarten private Gewinne finanzieren.

5. Schutz von Klima, Umwelt und Menschen

Die Orientierung auf eine Zerschlagung und Privatisierung der Bahn verhöhnt das längst erreichte Umweltbewusstsein. Im ersten Jahrzehnt der Bahnreform (1994 - 2004) wurden dutzende mittelgroße und große Städte vom Schienenfernverkehr abgehängt. Die populäre und preisgünstige Zuggattung Interregio wurde abgeschafft. Internationale Verbindungen nach Mittel- und Osteuropa und Skandinavien wurden gekappt. Die Zahl der Gleisanschlüsse (Industriegleise) hat sich halbiert. In der Folge verlor der Schienenverkehr im Personenverkehr und im Güterverkehr weitere Marktanteile. Dieser Prozess wird sich mit einer Privatisierung verstärken, weil Synergieeffekte - die Vorteile eines kombinierten Nah-, Fern- und Güterverkehrs - verloren gehen, der Regionalverkehr noch mehr vernachlässigt wird und die falsche Konzentration auf den Hochgeschwindigkeitsverkehr verstärkt wird. Dabei lautete das Ziel der Bahnreform „Mehr Verkehr auf die Schiene“.

Bilanz: Bahnreform, Filetierung und Privatisierung der Eisenbahn schwächen ausgerechnet den umweltfreundlichsten Verkehrsträger.

6. Friedensfähigkeit

Die Weltwirtschaft ist in einem Maß auf Rohöl ausgerichtet, die unverantwortlich und rücksichtslos gegenüber späteren Generationen ist. Der Verkehr mit Pkw, Lkw und Flugzeugen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Wir wissen alle, dass die Ölreserven begrenzt sind. Der Kampf um

Kritischer Papierbericht 2004

Umwelt- und Verbraucherschützer legen erstmals eigenen Jahresbericht zu den Folgen des Papierkonsums vor

diese knappen und regional konzentrierten Ölreserven bildet längst den Hintergrund für Aufrüstung und Kriege.

Bilanz: Auto und Flugzeug als Massenverkehrsmittel fressen in kürzester Zeit die knappen Weltvorräte an Erdöl auf. Sie schaffen so einen verheerenden Sachzwang, die Stillung des Öldurstes militärisch abzusichern. Nur eine Verkehrswende mit der Orientierung auf Verkehrsvermeidung und die Verlagerung von großen Teilen des verbleibenden Verkehrs auf die energieeffiziente Bahn bietet eine realistische Alternative zur Abhängigkeit vom Öl. Daher muss die Bahn als Gesamtsystem für alle erhalten und ausgebaut, statt für kurzfristige Einzelinteressen ausgeschlachtet werden.

Das AktionsBündnis „Bahn für alle“ will Umweltbewegung, Fahrgastverbände, Gewerkschaften und die Friedensbewegung dafür gewinnen, mit lokalen und bundesweiten Aktionen gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Deutschen Bahn AG aktiv zu werden.

Das AktionsBündnis Bahn für alle fordert dazu auf, sich für eine wirkliche Verkehrswende, für eine konsequente Politik für die Schiene und damit für eine Bahn für alle zu engagieren.

Vollständige Grundsatzklärung:

www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de/texte/Bahn_fuer_alle_Grundsatzklaerung.rtf
Reaktionen auf die Gründung:
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de/texte/Bahn_fuer_alle_Reaktion.html

Kontakt:

Attac Deutschland, attac-Bundesbüro, Münchnerstr. 48, 60329 Frankfurt/M., Tel: 069-90028110,

Hendrik.Auhagen@gmx.de www.attac.de/privatisierung

Robin Wood - Verkehrsreferentin, Tel. 040 - 380 892 12; email: verkehr@robinwood.de, www.robinwood.de

Initiative Bahn von unten, Postfach 2112, 65011 Wiesbaden, Tel/Fax 0611/406807; bahnvonunten@aol.com, www.bahnvonunten.de

Bahnexpertengruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn, Tel. 030 - 49274 73; Fax: 030 - 492 79 72; buergerbahn@umkehr.de, www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Weitere Infos auch dazu unter <http://www.mobilohneauto.de>

Wo wächst das Holz für unser Papier? Was sind die Folgen, wenn immer mehr Papier verbraucht wird? Was hat das mit Klimaschutz zu tun? Fragen, auf die es jetzt Antworten in kompakter Form gibt. Der kürzlich veröffentlichte „Kritische Papierbericht“ beleuchtet aktuell und sachkundig, welche ökologischen und sozialen Auswirkungen die Produktion von Papier sowie der Konsum in Deutschland haben. Herausgegeben wird er von der Initiative 2000 plus, die sich als Zusammenschluss von Umwelt- und VerbraucherschützerInnen, seit 1999 für die Verwendung von Recyclingpapier engagiert.

Der „Kritische Papierbericht“ stellt klar, dass der gegenwärtige Papierverbrauch in Deutschland von rund 230 Kilo pro Einwohner und Jahr nicht vereinbar ist mit einer

ökologisch und sozial verträglichen Rohstoff- und Papierproduktion und sucht nach Perspektiven. Gerade im Hochschulbereich werden sehr große Mengen an Papier verbraucht. In der BRD gibt es mehr als 2 Millionen Studierende, die an 359 Hochschulen studieren. Der durchschnittliche Papierverbrauch von 230 Kilogramm pro Jahr und BundesbürgerIn wird im Hochschulbereich sicherlich überschritten.

Entwicklung des Papierverbrauchs

Der Papierverbrauch pro Einwohner und Jahr stieg von 32 kg im Jahr 1950 um über 600 % auf heute 230 kg. Der Gesamtverbrauch Deutschlands liegt bei ca. 19 Mio.



t. Zum Beispiel erzeugt das Lotto-Fieber der Deutschen einen Lottoschein-Papierberg von 25 t wöchentlich. Im Jahr 1997 wurden ca. 100 Milliarden Breifumschläge verbraucht. Das entspricht ungefähr einem Verbrauch von 740.000 t Papier, Karton und Folie. Auch Internetaufkäufe treiben den Verpackungswahn voran. So meldete Tschibo im Januar 2004, dass der Web-Shop jeden Monat rund 230.000 Bestellungen ausführe.

Der weltweite Papierverbrauch pro Kopf und Jahr liegt bei nur 52 kg. Es zeigt sich jedoch, dass der Papierverbrauch auch eine Kennziffer für Konsum-, Kultur- und Wirtschaftsbereich darstellt. So verbrauchen 15 % der Weltbevölkerung (vornehmlich hochentwickelte Wirtschaftsnationen in Europa, den USA, Kanada...) ca. 70 % des Papiers weltweit. Dem Rest der Weltbevölkerung kommt nur ein durchschnittlicher Pro-Kopf-Verbrauch von 19 kg zu - zu wenig, um den Kommunikations-, Hygiene- und Bildungsbedarf zu befriedigen. Für die Zukunft ist anzunehmen, dass der Papierverbrauch der Industrienationen leicht steigt, der Verbrauch in den „aufsteigenden“ Nationen (zum Beispiel in China oder Indien) wird hingegen stark zunehmen.

Alternative: Altpapier

Das führt zu Problemen. Denn obwohl zum Beispiel Deutschland als relativ stark bewaldetes Land gilt, liegt der Importanteil der für die Papierproduktion erforderlichen Holzmenge bei 92,7 %. Nur 7,3 % stammen aus heimischen Wäldern. Es gibt also in unserem papierhungrigen Land zu wenig Holz, um den Hunger zu stillen.

Alternativen müssen her - besonders, da sich dieser Trend weltweit verschärfen wird. Das hat man schon vor Jahren erkannt und deswegen eingesehen, dass Papier als wichtiger Rohstoff recycelt werden muss. Deutschland rühmt sich mittlerweile einer Altpapier-Einsatzquote von 65 %. Das klingt toll, ist aber leider nicht unbedingt richtig. Denn die Zahl bezieht sich auf in hiesigen Fabriken **erzeugtes** Papier (ca. 9 Mio. t). Davon kommen allerdings ca. 10 Mio t als importiertes Papier mit einer Altpapier-Quote von nur 32 % zu uns. Somit liegt die Gesamtquote für den Papierverbrauch bei 46 %. Da also bei jeder Altpapierproduktion mehr als die Hälfte der

Menge mit Primärfasern aufgefrischt wird, erleben nur ganz wenige Fasern eine dritte oder gar vierte Verwendung.

Man sollte aber die Primärfaser-Nutzung (also aus Holz) nicht verdammen, denn jede Sekundärfaser (also Altpapier) hat ja einmal als Primärfaser begonnen. In diesem Zusammenhang ist es eigentlich am angemessensten, von einem Papierfluss zu sprechen, weil bedeutende Anteile zwischen Gebauchort und Recyclingfabrik den Papierweg verlassen und durch Primärfasern ersetzt werden. Die erste zu erhebende Forderung muss also sein, die technisch beste und umweltschonendste Produktionsweise der Primärfasern und anschließend ihre möglichst vielfache Wiederverwendung anzustreben.

Bei der Altpapierproduktion gilt jedoch die Regel: je weißer, desto schlechter. Denn insbesondere in Recyclingpapieren niedriger Weiße lassen sich größere Mengen unterer Altpapiersorten (gemischtes Altpapier, Haushaltssammelware, sozusagen niedere Qualität) verwenden. Würde nur helles Altpapier nachgefragt, wäre es noch schwieriger, die relativ großen Mengen unterer Altpapier wieder zu verwenden.

Papierproduktion und Probleme

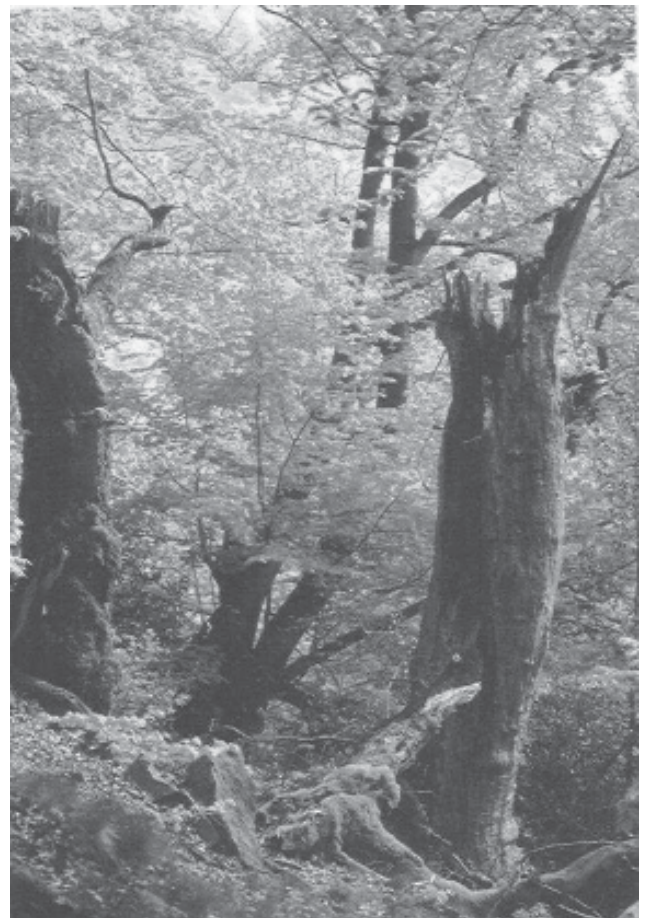
Um die Folgen des steigenden Papierverbrauches abschätzen zu können, muss man sich den Produktionsablauf der Papierherstellung **veranschaulichen**. Ökobilanzierungen für Papier haben zwei im Vorgang unterschiedliche Bereiche zu erfassen:

1. Die Gewinnung des Faserrohstoffes aus Holz, das heißt das Herauslösen der Fasern aus dem stabilen Holzverbund.
2. Das Bleichen
3. Das Zusammenfügen der Fasern.

Das Zusammenfügen ist ein einfacher Prozess, der in seinen Grundlagen dem

handwerklichen Papierschöpfen ähnelt und keine gravierenden Umweltschäden mit sich bringt.

Das Aufbrechen des Holzverbundes erfordert einen hohen energetischen Aufwand, besonders für das mehrstündige Kochen und die anschließende Bleiche. Die Bleiche ist ein sehr kontrovers diskutiertes Thema. Ganz ohne Bleiche kommt die Papierindustrie nicht aus: die langen und festen Fasern aus Sulfatzellstoff werden benötigt. Hier gibt es im Wesentlichen drei Methoden: TCF (Totally Chlorine Free), ECF (Elementary Chlorine Free) und eben Bleichen mit elementarem Chlor. Die TCF-Bleiche verzichtet vollständig auf Chlor. Allerdings entstehen Schwermetalle, die eine besondere Nachbehandlung erfordern. Bei der ECF-Bleiche wird anstelle des elementaren Chlors Chlordioxid benutzt, was die Belastung des Abwassers verringert - ganz vermeiden lässt sie sich aber nicht. Bis vor zwei Jahrzehnten war die Bleiche mit Elementar-Chlor - als effektivste Bleichmethode und als billiges Abfallprodukt der Chemieindustrie - der Haupteintragsweg hoch giftiger Stoffe in die Umwelt. Heutzutage



Urwald ist durch hohen Papierverbrauch bedroht

tage ist man in Deutschland davon abgekommen.

Die Debatte, was weniger schädlich sei - TFC oder ECF - ist nicht abschließend und mit hundertprozentiger Sicherheit geklärt. Der Ausstieg aus der Chlorchemie ist und bleibt jedoch nach wie vor ein wichtiges ökologisches Ziel, was der TCF-Methode den Vorrang zu geben scheint.

Das Gros der weltweiten Papierproduktion (75%) erfolgt nach dem EFC-Verfahren, nur 5 % sind TCF-Zellstoffe. Rund 20 % werden immer noch auf konventionelle Weise mit Elementar-Chlor gebleicht. Als Importware erreichen uns also noch chlorgebleichte Zellstoffe, besonders aus Osteuropa, Russland, den USA und Südamerika. Dem gegenüber steht die Altpapierverwendung, für die nur ein Einweichen und Mixen der Fasern erforderlich ist. So kommt auch das Umweltbundesamt im Jahr 2000 in seinen umfassenden Ökobilanzen zu dem Schluss: „Es ist wesentlich umweltverträglicher, grafische Papiere aus Altpapier herzustellen, als dafür frische Fasern aus dem Rohstoff Holz zu benutzen“. Als tendenzielles Ergebnis aus den diversen Bilanzen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden, lässt sich sagen: Die Herstellung von Recyclingpapier benötigt gegenüber der aus Primärfaserpapier nur rund ein Drittel der Wassermenge und nur etwa die Hälfte an Energie. Emissionen und Kohlendioxid-Ausstoß sinken, das Abfallaufkommen wird verringert, die Transporte vermindern sich, Papierrecycling trägt entscheidend zum Waldschutz bei. Für Deutschland geht man von einer maximalen Recycling-Höchstquote von 75 % aus (der Rest des Papiers ist als Hygienepapier oder Bücher etc. zum Recyceln nicht geeignet). Weltweit liegt die Höchstquote bei ca. 65 % - 73 %.

Zur Reduktion des Kohlendioxidausstoßes in Deutschland lässt sich folgendes sagen: Der Bärenanteil der Verringerung erfolgte in den Jahren 1990 - 1997, vornehmlich durch Stilllegung der DDR-Produktionsstätten. Außerdem: Trotz der Abnahme des spezifischen Ausstoßes (das heißt Ausstoß pro Tonne Papier) nimmt der Gesamtausstoß zu. Denn die Papierindustrie wächst und erzeugt mehr und mehr Papier. Der ökologische Fortschritt wird also durch Produktionssteigerung stark überkompensiert.

Wo wächst unser Papier?

Papier ist ein weltweit gehandeltes Gut. Deutsche Unternehmen kaufen Altpapier, Holz und Zellstoff auf dem internationalen Markt ein. Es wird geschätzt, dass 17 % des zur Herstellung von Papier verwendeten Holzes aus Urwäldern stammen. Deutschland ist nach den USA und Japan der drittgrößte Holzverbraucher der Welt, nach Schätzungen von Greenpeace dienen 47,5 % dem Papierkonsum (der Rest wird zu Brennholz, Baumaterial und Möbeln verarbeitet). Zwei Drittel aller nach Deutschland importierten Holzprodukte kommen in Form von Zellstoff zu uns.

Der größte Anteil des Importes an Faserstoff und Papier kommt aus Finnland und Schweden (je ca. 25 %). Aus Russland direkt erhält Deutschland kaum Holz. Russland unterhält jedoch starke holzwirtschaftliche Beziehungen zu Skandinavien, so dass über diesen Umweg Hölzer aus den sibirischen Urwäldern zu uns gelangen. Es muss also festgestellt werden: die Warenströme sind überaus undurchsichtig und mit Sicherheit lässt sich nicht sagen, von welchem (Ur-)Wald die Primärfasern stammen.

Papierhunger zerstört Wälder!

Seit Jahrzehnten schreitet die Waldvernichtung unvermindert fort und der Hunger nach Papier ist eine der wesentlichen Ursachen. Denn die Zellstoffindustrie profitiert von fast jeder industriellen Abholzung. Sie wird sowohl mit Stamm- und Durchforstungshölzern direkt aus dem Wald als auch mit erheblichen Mengen an Rest- und Abfallhölzern aus Sägewerken versorgt. 45 % des geernteten Holzes werden industriell genutzt, 55 % davon als Brennholz. Mindestens jeder fünfte geschlagene Baum endet als Papier. Die Lektüre des aktuellen Standes des Waldbestandes und der Prognosen ist erschreckend! Besonders die Vernichtung der Urwälder ist verheerend.

Die borealen Wälder sind das größte terrestrische Öko-System, bedecken rund 15 Mio. km² und umfassen etwa die Hälfte der verbliebenen Urwälder. Sie sind vor allem zu finden in der Taiga, das heißt in Skan-

dinavien, Nordrussland, Alaska und Kanada. Rund 2,9 Mio. km², 26 % der gesamten Waldfläche Russlands, sind große Urwaldgebiete, überwiegend in Sibirien gelegen. Russland hat etwa drei Viertel seiner ursprünglichen Urwälder verloren. In Schweden und Finnland ist die ursprüngliche Waldstruktur mehr und mehr von Monokulturen verdrängt worden. Schweden hat fast seinen gesamten Urwald verloren - nur noch 4 % sind erhalten, das meiste davon in bergigen Regionen, die für die Industrie sowieso nicht zugänglich sind. In Chile findet sich der zweitgrößte temperierte Regenwald der Erde. Die Zentralbank Chiles hat 1995 die völlige Zerstörung dieser Wälder vorausgesagt, falls die Holzkonzerne in gewohntem Tempo weiterarbeiten.

Besonders schwer wiegt, dass für die Produktion eines relativ billigen Produktes wie Zellulosechips zur Papierherstellung Jahrtausende alte Urwälder gerodet werden. Vor allem in Indonesien wird illegaler Holzeinschlag betrieben. Selbst Nationalparks und Schutzgebiete sind keine Garantie gegen Holzeinschlag und sonstige Formen der Waldzerstörung. Die Holzmafia und fehlende politische Kontrolle bestimmen das Geschäft. Oft wird die gerodete Fläche im Nachhinein in Monokulturen verwandelt. Die ehemals ursprünglich bewachsene Fläche wird also langfristig wirtschaftlich genutzt und ist somit aus ökologischer Sicht so gut wie verloren.

Vor allem für Tiere ist jedoch ungestörtes Leben in unangetasteten ursprünglichen Wäldern von elementarer Bedeutung. So leben Orang-Utans nur noch in einigen Regenwaldflecken im Norden Sumatras und auf Borneo. Ihre Zahl wurde in den vergangenen Jahren um 91 % auf weniger als 30.000 Exemplare dezimiert. Ob sie die nächsten Jahrzehnte überleben, ist mehr als fraglich.

Die im Kritischen Papierbericht gewonnenen Erkenntnisse lassen sich auf eine einfache Formel bringen:

Der Papierverbrauch in Deutschland ist zu hoch, weltweit gesehen zu ungleich verteilt und unser Papier ist zu weiß!

Der Papierbericht ist eine Argumentations- und Orientierungshilfe, um fundiert in Diskussionen für eine (absolut notwendige!) Wendung der Tendenzen zu einzutreten.

Quelle zum Bestellen und Informieren: www.treffpunkt-recyclingpapier.de

Rodung des Bannwaldes rückt näher – auf in den Wald!

Was ist los am Frankfurter Flughafen?

Am 29. November 2004 hat der hessische Verkehrsminister Rhiel den Planfeststellungsbeschluss für die A-380-Halle im Gundwald bei Mörfelden-Walldorf inklusive Sofortvollzug erlassen.

Der Beginn der Rodung des Bannwaldes rückt damit bedrohlich näher. Zwar hat Fraport auf Druck des BUND in einer Presseerklärung versichert, man werde trotz des Sofortvollzuges nicht unmittelbar nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses mit den Rodungsarbeiten beginnen. Man wolle sich an die gute Gepflogenheit halten, keine unumkehrbaren Fakten zu schaffen, bevor nicht das Verwaltungsgericht Gelegenheit hatte, die zu erwartenden Eilanträge zur Aufhebung des Sofortvollzuges ausreichend zu prüfen. Ob Fraport sich an dieses Versprechen hält, weiß keiner. Es wäre nicht das erste mal, dass Fraport wortbrüchig ist. Maßnahmen wie Vermessungsarbeiten, Kampfmittelräumung und Bohrungen zur Erkundung konkreter Bodenverhältnisse werden außerdem jetzt schon durchgeführt.

Kommt am Tag X, dem Tag der Rodung, in den Wald!

Es wird ab 17.30 Uhr eine gemeinsame Demonstration vom Bündnis der Bürgerinitiativen in den Wald zum A-380-Gelände geben. Treffpunkt ist an der Feuerwehr in Walldorf an der Okrifteler Straße.

Hintergrund

Der Flughafen Frankfurt/Main ist mit jährlich fast 50 Millionen abgefertigten Passagieren der größte deutsche Flughafen. In der Luftfracht liegt der Rhein-Main-Airport mit 1,6 Millionen Tonnen pro Jahr sogar an der europäischen Spitze. 450.000 startende und landende Flugzeuge dröhnen im Jahr über die Köpfe der AnwohnerInnen hinweg. Denn der Rhein-Main-Flughafen liegt mitten in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands. Doch damit nicht genug:

Zwanzig Jahre nach den erbitterten Auseinandersetzungen um die Startbahn West will die Flughafenbetreibergesellschaft Fraport AG mit Unterstützung der hessischen Landesregierung ihren „Generalausbauplan 2000“ durchsetzen. „Kein Baum wird mehr fallen“ versprach der ehemalige hessische Ministerpräsident Börner. Nun sollen mehrere 100 Hektar Wald zubetoniert werden, damit noch mehr und noch größere Flugzeuge Rhein-Main anfliegen können. Auf 800.000 Flugbewegungen im Jahr soll die Kapazität gesteigert werden. Das sind mehr als 2000 Flüge am Tag.

Zwei große Bauvorhaben sind aktuell: Der Bau einer Wartungshalle für den neuen Airbus A 380 sowie der Bau einer vierten Landebahn und eines dritten Terminals.

Bei Mörfelden-Walldorf südlich des bestehenden Flughafengeländes soll die so genannte A-380-Halle entstehen. Die geplante Wartungshalle hat gigantische Ausmaße: Allein die Grundfläche bedeckt knapp 5 Hektar, das sind sieben Fußballfelder. Sie soll mitten im Wald errichtet werden: Dafür sollen über 20 Hektar abgeholzt werden. Davon sind 14 Hektar besonders geschützter Bannwald. Die Halle soll bereits 2006 in Betrieb genommen werden.

Der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Halle ist am 29. November 2004 ergangen. Seitdem ist die Rodung planungsrechtlich jederzeit möglich.

Wenn die Rodung im Süden des Frankfurter Flughafens beginnt, bedeutet das nicht nur Zerstörung wertvoller Waldflächen sondern den Einstieg in einen Ausbau mit viel größeren Dimensionen. Denn auf der gewaltigen Fläche, die der Flughafen jetzt schon bedeckt, wären genug mögliche Standorte für die Halle. Zum Beispiel wird ab 2005 das Gelände der US-Airbase wieder zivil genutzt, allein das ist 150 Hektar groß. Ein Bau der Halle jenseits des Flughafen-Zauns macht nur Sinn, wenn auch die vierte Landebahn und ein drittes Terminal gebaut werden. Letzterer ist auf dem Airbase-Gelände geplant.

Die vierte Landebahn soll im Norden des jetzigen Flughafengeländes nahe der Stadt Kelsterbach entstehen. Für den Bau

dieser sogenannten Nordwest-Variante hat die Fraport AG im September 2003 die Unterlagen zur Planfeststellung (PFV) eingereicht. Brennpunkt im Genehmigungsverfahren ist die Chemie-Fabrik Ticona. Das Fabrikgelände liegt nur 700 m von der geplanten neuen Landebahn entfernt und mitten in der Einflugschneise der Nordwest-Bahn.

Laut EU-Kommission (27.11.2003) hat die Flughafenbetreiber-Gesellschaft Fraport AG EU-Recht verletzt, indem sie die Seveso-II-Richtlinie beim Raumordnungsverfahren (ROV) nicht angewandt hat. Die Seveso-II-Richtlinie regelt den Betrieb hochrisikanter Anlagen. Die EU hat im Mai 2004 auf eine Klage verzichtet, jedoch nur unter der Bedingung, dass das Land Hessen das Planungsverfahren neu aufrollt.

Die Störfallkommission des Bundes hat im Februar 2004 die Landebahn für nicht vereinbar mit dem Betrieb des Chemiewerks erklärt. Der hessische Ministerpräsident Koch und der hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Rhiel stellen dieses Urteil in Frage, obwohl die Störfallkommission das anerkannt höchste Gremium für solche Fragen ist. Jetzt geht's darum, ob die Fabrik mit Betonmänteln umgeben („Verbunkerung“) oder der Standort verlagert werden soll – bezahlt mit Steuergeldern. Sollte Ticona alle goldenen Angebote zur Standortverlagerung ausschlagen, droht Koch mit Enteignung. Geschätzte Kosten des Verfahrens, ebenfalls aus Steuermitteln zu bezahlen: 1,4 Mrd Euro. Die neue Landebahn soll 2007 in Betrieb genommen werden. Dieser Termin ist jedoch nicht mehr realistisch. Die Unterlagen zur Planfeststellung werden am 17. Januar 2005 ausgelegt.

Karten und mehr zur Ausbauplanung www.flughafen-bi.de

Tag X – Protest im Wald am A-380-Gelände!

Quelle: www.robin-wood.de und Informationen von Monika Lege, Robin Wood Fachreferentin Verkehr

Liebe Leserinnen und Leser!

4 Jahre ist es her, seit es den letzten Schwerpunkt zum Thema „Anti-Atom“ gegeben hat, damals noch im „Hochschulweltinfo“. Mit dieser Ausgabe haltet Ihr nun ein neues „Update“ in diesem FUJ in den Händen. Uns hat besonders das Thema Endlager interessiert, mit denen wir uns in 4 Artikeln kritisch auseinander gesetzt haben. Die Atommüllendlager sind zwar nicht so populär wie der nächste Atommülltransport, allerdings wird sich die Menschheit mit keinem Thema so langfristig auseinandersetzen müssen wie mit dem Atommüllproblem. Der Müll ist immer noch gut verdrängt, im Moment dienen ja noch die Wiederaufarbeitung als „Entsorgungsnachweis“ für die Atomindustrie. Mit den Transporten in die Wiederaufarbeitungsanlagen ist es hoffentlich bald vorbei und die Endlagerdebatte wird wieder mehr in den Vordergrund treten.

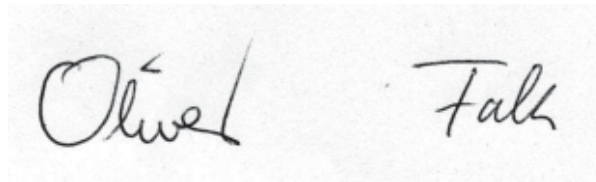
Neben den Endlagern findet Ihr auf der nächsten Seite einen Artikel über die Urananreicherung in der UAA Gronau. Die Herstellung von hochangereichertem Uranhexafluorid soll in Ihrer Kapazität verdoppelt werden, damit der Uranbrennstoff für noch mehr neue AKWs reicht.

Beim letzten Castortransport im November gab es einen tragischen Zwischenfall: Der französische Atomkraftgegner Sébastien Briat wurde beim Versuch, den Castortransport zu stoppen, vom Atommüllzug tödlich erfasst. Näheres dazu und einen Kommentar von uns findet Ihr auf den Seiten 44 und 45.

Für die AktivistInnen unter uns gibt es noch zwei Einladungen: Eine zu den Widerstandstagen gegen das Atomforum, welches in Berlin am 1. und 2. Februar 2005 tagt, und die andere zu einer äußerst interessanten Anti-Atom Rundtour durch Finnland und Russland mit der Bahn und Schiff im Sommer 2005.

Nun viel Spaß beim Lesen!

Eure Anti-Atom Themensprecher


Inhaltsverzeichnis

Renaissance der Atomenergie?.....	S. 20
Urananreicherungsanlage Gronau.....	S. 23
Gorleben ist nicht sicher	S. 26
Schacht Konrad.....	S. 26
DDR-„Tropfsteinhöhle“ Morsleben	S. 32
„Forschungs“-Endlager ASSE II.....	S. 39
Bitte Widerstand fix... - Aufruf gegen das Atomforum.....	S. 41
Anti-Atom Tour Sommer 2005 Finnland + Rußland.....	S. 43
Zum Tod von Sébastien.....	S. 44
Unterschriftenliste Endlager Morsleben	S. 46

Renaissance der Atomenergie?

Das Kapitel „Atomenergie“ ist abgehakt, möchte die Bundesregierung oft suggerieren. Der als „Atomausstieg“ verklärte „Atomkonsens“- in der Anti-Atom-Bewegung als Atom-Nonsens titulierte - habe das Ende der Atomkraftnutzung in der BRD besiegelt. Nun müsse nur noch Geduld geübt werden. Gleichzeitig spuken Visionen einer „Renaissance der Atomenergie“ durch die Medien (siehe auch Stern Ausgabe Nr. 25 vom 09.06.04, S. 28ff); LobbyistInnen der Atomwirtschaft und konservative PolitikerInnen wollen der Atomkraftnutzung zu einem Neuauftritt verhelfen.

Tatsächlich ist die Atomenergie-Nutzung weder am Ende, noch wird die konventionelle Kernspaltung sich in der BRD nochmals durchsetzen können. Realistischere Gefahren sind neue Projekte wie der Fusionsreaktor Wendelstein 7.x nahe Greifswald oder der mit atomwaffenfähigem hochangereichertem Uran betriebene Forschungsreaktor in Garching bei München. Auch der Ausbau von Atomfabriken wie der Urananreicherungsanlage in Gronau belegen, dass das deutsche Atomprogramm nicht am Ende ist.

Zwar nicht unbedingt hier in Deutschland, dafür aber in Europa: In Frankreich und Finnland wird schon wieder der Bau einer neuen AKW-Generation vorangetrieben. Der neue Europäische Druckwasserreaktor (EPR) soll im nächsten Jahr z.B. in Finnland gebaut werden, obwohl dieselben Gefahren einer Kernschmelze und Freisetzung von Radioaktivität wie bei einem Reaktor älterer Bauart drohen.

Der Bau solcher großer Leistungsreaktoren ist ungemein teuer, gleichzeitig ist der riesige Strommarkt – im Gegensatz zu dem asiatischen - übersättigt. Das erste nach dem

„Atom-Konsens“ abgeschaltete Atomkraftwerk (AKW) in Stade wurde aus Kostengründen vom Netz genommen. Auch konventionelle Großkraftwerke wurden vom Netz genommen. Bald werden viele konventionelle Großkraftwerke wegen Überalterung und zu hohen Kosten vom Netz gehen müssen. Hier liegt die Chance einer neuen Energiepolitik, die auf möglichst viele verschiedenartige regenerative Energien mit Hilfe von kleineren und mittleren „Kraftwerken“ herkömmliche Großkraftwerke ersetzt. Den Bau neuer Großkraftwerke würde nur die eingefahrenen Strukturen der vier großen Energiekonzerne erhalten und hat wegen ihrer Monopolstellung viele Verbraucher jahrelang überhöhte Preise zahlen lassen. Zudem ist ein



Bild: aaa-west

großes Kohlekraftwerk nicht klimafreundlich, ähnlich wie bei einem AKW, was im Vergleich zu regenerativen Energien deutlich klimaschädlicher ist.

Gefahren der Atomenergie-Nutzung

Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986 - zwei große Atomunfälle neben vielen kleineren - belegen eindringlich, dass der GAU (größter anzunehmender Unfall) bzw. Super-

GAU nicht ausgeschlossen werden kann. Später gab es weitere Katastrophen geringeren Ausmaßes, aber mit Todesfolge, z.B. in der japanischen Atomfabrik Tokaimura. Auch die BRD schlitterte mehrfach knapp am GAU vorbei: 1987 in Biblis und 2002 in Brunsbüttel. In beiden Fällen hätte das Hinzukommen weiterer unglücklicher Zufälle zur Katastrophe geführt. Dass Atomanlagen nicht störungsfrei laufen, belegen die mehr als hundert „meldepflichtigen Ereignisse“, die jedes Jahr in der BRD geschehen. Diese sind meldepflichtig, weil sie bei Anlagen solcher Gefahrenklasse nicht geschehen dürften.

Doch selbst der Normalbetrieb ist nicht gefahrenfrei. Eine Atomanlage setzt jederzeit eine sogenannte „Niedrigstrahlung“

frei, die als normal und seitens der Atomlobby und Behörden als unbedenklich bezeichnet wird, solange die Grenzwerte eingehalten werden. Die Forschungen der letzten Jahre haben jedoch belegt, dass auch diese Niedrigstrahlung irreparable Schäden verursachen kann. Im Niedrigdosis-Bereich existieren demnach keine Grenzwerte, unterhalb derer Gesundheitsschäden ausgeschlossen wären. Vielmehr bilden die gesetzlichen Grenzwerte einen Kompromiss zwischen ökonomischen Überlegungen und dem gerade politisch noch zumutbarem Risiko für die Bevölkerung.

Um das Uran für die Brennstäbe der AKW zu gewinnen, werden in den Herkunftsländern großflächige Eingriffe vorgenommen, die Umwelt verseucht, hochgiftige Abwässer freigegeben und riesige Halden mit strahlendem, aber nicht brauchbarem Gestein aufgetürmt. Die meist indigenen Menschen vor Ort sind gezwungen, unter miserablen Arbeits- und Gesundheitsschutzbedingungen am Rande des Existenzminimums für wenig Geld arbeiten zu müssen. Sie werden dabei in ihrer Gesundheit geschädigt, ihr Lebensraum wird zerstört.

Und auch das Ende der Atommüll-Spirale - mit jedem weiteren Verarbeitungsschritt entstehen mehr Abfälle, auch die Wiederaufarbeitung vervielfacht das Müllvolumen noch - ist ungeklärt. Die Abfälle, die zum Teil Millionen Jahre strahlen, müssen für diesen Zeitraum sicher gelagert werden. Eine solche sichere Entsorgung ist jedoch unmöglich, weil niemand über diese Zeiträume verlässliche Aussagen zu tektonischen oder gesellschaftspolitischen Entwicklungen treffen kann.

Die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen galt jahrelang bis jetzt als sog. Entsorgungsnachweis deutscher AKWs. Dabei wurde damit die Atommüllmenge nur noch größer. Ein Endlager für hochradioaktiven Müll ist noch nicht gefunden und es ist fraglich, ob jemals ein sichere Atommüll-Aufbewahrung geschaffen werden kann.“

Sofortausstieg aus der Atomkraft-Nutzung Dass der Atomausstieg lang- und mittelfristig möglich ist, haben viele Studien der letzten Jahrzehnte belegt. Auch die Planungen der Bundesregierung zeigen dies. Doch nicht nur langfristig ist der Ausstieg realisierbar; auch die Forderung der Anti-Atomkraft-Bewegung nach dem Sofortausstieg ist umsetzbar. Dies wies u.a. das Ökoinstitut Darmstadt in einer Modellrechnung nach. Demnach sind selbst beim sofortigen Abschalten aller AKW der BRD noch immer genügend Kapazitäten vorhanden, um auch Stromspitzen problemlos abfangen zu können. Der Sofortausstieg ist zwar teurer als ein langfristig angelegtes Szenario, allerdings rechtfertigen und verlangen die mit dem AKW-Betrieb verbundenen Gefahren diesen Aufwand. Jede Betriebsstunde mehr kann den statistisch mit einer Eintreffenswahrscheinlichkeit von mehr als 2% möglichen Super-GAU bringen. Jede weitere Strahlendosis erhöht auch das Erkrankungsrisiko durch Niedrigstrahlung. Und es ist unverantwortlich Atommüll zu produzieren, der nicht sicher entsorgt werden kann.

Atomanlagen und ihre Bedeutung für den Ausstieg

Ein „Atomausstieg“, der nur das Abschalten der AKW beinhaltet, aber die anderen nicht weniger gefährlichen Atom-

fabriken nicht einschließt, ist unglaublich. Die Gronauer Urananreicherungsanlage soll in den nächsten Jahren eine 2,5fache Kapazität erhalten und somit Brennstoff für 35 AKW produzieren. Neben dieser Anlage gibt es z.B. die Brennelemente-Fabrik in Lingen und andere atomwirtschaftliche Unternehmen, die nicht vom „Atom-Konsens“ eingeschlossen werden. Deren Schließung gehört zu einem ernstzunehmenden Ausstieg, da sie den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken absichern. Auch die Abkehr von einem geldintensiven Forschungsprogramm, das die Optimierung von AKW zum Ziel hat ist vonnöten. Und die Praxis der Bundesregierung, mit sogenannten „Hermesbürgschaften“ den Bau von AKW in anderen Ländern zu ermöglichen, hat keinen Platz in einer glaubwürdigen Ausstiegspolitik.

Klimaschutz

Im Zuge der Auseinandersetzungen um Maßnahmen zum Schutz vor dem Klimakollaps versucht die Atomindustrie geschickt ihre Technologie als Ausweg aus der Misere anzupreisen. Unbenommen der inhaltlichen Unstimmigkeiten dieser Argumentation wäre dieser Vorschlag weder finanziell, noch ressourcenseitig, noch zeitnah realisierbar, weil damit der Neubau eines Vielfachen der heute weltweit bestehenden AKW verbunden wäre.



Doch die Behauptung, Atomkraftwerke arbeiteten klimaneutral, ist schon in der Sache falsch. Durch die aufwendigen Verfahren zur Urangewinnung und Aufbereitung bis zur Herstellung der Brennstäbe wird soviel CO₂ freigegeben, dass damit dem Klimaschutz mehr Schaden als Nutzen zugefügt wird. Hinzu kommen die CO₂-Freisetzungen durch den Transport dieser Rohstoffe und Materialien. Denn durch große Entfernungen und immensen Materialeinsatz sind für die Atomenergieproduktion umfangreiche Transporte notwendig.

Nicht zuletzt werden auch beim Betrieb von Atomanlagen treibhausrelevante Spurenelemente wie Krypton freigesetzt. Dies geschieht zwar nur in geringem Ausmaß, allerdings ist ihre individuelle Klimabedeutung auch wesentlich höher als beispielsweise die des CO₂. Vergleiche von verschiedenen Energiegewinnungsformen haben gezeigt, dass selbst die CO₂-Bilanz eines modernen Gaskraftwerkes besser ist als die eines AKW.

Endlagerdebatte

Ohne ins Detail gehen zu müssen, kann festgestellt werden, dass es keine sichere Entsorgung für den Atommüll geben wird. Die Abfälle strahlen zum Teil Millionen Jahre; das Uran-Isotop 238, das in großen Mengen im Brennstoff enthalten ist, hat eine Halbwertszeit von 4,5 Mrd. Jahren. Weder kann aus geologischer Sicht eine einigermaßen belastbare Prognose für einen speziellen Endlagerstandort über eine Million Jahre hinaus gemacht werden, noch kann irgendjemand vorhersagen, wie sich die Gesellschaft in den nächsten Jahrhunderten entwickeln wird. Unverantwortliche Regime könnten die radioaktiven Abfälle für ihre Zwecke missbrauchen.

Betrachtungen der Verständigungsentwicklung haben gezeigt, dass es noch nicht einmal möglich sein wird, eine Sprache oder Symbolik zu entwickeln, die zukünftigen Intelligenzen die Gefahren und Lagerorte des Atommülls sicher vermitteln würde. Die kurze Menschheitsgeschichte hat eindringlich gezeigt, wie schnell Kommunikationswege verlernt werden und wie durch Legendenbildung früheres Wissen verfälscht wird.

Sicher ist damit heute nur eines: Die Entscheidung für einen Endlagerungsweg kann nur ein schlechter Kompromiss aus Sachzwängen, ökonomischen und Sicherheitsüberlegungen sein. Die eigentlich notwendige Sicherheit wird nicht erreicht werden. Mit diesem Hintergrund hat die Endlagerdebatte auch eine wichtige strategische Bedeutung: Sobald eine Einigung erzielt ist, mit der sich KritikerInnen, Umweltverbände und Aktionsgruppen abfinden, könnte dieser Kompromiss als Legitimation für den Weiterbetrieb von Atomanlagen herangezogen werden. Frei nach dem Motto „es gibt doch einen für alle akzeptablen Entsorgungsweg“. Ob der Notlösungscharakter dieser Einigung dann breit vermittelbar und politisch durchsetzbar wäre, ist fraglich. Daher gibt es in der Anti-Atomkraft-Bewegung die Position, sich auf keine Endlagerdebatte einzulassen, solange noch Atomanlagen in Betrieb sind, also noch weiterer Müll produziert wird.

„Atom-Konsens“

Entgegen den Behauptungen der Bundesregierung stellt der „Atom-Konsens“ keinen Ausstieg, sondern lediglich ein Auslaufmodell dar. Die Hauptargumente für den „Konsens“ stellen sich bei genauerer Betrachtung als wenig belastbar heraus: Kein AKW wird durch den „Atom-Konsens“ früher abgeschaltet, als es ohnehin geschähe. Aus den Reihen der Atomstromkonzerne war vielmehr zu hören, dass erste Abschaltungen ohne die Konsens-Verhandlungen u.U. früher erfolgt wären. Die AKW stellten schlicht Verhandlungsmasse dar.

Dass eine Begrenzung der Laufzeiten verbindlich festgelegt wurde, ist auch kein großer Fortschritt; schon zuvor war klar, dass es keinen unendlichen Betrieb gibt. Jetzt haben die Betreiber jedoch einen einklagbaren Anspruch auf Weiterbetrieb bis zum Ende der Laufzeit; das war vorher nicht so einfach. Hinzu kommt, dass sich die Bundesregierung verpflichtet hat, keine Maßnahmen zu ergreifen, die die Atomwirtschaft einseitig belasten würden.

Auch die Festlegung, es würde kein AKW-Neubau mehr stattfinden, hat keinen Neuigkeitswert. Schon lange verläutet aus der Atomwirtschaft, dass kaum ein Interesse für solche Bauten in der BRD besteht,

weil sie einfach unrentabel wären. Der Export ist das eigentliche Ziel der Atomindustrie.

Und in den heftig umstrittenen Endlagerprojekten brachte der sogenannte „Ausstieg“ wenig Gutes: In Gorleben wurde die Erkundung lediglich für einige Jahre ausgesetzt - während nun schrittweise die Enteignung der EigentümerInnen der Grundstücke vorbereitet wird. Schacht Konrad wurde sogar geopfert und mittlerweile als Endlager genehmigt.

Atomtransporte

Prinzipiell sind alle Atomtransporte überflüssig und aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten, solange keine Entsorgungsmöglichkeit gefunden wurde. Gleichzeitig sind diese Transporte jedoch die Lebensader der Atomwirtschaft. Mehrfach wöchentliche Urantransporte ermöglichen die Produktion von Brennstäben, ohne die Castortransporte wären die AKW bald durch ihren eigenen Müll „verstopft“. Daher hatte die „Verstopfungsstrategie“ der Anti-Atomkraft-Bewegung, die Atomtransporte zum Schwerpunkt von Aktionen macht, eine wesentliche Bedeutung im Widerstand gegen die Atomlobby. Um dieses Nadelöhr auszuschalten setzte die Bundesregierung mittlerweile das Konzept der dezentralen Zwischenlagerung durch. Dieses

löst das Problem der Entsorgung nicht, erhöht die Risiken durch die Schaffung weiterer Atomanlagen und erhöht die Menge gefährlicher Stoffe an einem Ort. Aber sie nimmt dem Atomwiderstand auch einen der wichtigsten Kristallisationspunkte.

Jeder Atomtransport - ob Uran- oder Castortransport, ob Transport in die Wiederaufarbeitung oder in Zwischenlager - sichert den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und ist daher nicht akzeptabel. Auch Transporte von stillgelegten Anlagen sind überflüssig - da kein Endlager existiert und damit weitere Fahrten nötig wären - und schaffen das gefährliche Bild, der Rückbau bis zur „grünen Wiese“ sei möglich, die Atomenergie-Nutzung also doch nicht so schlimm.

Gescheiterte Endlagerprojekte

Die mittlerweile eingestellten Endlagerprojekte Morsleben und ASSE müssen einem Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung unterzogen werden. In beiden Anlagen unterliegen die endgelagerten Abfälle katastrophalen Sicherheitsbedingungen. Im Zuge der Stilllegung müssen der betroffenen Bevölkerung zusätzliche Mitbestimmungsrechte bei der Klärung der Frage, wie mit diesem Müll zu verfahren ist, zugestanden werden.



Alle diese Anlagen betreffenden Untersuchung, Gutachten und deren Auswertungen müssen sofort veröffentlicht und damit der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Stillgelegte Atomanlagen

Die Politik der Atomindustrie ist es, mit dem sogenannten „Rückbau bis zur grünen Wiese“ zu suggerieren, dass es möglich sei, nach der Stilllegung einer Atomanlage wieder den ursprünglichen Zustand herstellen zu können. Dies fördert das Image der Atomindustrie und sichert außerdem einen guten Platz auf dem Exportmarkt für atomare Abrissttechnologie, der in den nächsten Jahren international Zuwachs haben wird. Damit wird auch ein gefährliches Bild einer sauberen Atomtechnologie, die nur richtig gehandhabt werden müsse, um problemlos betrieben werden zu können, geschaffen. Ausgeblendet werden so die - meist nicht kausal nachweisbaren - Strahlenschädigungen aus dem Normalbetrieb, die Folgen des Uranabbaus und der produzierte

Atommüll, der an einem anderen Platz abgelegt wird. Oft ist auch die „grüne Wiese“ nicht so unbelastet, wie es gern dargestellt wird. Das Erdreich ist vielfach aus dem Betrieb kontaminiert und kann nicht komplett ausgetauscht werden.

Im Sinne eines kompletten und schnellstmöglichen Atomausstiegs wäre es, stillgelegte Anlagen nicht sofort abzureißen und den Müll dann irgenwohin - denn eine Entsorgungslösung ist nicht in Sicht - zu transportieren, sondern bis zur Einigung über die Endlagerung an Ort und Stelle zu belassen. Sicherungsmaßnahmen müssen natürlich trotzdem vorgenommen werden und ein Handeln in akuten Gefahrenfällen ist so nicht ausgeschlossen.

Forderungen:

- Planfeststellungsverfahren, Transparenz und Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Stilllegung von Morsleben und ASSE
- Stopp aller Atomtransporte bis eine gesellschaftliche Einigung über die Entsorgung gefunden ist

- Sofortausstieg für alle AKW und anderen Atomanlagen
- Streichen der Endlagerpläne Schacht Konrad und Gorleben
- Abriss und Abtransport stillgelegter Atomanlagen erst nach Einigung über Entsorgung
- Besteuerung der Entsorgungsrücklagen der Atomindustrie
- volle Haftpflicht für Atomanlagen
- Sofort-Stopp aller Transporte in Wiederaufarbeitungsanlagen
- Ökologische Energiewende, basierend auf dezentralen Anlagen regenerativer Energieträger
- Endlagersuche erst nach komplettem Ausstieg, dann aber unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei voller Transparenz und einschließlich Mitbestimmungsrechten der Betroffenen

Oliver Bäsener und Falk Beyer

Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau

Brennstäbe in den AKWs bestehen aus zu einem Teil hochangereichertem Uran-235. Bevor ein Brennelement fertig hergestellt ist und in einem AKW eingesetzt werden kann, sind eine Reihe von sehr aufwendigen Produktionsschritten notwendig, um das Natururan 235 anzureichern. Hierbei entstehen Unmengen von radioaktiven Schlämmen und radioaktiven Atommüll, *bevor* das Brennelement fertig ist.

In einer UAA wird genau ein Verfahrensschritt in der Herstellungskette vom Natururan zum Brennelement durchgeführt. Die Anreicherung des Urans-235 von 0.7% (durchschnittlicher Gehalt im Natururan) auf 3-5% Uran-235, die zum Betrieb in einem AKW notwendig ist, wird in der Urananreicherungsanlage Gronau durch

den Einsatz von Gaszentrifugen bewerkstelligt. Beim Abbau von Natururan besteht dieses aus den beiden Isotopen zu 0.7% aus Uran-235 und zu rund 99% aus Uran-238. Chemisch ist Uran-238 vom Uran-235 nicht zu unterscheiden und kann demnach auch nicht auf chemischen Wege getrennt werden. Nach der Erzaufbereitung und Konversion in Uranhexafluorid (UF₆) wird dieses mittels physikalischer Trennverfahren für die Herstellung von Brennstäben in AKWs angereichert. Dabei wird der geringe Unterschied in der Kernmasse der Isotope ausgenutzt. Zur Zeit wird das Zentrifugenverfahren und das Diffusionsverfahren zur Trennung der Isotope voneinander weltweit eingesetzt. Beim ersteren dreht sich in einer Zentrifuge mit einer hohen Geschwindigkeit ein zylinderförmiger Rotor.

Durch die Zentrifugalkraft wird dabei das schwerere Uran-238 dabei stärker an der Rotorwand konzentriert als das leichtere Uran-235. Durch Strömungen werden die Gase, die sich in Wandnähe bzw. an der Achse des Rotores befinden, in unterschiedliche Richtungen abgeführt und dadurch getrennt. In Gronau benutzt man eine Kaskade von Gaszentrifugen, um in mehreren Wiederholungen unter Anwendung desselben Verfahrens eine immer weitere Anreicherung des Urans-235 im UF₆ zu erreichen. Pro Schritt wird also nur eine geringe Trennung von Uran-235 von dem Uran-238 geschafft.

Schließlich fallen nach der Trennarbeit in der Gronauer Urananreicherungsanlage zwei Produkte an:

1. *angereichertes Uranhexafluorid (UF₆)*, dass nachdem es in Konversionsanlagen zu Urandioxid zurückgewandelt wurde, zu Brennstoffpellets und schließlich zu Brennstäben verarbeitet wird (z.B. in der Brennelementefabrik Lingen).

2. *abgereichertes Uranhexafluorid*. Der Grad der Abreicherung kann in Abhängigkeit von Uranpreis und Anreicherungskosten gewählt werden, bei der Firma Urenco beträgt er 0.3 % Uran-235.

Das abgereicherte Uranhexafluorid (UF₆) wird zum großen Teil in Stahlbehältern im Freien gelagert. Aufgrund der chemischen Instabilität stellen diese Lager ein Risiko dar. Bei korrosionsbedingten Leckagen oder bei Transportunfällen auf dem Gelände können gesundheitsschädliche (für die nähere Umgebung unter Umständen tödliche) Mengen von UF₆ freigesetzt werden.

Was ist Uranhexafluorid ?

Uranhexafluorid ist bei Raumtemperatur ein pulverförmiger Feststoff mit einer Dichte von 65.1 g/cm³. UF₆ ist eine leicht flüchtige, äußerst giftige und korrosive Verbindung aus Uran und Fluor. Sie sublimiert bei Normaldruck bei 56 °C, d.h. geht direkt vom festen in den gasförmigen Zustand über. Formel: UF₆. In Verbindung mit Wasser (Luftfeuchtigkeit !) bildet es die äußerst korrosive Flusssäure und das giftige Uranylfluorid (UOF). Zudem ist Uranhexafluorid durch das vorhandene Uran radioaktiv.

Gefahren von Uranhexafluorid

Für die allgemeine Bevölkerung geht die Gefahr nicht nur durch die Urananreicherungsanlage in Gronau selbst aus (insbesondere bei einer Beschädigung der dort lagernden tausenden Tonnen von abgereichertem Uran), sondern auch durch den Transport des UF₆ von den Konversionsanlagen nach Gronau und von Gronau zur Brennelementefabrik nach Lingen. Insbesondere bei einem Unfall, bei dem ein UF₆

Abfälle / Müllmengen bei der Herstellung von Uran-Brennstäben

Verarbeitungsschritt	Gesamtmenge	Atom Müll	zur Weiterverarbeitung
Uranerzförderung	440.000 t Uranerz	400.000 t radioaktiver Abraum auf Halde	40.000 t
Erzaufbereitung	40.000 t	39.600 t Schlämme auf Deponie	400 t
Konversion	400 t	180 t Abfall ins Zwischenlager	220 t
Anreicherung	220 t	187 t abgereichertes Uranhexafluorid (UF ₆) ins Zwischenlager	33 t
Brennelemente für AKW	33 t	nach dem Einsatz in AKWs: hochradioaktiver Müll !	

Stahlcontainer einem länger anhalten Feuer ausgesetzt wäre, droht eine langfristig Verseuchung im Kilometerumkreis, welche insbesondere durch das radioaktive Uran hervorgerufen wird. Der chemisch-toxische Teil des Stoffes trägt dazu bei, dass bei einer vollständigen gleichmäßigen Freisetzung des Behälterinhalts in Umkreis von 500-1000 Meter mit tödlichen Schadstoffkonzentrationen zu rechnen ist. Dieses gilt nicht nur für das mit Uran-235 hochangereicherte UF₆ sondern auch für das abgereicherte UF₆!

Betreiber der UAA Gronau: Urenco Deutschland GmbH

Die Urenco-Gruppe betreibt in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden Anlagen zur Anreicherung von Uran und versorgt Kernkraftwerke in 15 Ländern in Europa und Übersee (!). Sie hält am weltweiten Markt für Urantrennarbeit einen Anteil von 18 % (2004). Die Urenco Deutschland GmbH ist eine 100%ige Tochter der Urenco Enrichment Company Limited (UEC) mit Sitz in Marlow bei London. Die beiden anderen Tochterunternehmen Urenco Nederland BV und Urenco (Capenhurst) Ltd. betreiben die Urananreicherungsanlagen in Almelo/Niederlande bzw. in Capenhurst, Großbritannien. Holding-Gesellschaft (also der Eigentümer) der Urenco-Gruppe ist Urenco Ltd., die 100% der Anteile an der Urenco Enrichment Company (UEC) hält. Gesellschafter der Urenco Ltd. sind zu gleichen Teilen BNFL Enrichment (eine Tochter der British Nuclear Fuels plc.), Uranit GmbH (eine Tochtergesellschaft der RWE Power AG und der E.ON Kernkraft GmbH) und Ultra Centrifuge Nederland N.V.. Oder anders

ausgedrückt: RWE und E.ON sind dafür mitverantwortlich, dass mit der UAA der Weiterbetrieb der AKWs gesichert ist. Weltweit existieren 14 Urananreicherungsanlagen, die zusammen 340 Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgen.

Insbesondere möchte der Betreiber Urenco anscheinend einen Teil der später einzulagernden Mengen Atom Mülls dadurch verringern, dass Bahn/Fährtransporte von abgereichertem Uran nach Russland durchgeführt werden. Dort wird das abgereicherte Uran (Anteil Uran-235: 0.3 %) auf den Anteil des Natururans von 0.7% Uran-235 wieder erhöht. Dieses Uran wird wieder zur UAA Gronau importiert, der restliche wesentliche größere Anteil des nun zum zweiten Mal abgereicherten Urans wird dort „endgelagert“. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind die von den Russen veranschlagten Endlagerkosten niedriger als hier bei uns, so dass die Wiederanreicherung von abgereichertem Uran durch die Urenco zum kostenvermeidenden Geschäft wird, da Tausende Tonnen UF₆ nicht hier endgelagert werden müssen. Anders ausgedrückt: Urenco wird so seinen großen Teil des Atom Mülls im billigeren Ausland los und spart dadurch Kosten.

Die Erweiterung der UAA Gronau

In diesem Jahr verrichtet die UAA Gronau eine Menge von 1800 t „Urantrennarbeit“, damit ist die Verarbeitung von UF₆ gemeint. Diese Menge reicht zur Versorgung von 14 Atomkraftwerken mit hochangereichertem Uran-„Brennstoff“ in Deutschland aus. Doch die Urenco hat Erweiterungspläne:

Bereits im Jahr 1998 beantragte die Urenco eine Erweiterung der deutschen Anlage auf 4.500 Tonnen UTA pro Jahr, also eine 2,5 fache der jetzigen Menge. Zudem will Urenco den Bau eines Standortlagers für 59.000 Tonnen abgereichertes Uran und eines Standortlagers für Natururan mit einer Kapazität von 10.000 Tonnen planen. Hier wird wieder der Mengenumsatz deutlich, der nötig ist, um hochangereichertes Uran zu gewinnen (siehe Tabelle). Damit würde die UAA in Gronau - trotz des beschlossenen Atomausstiegs - künftig derart erweitert werden, dass dort jährlich Uran für den Betrieb von mindestens 34 Atomkraftwerken vorbereitet werden kann. Damit würde Deutschland zum Exporteur von Uranbrennstoff für europäische AKWs im großen Stil. Damit würden in Zukunft jeden Werktag 13 UF_6 Transporte per LKW von und nach Gronau rollen.

Widerstand gegen die UAA

Seit Jahren kämpft die örtliche Initiative AKU Gronau für die Stilllegung der Atomanlagen in Gronau. Zusammen mit dem BBU wurden in zahllosen Informationsveranstaltungen auf die Gefährlichkeit des Betriebes hingewiesen, da ja ein Störfall nicht ausgeschlossen werden kann.

Am 26. März 2003. überreichten der Arbeitskreis Umwelt Gronau, ROBIN WOOD und BBU mehr als 6000 Einsprüche gegen den Ausbau der Gronauer Atomfabrik. VertreterInnen dieser Umweltinitiativen protestierten damit im Düsseldorfer Energieministerium gegen den beantragten Ausbau der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau.

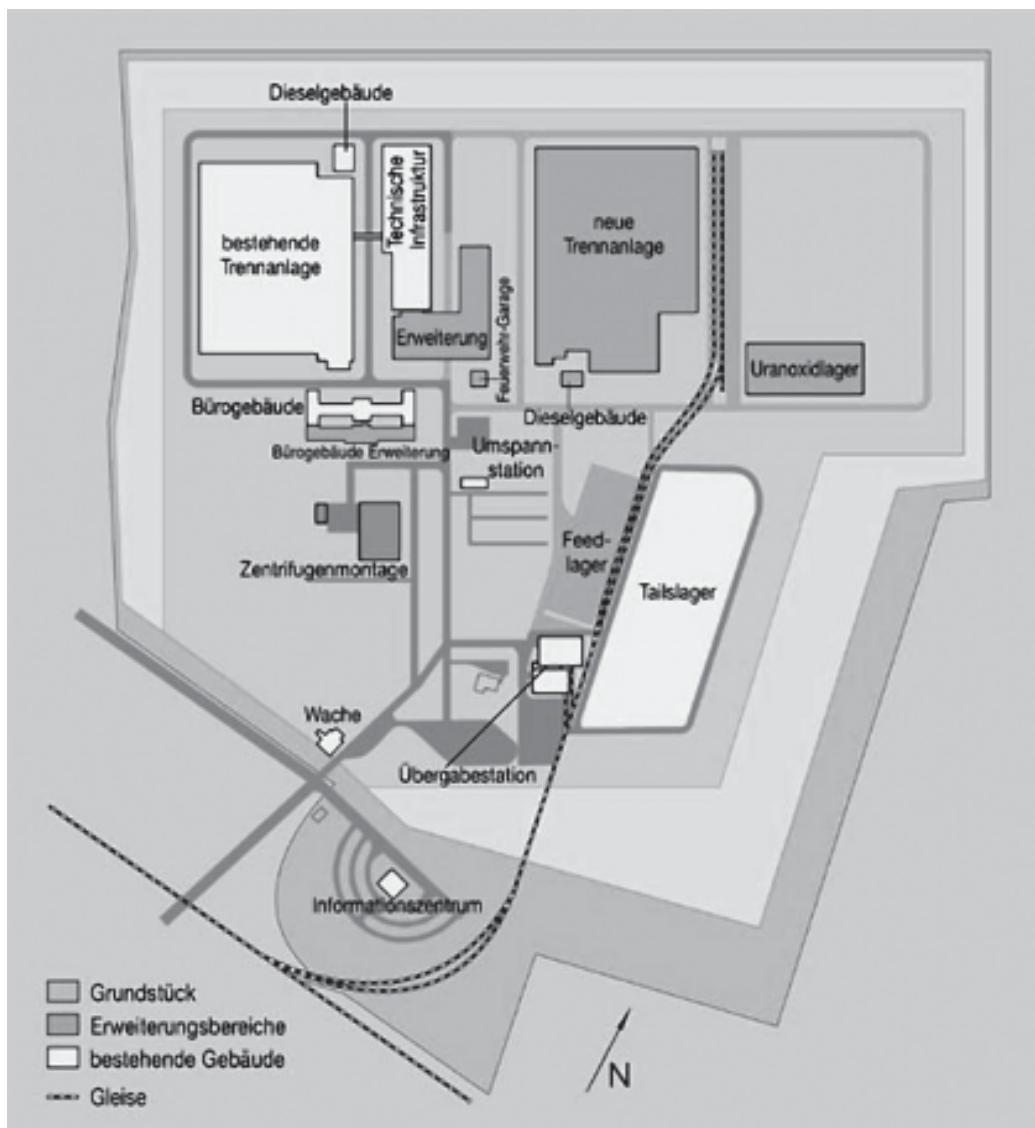
Gegen den drohenden Ausbau der Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau und für deren sofortige Stilllegung demonstrierten in Gronau am 9. Oktober rund 300 AtomkraftgegnerInnen.

Die niederländische Anti-Atom Bewegung konnte bei der dortigen UAA einen Teilerfolg erzielen. Der dortige ebenfalls von Urenco geplante Ausbau der UAA im holländischen Almelo ist im Moment gestoppt. Die entsprechende Genehmigung ist Ende Oktober vom niederländischen Staatsrat für nichtig erklärt worden.

Quellen:

anti atom aktuell, Ausgabe März 2003
<http://www.aku-gronau.de>
 (Arbeitskreis Umwelt Gronau e.V.)
<http://www.urencode.de> (Urenco Deutschland GmbH)
<http://www.robinwood.de> (Robin Wood e.V.)

Bild: geplante Erweiterung der Urananreicherungsanlage in Gronau



Ein Endlager Gorleben ist nicht sicher..

1977 hatte der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, (CDU), Gorleben als möglichen Endlagerstandort ins Spiel gebracht - wegen seiner Lage dicht an der Grenze zur DDR. Bereits bei den ersten Untersuchungen stellten Wissenschaftler 1981 fest, dass sich über dem Gorlebener Salzstock keine durchgehende wasserdichte Tonschicht befindet. Das heißt: Es gibt keine geologische Barriere zwischen Salz und Grundwasser, die radioaktive und giftige Radionuklide daran hindert, ins Grundwasser zu gelangen.

Zu diesem Schluß kommen auch namhafte Geologen und widersprechen damit den Äußerungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), welches bezüglich der Sicherheit des Bergwerkes Gorleben auf diverse Gutachten und Zwischenberichte verweist. Unter anderem bezieht sich das BfS auf den Bericht von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), welches vor 20 Jahren der Meinung war, Gorleben wäre ein geeigneter Standort. Ein Gegenbeispiel für die Sicherheit im Bergwerk Gorleben ist der beinahe Zusammenbruch eines Schachtes schon im Jahr 1987, sowie permanente Wassereintrüche beim Ausbau des Bergwerkes Gorleben. Permanente Wassereintrüche sind für ein Salzbergwerk schädlich, weil damit Salzgesteinsmassen



aufgelöst werden und diese dann in flüssigerer Form durch festere Gesteinsmassen dringen. Zudem ist eindringendes Wasser in von Salzlauge korridierten Behältern (bzw. deren Dichtungen) für die Umwelt

gefährlich, weil der hochradioaktive Inhalt (angefangen bei den Gasen) durch Diffusion wieder nach draußen gelangt. Es besteht die Gefahr von Wasserstoffexplosionen, wenn im Salzbergwerk Wasser durch Drücke und Hitze der Verpackungshälter sich in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufspaltet. Nicht zu vergessen: Ein Endlager muß mind. für zehn- bis hunderttausende Jahre vor Einflüssen von außen geschützt sein, damit der Mensch nicht durch freiwerdende Mengen Radioaktivität der verbuddelten Behälter umkommt.

Eigentlich soll es ja später einmal ein Lager für hochradioaktive Stoffe werden, doch aus politischen-rechtlichen Gründen wird der Ausbau des Bergwerkes Gorleben als normales „Erkundungsbergwerk“ seit Jahrzehnten durchgeführt. Damit stellt es nach Bergrecht im Moment keine Atomanlage dar. Selbst Bundesumweltminister Trittin hat inzwischen – nach nun mehr als 6 jähriger Regierungszeit bemerkt – dass Gorleben ein „Schwarzbau“ sei. Genauer: es gibt keine einzige atomrechtliche Genehmigung für den Bau dieses Bergwerkes. Selbst wenn das Bergwerk wirklich ein bißchen sicher wäre, ist dieses ein Skandal. Wenn man sich die Milliardensummen ansieht, mit dem dieses Bergwerk gebaut wurde, ist der Name „Erkundungs“-Bergwerk blanker Hohn gegenüber besorgten Menschen. Diese tun bei den Demonstrationen im Wendland kund, dass hier von Seiten der Behörden Fakten für ein Endlager geschaffen werden sollen. Erst viel später, so befürchten Atomkraftgegner, wenn absehbar wird, dass es auch nirgendwo anders in Deutschland ein sicheres Endlager für hochradioaktiven Atommüll geben wird, wird man sich von Regierungsseite Gorleben wieder zuwenden und auf einmal Stück für Stück atomrechtliche Genehmigungen im Nachhinein erteilen. Denn ohne ein Endlager steht eine Regierung, welche die Atomenergie fördern will, dumm dar, weil sie die tausenden Tonnen von hochradioaktivem Atommüll nicht endgültig „wegsperrt“ kann und damit erhebliche Kosten für eine jahrtausendlange Bewachung und Überprüfung der Atommüll-

behälter übertage gerade stehen müsste. Fazit: die nächsten Generationen müssen den wahren (Energie-)Preis für unseren Atommüll bezahlen. Dieser Preis kann existenzbedrohend sein, nicht nur in näherer örtlicher Umgebung eines Endlagers für uns Menschen.

Es dauerte nur 2 Jahre nach dem Wechsel durch die rot-grüne Bundesregierung bis de facto mit dem „Konsens“-Vertrag das Bergwerk Gorleben nach dem Willen der Energiekonzerne einziges zukünftiges „Endlager“ bleiben sollte. Im Juni 2000 beschlossen die rot-grüne Bundesregierung im „Konsens“-Vertrag unter anderem sinngemäß, sie und die Atomindustrie seien sich



einig, dass die bisher gewonnenen geologischen Befunde keine Anhaltspunkte ergeben hätten, die gegen eine Eignung dieses Salzstock als Endlager sprächen. Zwar wird in der Atomvereinbarung ein befristeter Baustopp von mindestens drei und höchstens zehn Jahren für Gorleben vereinbart. Während dieses Moratoriums sollen offene Fragen geklärt werden. Dessen ungeachtet bekräftigen die Unterzeichner: „Das Moratorium bedeutet keine Aufgabe von Gorleben als Standort für ein Endlager.“

Es bleibt also festzuhalten, dass hier 1. alle vernünftigen Argumente gegen die Eignung von Gorleben nicht berücksichtigt wurden und dass 2. keine Schritte unternommen werden, die den Salzstock Gorleben auf seine Nichteignung mal näher untersuchen würden. Das damit eine rot-

grüne Bundesregierung für die Atomindustrie keine wirtschaftliches und rechtliches Hindernis für die Atompolitik der Energiekonzerne ist, dürfte einige Manager und die Aktionäre der Energiekonzerne freuen. Der „Atomkonsens“ steht damit einem Ausbau der Atomenergie in Deutschland nicht im Wege.

Bis jetzt wurden mehr als 1.3 Milliarden Euro in die vermeintliche „Erkundung“ des Salzstockes Gorleben gesteckt. Je mehr Geld in dieses Bergwerk fließen wird, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die Atomindustrie und die Bundesregierung sich nach einem anderen Lager ernsthaft umsehen. Zudem wurden mit dem Bau der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) und dem Zwischenlager in Gorleben weitere Fakten geschaffen. Die Zwischenlagerhalle dient als Abstellplatz für hochradioaktiven Atommüll von abgebrannten Brennelementen in Form von Glaskokillien. Die PKA dient dazu, die Castoren wieder zu öffnen und in einer „heißen“ Zelle, welche die Umgebung vor der Strahlung schützt, den hochradioaktiven Müll umzupacken.

Folgende Forderungen in Bezug auf den Salzstock Gorleben müssten bei einer vernünftigen, langfristigen Energiepolitik in Deutschland umgesetzt werden.

- Sofortiger Stopp weiterer Atommüllproduktion, d.h. in völliger Konsequenz Abschaltung aller Atomanlagen in Deutschland! Erst hierdurch wird die Atommüllmenge, die später (end-)gelagert werden muß, nicht vergrößert.

- Sofortiger Stopp weiterer Atommülltransporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen als auch nach Gorleben. Es ist nicht sinnvoll, Atommüll mittels umweltgefährdender Transporte durch halb Europa zu fahren, wenn noch nicht einmal feststeht, wo dieser Atommüll endgelagert werden soll.

- Schließung des „Erkundungs“-Bergwerkes Gorleben, und festlegen, dass Gorleben nie ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll werden wird



- Exportverbot von deutschem Atommüll, damit die Atomindustrie sich nicht auf Kosten anderer von Ihrem Entsorgungsproblem befreien kann.

- Aufbüdung sämtlicher Kosten bei der Endlagersuche auf die Atomstrom produzierenden Energiekonzerne

- Radioaktiven Atommüll erst mal in den abgeschalteten AKWs abklingen lassen, damit das Risiko von Freisetzung von Radioaktivität beim vorschnellen Abbau von Atomanlagen verhindert wird.

- Keine Auswahl von Salzstöcken für zukünftige Endlagerprojekte.

Es bleibt zu hoffen, dass der Protest von AtomkraftgegnerInnen gegen die Endlagerpolitik der Landes- und Bundesregierungen weiterhin erfolgreich ist. Damit könnte nicht nur ein Endlager in Gorleben verhindert werden.

Quellen:

anti atom aktuell, Ausgabe April 2004, Seite 33

junge welt, Ausgabe vom 23.11.2004

<http://www.greenpeace.de>

(Greenpeace Deutschland e.V.)

BI Lüchow Dannenberg stellt Strafanzeige gegen Schwarzbau

Die BI will Strafanzeige gegen Verantwortliche des Bundesamt für Strahlenschutz stellen. Das „Erkundungs“-Bergwerk sei gar kein Erkundungsbergwerk sondern schon in Teilen das spätere Endlager. So seien z.B. die gebauten Fahrwege innerhalb des Bergwerkes im Salzstock viel breiter als für ein reines Erkundungsbergwerk notwendig. Bei der vorgeblichen Untersuchung des Salzstockes wurde offenbar bereits fleißig an einem Endlager gebaut.

Der Salzstock Gorleben besitzt auch keine atomrechtliche Genehmigung, sondern wird nur nach Bergrecht gebaut. Die Standortsuche des Salzstockes war damals viel mehr nach der geografischen Lage (kaum besiedeltes Gebiet am Rande der damaligen DDR) als nach der geologischen Eignung ausgesucht worden. Daher so die BI, „gehöre der Schwarzbau in Gorleben stillgelegt“.



Aktueller Aufruf zur Unterstützung!

Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt mit Prozessen überhäuft. Im Mittelpunkt steht ein fast ein Jahr währender Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. Aktionen sind wichtig – aber leider diesmal nicht genug. Der Prozeß wird teuer. Darum bitten wir um Spenden auf das angegebene Konto. Wer Spendenquittungen braucht, sollte sich vorher bei uns melden.

Konto "Spenden & Aktionen", Nr. 9288 1806
Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00

Infoseite zum Prozeß: www.projektwerkstatt.de/prozess

Schacht KONRAD

Einer jahrzehntelangen erfolgreichen Verzögerungstaktik gegen die Genehmigung des alten Eisenerzbergwerkes als Endlager für niedrig- und mittlerradioaktive Stoffe machte der niedersächsische SPD-Umweltminister Jüttner 2002 auf Bitten der rot-grünen Bundesregierung ein Ende. Es ist damit das erste nach Bundesrecht genehmigte Endlager. Zwar verhindern mehrere Klagen derzeit die Einlagerung, doch diese Sicherheit trägt. Jederzeit kann mit der Anordnung des Sofortvollzugs die Einlagerung starten.

Das in Salzgitter bei Braunschweig liegende Bergwerk wurde in den 1950er/60er Jahren erschlossen und ab 1965 zur Eisenerzgewinnung genutzt. Es gibt zwei Schächte, wobei der für die Einlagerung von Atom- und radioaktiven Abfällen vorgesehene Schacht sich auf dem VW-Betriebsgelände befindet, also inmitten tausender hier arbeitender Menschen. Der zweite Schacht liegt im Stadtteil Salzgitter-Bleckenstedt und beherbergt das Konrad-Wahrzeichen, einen auffälligen Förderturm.

Standortbenennung

Weniger als anderthalb Jahrzehnte war der nach dem früheren DNVP-Reichstagsabgeordneten Dr. Konrad Ende benannte Erzschacht KONRAD in Betrieb, bevor er Mitte der 70er Jahre wegen Unrentabilität wieder stillgelegt wurde. Um die Arbeitsplätze zu erhalten, warb der Betriebsrat für eine anderweitige Nutzung der Schachanlage und stieß beim Bund auf einiges Interesse: Wegen seines Förderwerkes sei der Schacht besonders gut geeignet als Endlager für Abrisskomponenten aus stillgelegten Atomkraftwerken. Damals, als noch vom Zubau einiger hundert Reaktoren in Deutschland ausgegangen wurde, war KONRAD neben dem Universalendlager Gorleben sozusagen die Funktion einer radioaktiven Sperrmülldeponie zugeordnet. Fragen der geologischen Geeignetheit spielten dabei keine Rolle. In einem Erkundungsprogramm wurde der Schacht von 1976 - 1981 untersucht. Wissenschaft-

liche Kriterien für diese Untersuchungen und die Bewertung des Schachtes als Endlager gab es nicht, wohl aber ein politisches Interesse des Bundes an einer positiven Eignungsaussage. Kaum lag sie vor, avancierte KONRAD im Entsorgungsbericht der Bundesregierung zum zukünftigen Endlager. Allerdings war KONRAD schon Ende der 70er Jahre fester Bestandteil des Entsorgungsnachweises neuer Atomkraftwerke.

Planfeststellungsverfahren

Am 30. August 1982 stellte der Bund beim Land Niedersachsen den Planfeststellungsantrag. Während des Verfahrens wurde der Planantrag noch einmal grundlegend geändert. Mit der Einführung des Wärme-Kriteriums für die Endlagerung soll KONRAD seit 1986 für 95% des in Deutschland an-



fallenden Atommülls geeignet sein. 1991 wurden gegen den Plan 289.387 Einwendungen erhoben, die von September 92 - März 93 erörtert wurden. Mitten in diesen Erörterungstermin traf die Nachricht der ersten Schröderschen Konsensinitiative, in deren Verlauf er KONRAD „streitfrei“ stellte.

Bund/Land-Kontroversen

Von Beginn waren die Entscheidungen über KONRAD Spielball der Auseinandersetzung um das Entsorgungskonzept. Fast vergessen schon die in den 70er Jahren heftige Auseinandersetzung um die Zahl und (politische) Auswahl der Standorte in Niedersachsen, zwischen der SPD-Bundesregierung und der CDU-Landesregierung. 1989 setzte der niedersächsische Umweltminister (NMU) Remmers die bereits angekündigte Planauslegung mit Verweis auf die Auswirkungen der WAA-Entscheidung wieder ab; dem Vernehmen nach ging es dabei wesentlich auch um opulente Forderungen, welche die CDU-Landesregierung an die CDU-Bundesregierung gestellt hatte, nachdem Bayern 1 Mrd. DM Ausgleich für die Aufgabe des WAA-Standortes Wackersdorf erhalten hatte. Gegenüber der rot-grünen-Landesregierung (1990-94) baute der Bund das Mittel der Bundesaufsicht aus (Bundesweisungen, bundesaufsichtliche Gespräche) und setzte nach einem grundlegenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1991 die Planauslegung durch.

Seit Herbst 1994 streiten Bund und Land über die Art und Weise, in der das umstrittene Verfahren beendet werden soll. Dabei spielen die Fragen der Sicherheit praktisch keine Rolle mehr. Bundesumweltminister (BMU) Töpfer drohte im Herbst 1994, das Verfahren an sich zu ziehen und in Bonn zu entscheiden, wurde dann aber von Frau Merkel abgelöst. Im September 1997 erklärte NMU Griefahn, alle Sachfragen seien abgearbeitet, es stelle sich vor der Genehmigung aber die Frage der Planrechtfertigung, wurde aber vom BMU angewiesen, die Planrechtfertigung zu unterstellen. Im Mai 1998 schließlich setzte NMU Jüttner das Verfahren - sachlich wohl begründet aber ohne nachvollziehbare Rechtsgrundlage - mit Verweis auf den sog. Castor-Skandal aus.

Die insbesondere in der Salzgitter-Region stark verbreitete Hoffnung, die im Herbst 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung würde zu einer vollständigen Neube-

wertung des Projektes kommen, erledigte sich bereits mit der Koalitionsvereinbarung. BMU Trittin (GRÜNE) und NMU Jüttner (SPD) kultivierten medial die Auseinandersetzung darüber, wer schließlich die Verantwortung für KONRAD zu übernehmen habe.

Kritik und Widerstand

Aktivitäten gegen ein Endlager Schacht Konrad hat es in der Region von Beginn an gegeben. Analog zur bundesweiten Auseinandersetzung gab es in den 70er und 80er Jahren eine starke BI-Bewegung in der Region und eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Aktionen und Demonstrationen. Die bis heute größte und umstrittenste („Schlacht am Schacht“) fand am 30. Oktober 1982 mit rd. 12.000 TeilnehmerInnen als Antwort auf die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens statt. Allerdings haben in der Auseinandersetzung um



KONRAD von Beginn an die etablierten gesellschaftlichen Strukturen und Kräfte eine andere Rolle gespielt als an anderen Standorten. Die Kommunen, allen voran die Standortkommune Salzgitter, haben das Projekt frühzeitig thematisiert und die kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung darüber finanziert. Die Gründung der regionalen Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD 1987, in der heute ca. 60 Kommunen, Organisationen, Verbände und Gruppen Mitglied sind und die Arbeit des örtlichen Bündnisse Salzgitter gegen Konrad, stehen für diese Besonderheit des Standortes.

Hierzu gehört auch die starke Position gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessen gegen Schacht Konrad, die mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung von 5000 MetallerInnen am 31. Mai 2000 besonders eindrucksvoll zum Ausdruck kam.

Genehmigung des ersten offiziellen Bundes-Endlagers

Ohne dass es einen zwingenden Bedarf geben würde, hat die Niedersächsische Genehmigungsbehörde (NMU Wolfgang Jüttner) dem Antragsteller (Bund, vertreten durch Bundesamt für Strahlenschutz - BfS) und der obersten Atomaufsicht (Bund, vertreten durch BMU Trittin) am Mittwoch, dem 27. März die Endfassung des Genehmigungsentwurfes für das beantragte Atommüll-Endlager im Schacht KONRAD in Salzgitter zur letztmaligen Stellungnahme bis zu 19. April ausgehändigt. Angeblich hat der Bund darauf gedrängt, dass die Genehmigung noch vor der Sommerpause erteilt wird. Hintergrund dürfte die formale Erfüllung der Konsensvereinbarung sein und der Wunsch, dass die Kritik an KONRAD nicht zum politischen Wahlkampfthema wird.

NMU Jüttner will die Genehmigung gegenüber beantragten 650.000m³ auf 303.000 m³ einzulagernder Abfälle begrenzen. Diese Restriktion ist einerseits konzeptionell sinnvoll, zugleich aber eine Akzeptanzfalle für die Region und der Versuch, BMU Trittin öffentlich wahrnehmbar (mit-) verantwortlich zu machen. Letztendlich ist ein genehmigtes Endlager ein genehmigtes Endlager; die Volumenbegrenzung ändert nichts an den Problemen des Standortes und des Betriebes und kann zudem ebenso leicht aufgehoben wie der Sofortvollzug jederzeit angeordnet werden.

Mit der Genehmigung von KONRAD wird eine weitere Hürde zur Realisierung des Projektes beseitigt und eine neue Barikade

gegen die Verhinderung errichtet. Es sollte sich niemand darüber täuschen lassen, dass dies die erste verfahrensförmig erteilte Genehmigung für ein Atommüllendlager in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt wäre, die entsprechend präjudizierende Wirkung nicht nur für diesen Standort, sondern für den Umgang mit Atommüll insgesamt und für die zukünftige Gestaltung der sogenannten Entsorgung hat. Nach allen Erfahrungen wird eine einmal erteilte Genehmigung nicht wieder freiwillig zurückgezogen.

„Verzicht auf Sofortvollzug“ ist kein „faktisches Moratorium“

Dem Katalog Orwellscher Zwiesprachlichkeit ist es entnommen, wenn jetzt versucht wird, die Genehmigung als faktisches Moratorium und damit politischen Erfolg auszugeben. Angespielt wird auf den im Atomkonsens vereinbarten Verzicht auf Sofortvollzug, der es möglich macht, dass Klagen die Inbetriebnahme um weitere Jahre verzögern. Makaber genug, dass der den Rechtsschutz einschränkende Sofortvollzug zur selbstverständlichen (Atom-) Rechtsnormalität geworden ist und der Verzicht darauf als politische Großzügigkeit erscheinen mag. Die Idee dazu stammt übrigens von Klaus Töpfer und ist ungefähr 10 Jahre alt. Hintergrund ist das Interesse insbesondere der Wirtschaft, einerseits ein genehmigtes Endlager zu haben (Entsorgungsnachweis, Faustpfand usw.), es andererseits aber nicht in Betrieb nehmen bzw. nicht investieren zu müssen, solange dies noch nicht opportun ist. Wann immer dies der Fall sein wird, ist die nachträgliche Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit ein sehr kleiner Rechtsakt.

Politische Schutzgelderpressung

Natürlich wäre der KONRAD-Bescheid in jedem Falle beklagt worden, auch ohne den Atomkonsens. Dass hier aber die Klagen von Kommunen, Landeskirche und

PrivatklägerInnen ins politische Kalkül einbezogen wurde, generiert eine neue Form von Schutzgelderpressung: „Solange ihr für den Fortgang des Verfahrens zahlt, habt ihr von uns und dem Atommüll nichts zu befürchten“, ist die Botschaft; solange jedenfalls, bis es opportun erscheint, den Sofortvollzug dann doch anzuordnen.

Widersprüche im Umgang mit Schacht KONRAD

Mit dem Atomkonsens zwischen der Bundesregierung und vier Stromkonzernen hat die Bundesregierung unbenommen der prinzipiell für notwendig erachteten Neukonzipierung der Entsorgung Einzelfallentscheidungen zu den Endlagerstandorten bzw. -verfahren Gorleben und KONRAD festgelegt. Die Erkundung am Standort Gorleben soll unterbrochen werden, um zunächst grundlegende Fragen zu klären, bei KONRAD soll die zuständigen Behörde das Planfeststellungsverfahren nach den gesetzlichen Bestimmungen abschließen.

In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 haben die Regierungsparteien der fachlichen Diskussion folgend festgestellt, das eine Neuordnung der Entsorgung er-

forderlich und ein Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle ausreichend ist. Dem entspricht die Einrichtung eines Arbeitskreises „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) durch den BMU und die grundsätzlichen Ausführungen des Atomkonsenses vom 14. Juni 2000. Die Genehmigung eines Endlagers für ausschließlich geringfügig wärmeentwickelnden Atommüll würde einem solchen Konzept jedoch entgegenstehen bzw. die Bemühungen konterkarieren.

Der Verzicht des Antragstellers auf Sofortvollzug macht zudem auch rechtswirksam deutlich, dass es keine akute Notwendigkeit für die Genehmigung zum jetzigen Zeitpunkt gibt. Antragsteller und Genehmigungsbehörde haben mehrfach öffentlich erklärt, daß sie im Falle einer - an sich gebotenen - negativen Entscheidung Rückforderungen durch die Energiewirtschaft fürchten. Dabei handelt es sich jedoch um Verfahrenskosten, aus denen keine Rechte auf den Entscheidungsinhalt abgeleitet werden können. Es ist in der Öffentlichkeit jedoch der Eindruck entstanden, dass die Genehmigungsbehörde nicht nach fachlichen Kriterien entscheidet, sondern unter dem wirtschaftlichen Druck der interessierten Industrie. Mit dem Verweis des Antragstellers auf die durch Verzicht auf Sofortvollzug mögliche gerichtliche Überprüfung im Hauptsachenverfahren werden wesentliche politische und fachliche Entscheidungen von vorn herein in unzulässiger Weise auf die Gerichte, die daraus resultierende Kostenbelastung auf die EinwenderInnen abgewälzt.

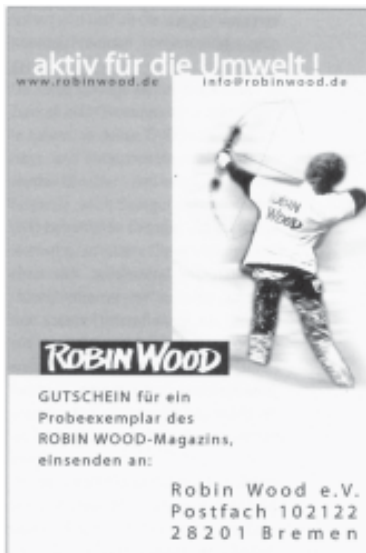
Auf der Grundlage der veränderten Rahmenbedingungen des Verfahrens und unter Berücksichtigung des langen Zeitraumes, der seit der Erörterung vergangen ist, müssen die hier vorgetragenen Einwendungen neu bewertet werden, zumal in zentralen Fragen bisher keine fachlich zufrieden stellende Klärung erfolgt ist. Unbenommen der in den Einwendungen detaillierten Einzelfragen, gibt es hier folgende Schwerpunkte, die weiterer Klärung bedürfen und zumindest die Genehmigung zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen hätten:

Planrechtfertigung, Abfallmengen und Inventar

Die dem Genehmigungsantrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zugrunde liegenden Planungen für die atomaren Abfallmengen beruhen auf einem Konzept zum Ausbau der Atomkraftnutzung und der Wiederaufbereitung, das bereits seit vielen Jahren ohne sachliche Grundlage existiert. Da ein Endlager für Brennelemente nach den Planungen der Bundesregierung und der Atomwirtschaft für alle Arten radioaktiver Abfälle geeignet sein soll, reicht die Errichtung eines Endlagers für die Entsorgung der atomaren Abfälle der Bundesrepublik Deutschland völlig aus. Hierfür kommt KONRAD nicht in Betracht. Damit ist die Planungsgrundlage hinfällig. Die Weisung des Bundes vom Herbst 1997, die Planrechtfertigung zu unterstellen, kann für diesen Sachverhalt keine Regelungswirkung mehr entfalten. Vielmehr hat der Bund selbst mit dem sogenannten Atomkonsens vom Juni 2000 eine neue Faktenlage geschaffen, die im Planfeststellungsverfahren von der Planfeststellungsbehörde beachtet und bewertet werden muss.

Langzeitsicherheit

Der Langzeitsicherheitsnachweis in den Antragsunterlagen entspricht nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Forschung. Dies betrifft z.B. bei der Berechnung der Radionuklidenausbreitung benutzte Programme sowie das Fehlen einer Abschätzung der Unsicherheit der gewonnenen Ergebnisse. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Daten sind, wie im Erörterungstermin vielfältig nachgewiesen, unzureichend und lückenhaft. Hier hat die Planfeststellungsbehörde den Antragsteller zu veranlassen, seine Antragsgrundlagen von Grund auf neu aufzubauen und Nachweise zu führen, die sowohl vollständig sind, als auch dem heutigen Stand von Wissenschaft und Forschung entsprechen.



Grundwasserbelastung

Das niedersächsische Wasserrecht verlangt vom Antragsteller den Nachweis, dass durch den Betrieb der Anlage keinerlei Eintragung von radioaktiven Stoffen in das Grund- und Tiefenwasser erfolgt. Dieser Nachweis ist durch den Antragsteller bisher nicht erbracht worden. Auch im Bereich des Abwassers ist keine zulässige Lösung durch den Antragsteller beantragt worden. Die Gemeinde Vechelde hat durch ihr Gutachten zur Belastung der Aue als Entwässerungsträger des Schachtes Konrad vielmehr ein erhebliches Gefahrenpotential für den Wasserpfad nachgewiesen.

Keine ausreichende Produktkontrolle

Noch immer sehen die vorliegenden Antragsunterlagen kein verlässliches System der Produktkontrolle vor. In der Anlage selber soll durch Wiegen der Gebinde und Messung der Oberflächenstrahlung lediglich die Plausibilität der Begleitpapiere überprüft werden. Nur einzelne Gebinde sollen zu einer genaueren Überprüfung nach Jülich verbracht werden. Dieses System eröffnet dem Missbrauch Tür und Tor. Die Erfahrungen von den Mol-Fässern über die Kontaminationen an Transport-Behältern (Castor-Skandal) bis zu den gefälschten Papieren der MOX-Brennelemente aus Sellafield haben hinlänglich bewiesen, dass derartige Überprüfungslücken zum Missbrauch von Genehmigungen führen. Dies gilt in besonderer Weise beim grenzüberschreitenden Verkehr, da die deutsche Atomaufsicht die Konditionierung, Zwischenlagerung und den Transport bis zur deutschen Grenze nicht tatsächlich überwachen kann, sondern auf sog. qualifizierete Verfahren und Plausibilitätsüberprüfungen angewiesen ist. Solche vom TÜV

begutachteten qualifizierten Verfahren gab es auch für die MOX-Brennelementfertigung in Sellafield, was sich jedoch als nutzlos erweist, wenn ihre Einhaltung nicht überprüft werden kann. Es ist davon auszugehen, daß es bei einer derart lückenhaften Produktkontrolle zu immer stärkeren Abweichungen zwischen dem für KONRAD angenommenen und dem tatsächlich eingelagerten Inventar kommt (siehe Ergebnis der Überprüfung der Mol-Fässer in Jülich). Dies hätte nicht erst für die Langzeitsicherheit unabsehbare Folgen, sondern bereits im Zusammenhang mit dem Einlagerungsbetrieb und Unfällen bei Transport und Einlagerung.

Erhebliche Risiken im Einlagerungsbetrieb Bei Unfällen während des Einlagerungsbetriebes, dies gilt ganz besonders für den untertägigen Betrieb, ergeben sich erhebliche Risiken hinsichtlich der Freisetzung von radioaktiven Stoffen und deren Ausbreitung. Die Bewetterung des Bergwerkes führt zwangsläufig zu einer unkontrollierbaren Abgabe der radioaktiven Freisetzung in die Umgebung. Je nach Wetterlage erfolgt dabei eine mehr oder minder starke Verdünnung. Grundsätzlich gilt aber, dass die in der Hauptwindrichtung in direkter Nachbarschaft gelegenen Industriebetriebe, wie das VW Werk, der größten Gefähr-

gerungsbereich) muss mit der Verstrahlung größerer Areale ausgegangen werden, die für die Betroffenen mit gesundheitlichen Gefahren und weitreichenden sozialen Einschnitten (Stilllegungs- und Umsiedlungsmaßnahmen, Verlust von Arbeitsplätzen) verbunden sind.

Transportrisiken weiterhin ungeklärt

Bereits in der Frühphase des Verfahrens wurde seitens betroffener Kommunen und anderer darauf hingewiesen, dass der Betrieb von KONRAD zwingend zu einer Kumulation von Atomtransporten führt und gutachterlich nachgewiesen, daß hieraus spezifische Risiken erwachsen, deren Gefahrenpotenzial mit denen von Betriebsunfällen vergleichbar ist. Die Forderung, die Transporte im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens als Teil des Betriebes zu behandeln, stellt also nicht auf die Erteilung der einzelnen Transportgenehmigung und die Prüfung ihrer Voraussetzungen ab, die gesondert geregelt sind, sondern auf die spezifischen Risiken, die sich aus dieser Anhäufung ergeben. Hierbei sind die besonderen Verhältnisse in der

Standortregion Salzgitter / Peine / Braunschweig, die verdichtete Siedlungsstruktur, die hohen Transportfrequenzen durch die Industriebetriebe, aber die massiv gewachsenen nationalen und internationalen Verkehrsströme nach der deutschen Einheit und der Öffnung der Ostgrenzen zu berücksichtigen.

Trotz der Weisung des Bundes, die Transportfrage nicht im Rahmen des Verfahrens zu behandeln, setzte die Genehmigungsbehörde das Verfahren im Mai 1998 mit Verweis auf den Kontaminationsskandal aus. Allerdings hat es auch in der Zwischenzeit keine ver-

fahrensmässig weitergehende Auseinandersetzung über die KONRAD-Transporte gegeben, so dass die hier erforderliche Klärung weiterhin aussteht.



dung ausgesetzt sind. Bei untertägigen Unfällen (z.B. Zusammenstoß zweier Fahrzeuge) und mehr noch bei großen Katastrophen (Flugzeugabsturz auf den Einla-

Aktueller Stand

Drei Kommunen (Salzgitter, Vechelde, Lengede) und die Landwirt-Familie Traube haben Klage gegen die Genehmigung eingereicht. Die Klagebegründungen liegen dem 7. Senat des OVG Lüneburg vor.

Schacht KONRAD liegt im industriellen Herzen der niedersächsischen Industriemetropole Salzgitter, umgeben von etwa 20.000 Metallarbeitsplätzen. Kein Wunder also, dass ob des damit verbundenen Gefahrenpotentials für ihre Mitglieder und deren Arbeitsplätze, die IG Metall frühzeitig kritisch Stellung bezog und - nach dem Motto: Wer, wenn nicht wir? - ihr Engagement noch einmal deutlich verstärkt hat, seit SPD und GRÜNE die Bundesregierung stellen. Am 31. Mai 2000 kam es zu einer bisher wohl einzigartigen Arbeitsniederlegung von über 5000 KollegInnen. Darüberhinaus koordinieren sich die örtlichen Gruppen im „Bündnis Salzgitter gegen KONRAD“. Seit 2003 hat die Stadt Salzgitter der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e. V. ein altes Schulgebäude in Salzgitter-Bleckenstedt verpachtet, in dem die AG derzeit eine Info-Zentrum aufbaut.

Seit dem Amtsantritt der CDU/FDP-Landesregierung trommelt diese für eine baldige Inbetriebnahme von Schacht Konrad und die Fortsetzung der Arbeiten in Gorleben, ohne hierauf einen rechtlichen Einfluss zu haben. Dabei sind sich weder der Umweltminister Sander (FDP) noch der Wirtschaftsminister Hirche (FDP) zu blöd, die alte Propaganda hervorzukramen, dass KONRAD hauptsächlich für medizinische Abfälle gebraucht werde. Wes Geistes Kind der Umweltminister ist, machte er deutlich, als er anlässlich einer Schachtbefahrung vor der Presse mit einem T-Shirt „Atomenergie - kerngesund“ posierte. Tatsächlich kommen höchstens 1%-2% des geplanten Einlagerungsvolumens aus der Medizin, der Hauptanteil soll aus der Atomenergienutzung, der Wiederaufarbeitung im Ausland und den Forschungszentren (u.a. WAK Karlsruhe) stammen, laut Plan 865 kg Plutonium, wobei es gute Gründe gibt, von einer tatsächlich deutlich größeren Menge auszugehen.

Wir halten diesen „Schrei nach Atommüll“ der niedersächsischen Landesregierung allerdings für nicht bedrohlicher als die von SPD und Grünen geschaffene Rechtsgrundlage selber. Handeln könnte derzeit eh lediglich der Bund, indem er entweder den Sofortvollzug beantragt oder von dem Vorhaben Schacht KONRAD abtritt.

Neben dem Klageverfahren unterstützt die Arbeitsgemeinschaft den AKEnd (Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstand-

orte)-Prozess und das sogenannte Ein-Endlager-Konzept der Bundesregierung. Zwar ist es sachlich nicht zwingend, von nur einem Endlager auszugehen, wohl aber sinnvoll, weil nur so sichergestellt wird, dass die Atommüllpartien nicht aufgedröseln und international verteilt werden. Als Endlager für „alle Arten radioaktiver Abfälle“ käme KONRAD nicht in Betracht. Umgekehrt würde die Inbetriebnahme von KONRAD einer Konzeptentscheidung für eine zunehmende Europäisierung der Atommüllbehandlung gleichkommen.

Kontakte und mehr Infos:

AG Schacht KONRAD e. V.,
Bleckenstedter Straße 14, 38239 Salzgitter,
Tel: 05341 / 90 01 94, Fax: 05341 / 90 01 95,
eMail: info@ag-schacht-konrad.de
www.ag-schacht-konrad.de

Umweltschutzforum
Schacht Konrad Salzgitter e. V.,
Klint 7, 38229 Salzgitter,
Tel./Fax: 0 53 41 / 4 73 58,
eMail: info@schacht-konrad.de
www.schacht-konrad.de

IG Metall Salzgitter,
Chemnitzer Straße 33, 38226 Salzgitter,
Tel.: 05341 / 88 44 - 0
Fax : 05341 / 88 44 - 20,
eMail : salzgitter@igmetall.de

DDR-“Tropfsteinhöhle“ Morsleben

Bis zur Vereinigung von DDR und BRD 1990 gab es in der Bundesrepublik kein genehmigtes Endlager für den stetig wachsenden Atommüll-Berg. Per Einigungsvertrag erhielt sie plötzlich ein betriebsfertiges Atomklo, das nach eigener Einschätzung der Bundesregierung in der BRD nie genehmigungsfähig gewesen wäre. Doch eine Klausel im Vereinigungsdokument machte es möglich. Der damalige Bundesumweltminister Töpfer bezeichnet das Endlager folgerichtig als das „Tafelsilber der deutschen Einheit“.

Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) liegt im früheren Grenzstreifen zwischen Ost und West, nur fünf Kilometer von Helmstedt entfernt. Dadurch unterlag der Standort einer besonderen Geheimhaltung und speziellen Schutzmaßnahmen durch die Sicherheitskräfte der Grenze. Hinzu kamen diverse Informationssperren, die von der Staatsführung der DDR infolge von kritischen Berichten in West-Medien verhängt wurden.

Das ERAM ist eine Doppelschachthanlage, die aus dem Schacht Bartensleben (Atomüllagerung) und Schacht Marie (bis Ende der 1980er Jahre Broilerzucht und parallel seit 1987 Giftmüllagerung) besteht. Beide Schachthanlagen sind über mehrere Gänge und Strecken miteinander verbunden. Insgesamt hatten sie ein Hohlraumvolumen von über 10 Millionen Kubikmetern. Durch Verfüllungen und die Abtrennung von Hohlräumen ist das heute zugängliche Volumen erheblich niedriger.

Kurze Geschichte des Endlagers

In den 1960er Jahren sahen die Pläne der DDR ein umfangreiches Atomprogramm (analog den Entwicklungen in der BRD) vor. Der erste Reaktor ging 1965 in Rheinsberg in Betrieb. Bald sollte zudem das „Kernkraftwerk Nord“ in Lubmin bei Greifswald errichtet werden. Die Entsorgung der großen Mengen radioaktiver Abfallprodukte war damit eine Grundvoraussetzung. Zunächst sollte das zentrale Endlager der DDR für alle Arten von Atommüll, also auch hochradioaktive Abfälle, genutzt werden. Dass die Sowjetunion schließlich die abgebrannten Brennstäbe zurücknahm und vermutlich für ihr militärisches Atomprogramm nutzte, kam den Verantwortlichen in der DDR sehr entgegen. So konnte immer wieder argumentiert werden, dass Sicherheitsmängel unproblematisch seien, da „nur“ niedrig- und mittelradioaktive Stoffe eingelagert würden.

Bis Ende 1969 holte die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz (SZS) Vorschläge für potentielle Endlagerbergwerke ein. Sie entschied sich schließlich für die Nutzung von Salzformationen, da diese für die angestrebte nichtrückholbare Entsorgung optimal erschien. Durch die plastischen Eigenschaften des Salzgesteins werden vorhandene Hohlräume binnen einiger Jahre wieder geschlossen und der Atommüll somit eingeschlossen. Solange kein Wasser mit dem Salzgestein in Berührung kommt, scheint diese Logik noch nachvollziehbar. Durch zufließende Lösungen können jedoch Wegsamkeiten vom Endlager zu grundwasserführenden Schichten entstehen. Jede Bohrung, jede Erschließung des Salzstockes erhöht damit das Risiko des Wassereindringens.

Als 1969 die Standortentscheidung für Morsleben als zukünftiges DDR-Endlager fiel, waren die meisten Sicherheitsprobleme bereits bekannt. Trotzdem wurde das Atomprojekt weiterhin verfolgt. Die Entsorgungsfrage hatte eine politisch-ideologische Dimension, so wurde Sicherheitsaspekten weniger Relevanz beigemessen.

Ohne Atomkraft schien die energiehungrige sozialistische Industrie gefährdet. Und ohne Endlager stand die Atomenergienutzung in Frage. Das zentrale Endlager musste also unbedingt her.

Es folgte ein gestuftes Genehmigungsverfahren, das scheinbar den Standort Morsleben bestätigte. Dabei wurden die sicherheitsrelevanten Fragen nie komplett geklärt. Der Nachweis der Langzeitsicherheit - grundlegend für die Entsorgung von



Atom- müll - wurde nie erbracht, da dieses Genehmigungsverfahren ihn erst im Rahmen der Stilllegungsgenehmigung vorsah. Das bedeutet, dass zehntausende Kubikmeter radioaktiver Stoffe eingelagert wurden, ohne Klärung ob er dort bleiben kann. Heute sind in Morsleben Fakten geschaffen. Es ist zwar technisch möglich, den Atom- müll wieder zurückzuholen, aber der Aufwand und die Kosten wären so hoch, dass die Rückholung - auch angesichts der schwierigen politischen Durchsetzbarkeit - de facto ausgeschlossen ist.

Unabhängig von diesem schon an sich fragwürdigen Genehmigungsverfahren, kam es zu weiteren problematischen Vorgängen. So gab es die ersten Einlagerungen 1971/72 noch vor dem Beginn der Umbauten der Anlage zum Endlager. Es handelte sich dabei um 500 Kubikmeter Atom- müll aus dem Lohmener Lager. So konnte sich das aus der SZS hervorgegangene Staatliche Amt für Strahlenschutz (SAAS) die Kosten einer Erweiterung des Lagers sparen.

Die 1972 beginnenden Bauarbeiten schritten jedoch auch nicht planmäßig voran. Die Bedeutung der damals als „Zentrales Endlagers Grube Bartensleben“ bezeichneten

Anlage für die Volkswirtschaft der DDR war den ausführenden Betrieben offensichtlich nicht klar. Weder standen die zugesagten Arbeitskräfte und Materialien zur Verfügung, noch wurden die Bauvorhaben zügig umgesetzt. Auch die nun regelmäßig angesetzten Kontrollberatungen mit Baubetrieben, politischer Führung und genehmigenden Behörden halfen wenig.

Anfang der 1980er Jahre sollten zur Atom- mülllagerung noch toxische Abfälle dazukommen. Eine IAEA-Empfehlung, von denen das SAAS sonst gern behauptete alle „vor- bildlich“ einzuhalten, sprach sich gegen die gleichzeitige Lagerung von radioaktivem und Gift- müll aus. Auch hier wurde zu- lasten der ohnehin mageren Si- cherheit improvisiert. Die cyanidhaltigen Härtereialsalze, die in der DDR im Umlauf waren, lagerten derzeit an verschiedenen schlecht gesicherten Orten. Einer davon war ein oberirdisches Lager in Beendorf, also nahe dem Schacht Marie. Dort wurden cha-

otisch gelagerte und teils beschädigte Fä- ser vorgefunden, die schon nur noch unter besonderen Schutzvorkehrungen be- wegt werden konnten. Die Stasi und betei- ligte Behörden übten Druck auf den in die- ser Hinsicht widerspenstigen ERAM-Di- rektor Ebel aus, er solle sich mit den Sicherheitsvorschriften nicht so kleinlich haben, schließlich sei die bisherige Lage- rung des Giftmülls noch weniger ver- antwortbar.

Einlagerungen und Transporte

Im ERAM lagern bis heute mindestens 36.753 Kubikmeter niedrig- und mittel- radioaktive Abfälle und weitere mindestens 6.621 Strahlenquellen, von denen einige als hochradioaktive Stoffe einzustufen sind. Letztere gelten daher als „zwischengelagert“ wobei das Bundesamt für Strahlen- schutz (BfS) als Betreiberin der Anlage plant, diese im Rahmen der Stilllegung in Morsleben zu lassen. Die Gesamtaktivität der eingelagerten Materialien beträgt etwa $3.8E+14$ Zerfälle pro Sekunde (Bq).

Dieser Atommüll wurde auf verschiedene Weise im Bergwerk untergebracht. Der größte Anteil der zu DDR-Zeiten eingelagerten Stoffe lag in flüssiger Form vor und sollte mittels Zusatz von Braunkohlefilterasche verfestigt werden. Die Mischung von Atommüll und Asche geschah außerhalb des Einlagerungshohlraums. Von dort wurde das Material zur Endlagerstelle gepumpt und dort eingespritzt. Dieses Verfahren

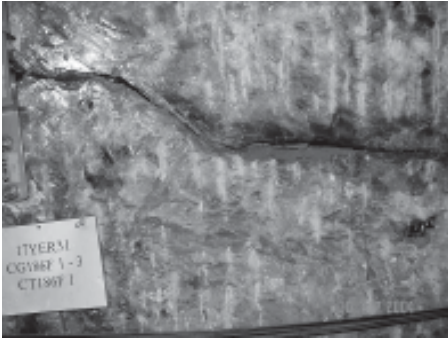


Bild: Riß im Südfeld des ERAM

funktionierte jedoch nicht, wodurch riesige Mengen radioaktiver Lösungen durch mehrere Bergwerksetagen (Sohlen) hindurchgesuppt sind. Dieser Vorgang wurde durch die „Insitu-Verfestigung“ optimiert, bei der die Mischung von Braunkohlefilterasche und flüssigem Atommüll erst im Einlagerungshohlraum stattfand. Angeblich war hier die Verfestigung dann erfolgreich. Trotzdem wurde das Verfahren nach der Übernahme durch das BfS eingestellt.

Die festen Abfälle wurden zu einem Teil in drei Hohlräume des Südfelds (überwiegend mittlerradioaktiver Atommüll) verstürzt, der Rest wurde in Fässern gestapelt. Der Versturz erfolgte entweder samt Fässern oder die Abfälle wurden aus wiederverwendbaren Primärcontainern lose in die Verstürzkaverne geschüttet. Strahlenquellen wurden in Bohrlöchern versenkt.

Mitte der 1990er Jahre waren die aufgefahrene Einlagerungsbereiche nahezu vollständig ausgenutzt. Um noch vor dem Auslaufen der alten DDR-Genehmigung - sie war per Einigungsvertrag auf den 30.06.2000 befristet - möglichst viel Atommüll entsorgen zu können, sollte jetzt das Ostfeld mitgenutzt werden. Hier befanden sich noch Hohlräume, die für viele Jahrzehnte Platz geboten hätten. Doch die Erschließung des Ostfeldes sollte auch das Ende des ERAM einleiten. Der BUND Sach-

sen-Anhalt klagte gegen die Erschließung, da er nicht am Verfahren beteiligt worden war. Das Oberverwaltungsgericht Magdeburg verhängte einen Einlagerungsstopp bis zum Abschluss der gerichtlichen Auseinandersetzung. Doch diese kam nicht mehr zustande, da das BfS „unwiderruflich“ auf weitere Einlagerungen verzichtete und dies in einer Atomgesetzänderung fest schrieb.

Aktuelle Entwicklungen

Seitdem ist jedoch wenig passiert. In den ersten Jahren gingen die Aktivitäten der widerständigen Gruppen stark zurück, wohl in der Hoffnung auf die neue rot-grüne Bundesregierung. Bis 2003 war der Widerstand fast komplett eingeschlafen. Das änderte sich erst Anfang 2004 mit einem Seminar der Greenkids Magdeburg, das mit der Gründung des „Morsleben-Netzwerk“ aus interessierten Einzelpersonen und Organisationen endete. Seitdem laufen vor allem Hintergrundarbeiten, um Informationen und Materialien für die anstehende Öffentlichkeitskampagne bereitzustellen. Die andauernde Verschleppung der Stilllegung durch das BfS soll angegangen und das Stilllegungskonzept kritisch begleitet werden.

Im Sommer 2004 wurde die „Tradition“ der Morsleben-Workshops, bundesweiter Treffen von morslebenkritischen Menschen, wiederbelebt. Diese dienen der Absprache und dem Austausch von Informationen und finden etwa vierteljährlich statt. Noch ist es keine große Kampagne geworden, doch wird Stück für Stück am Aufbau von Informationsnetzen und sensibilisierten Zusammenhängen gearbeitet, damit spätestens zur Eröffnung des offiziellen Planfeststellungsverfahrens zur Stilllegung energisch eingemischt werden kann. Unregelmäßig erscheint per Mail ein „Morsleben-Newsletter“, der über die aktuellen Geschehnisse, Veranstaltungen und Hintergründe informiert. Dieser Newsletter kann auf der Internetseite <http://www.morsleben-stillegung.de/newsletter.html> abonniert werden.

Die erste größere Veröffentlichung war dann der Start der Wanderausstellung „Morsleben – Geschichte eines umstritte-

nen Atomprojekts“ in Magdeburg am 9. September 2004. Seitdem wird diese weiter ausgebaut und um neue Aspekte erweitert. Die nächste Station ist die Gedenkstätte Marienborn, keine vier Kilometer vom Endlager entfernt. Dort wird die Ausstellung am 9. Februar um 16⁰⁰ Uhr eröffnet. Geplant ist über den Ausstellungszeitraum bis zum 24. April ein vielseitiges Rahmenprogramm.

Ende März soll eine WebSite zu den Hintergrundrecherchen zum Endlager online gehen. Sie wird über die Seite der Greenkids (www.greenkids.de) und des Morsleben-Netzwerks (www.morsleben-stillegung.de) zu finden sein. Inzwischen gibt es die Broschüre „Sachberichte: Die (DDR-) Geschichte des Endlagers Morsleben“ als PDF-Datei zum Download auf der Internetseite der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (www.landesbeauftragte.de), die das Dokument herausgibt.

Sicherheitsprobleme in Morsleben

Ein Endlager soll als endgültiger Aufbewahrungsort für radioaktive Abfälle dienen. Wegen des Gefährdungspotentials der dort gelagerten Abfälle gilt es, bei der Endlagerung bestimmte Sicherheitsaspekte zu beachten. So sind die radioaktiven (ggf. auch chemotoxischen) Bestandteile der Abfälle so von der Biosphäre zu isolieren, dass der Schutz der radioaktiven Abfälle vor Dritten und Umwelteinflüssen gewährleistet sowie eine Gefährdung von Menschen und Umwelt ausgeschlossen ist.

Außerdem sind spezifische Sicherheitsparameter, z.B. beim Schutz der MitarbeiterInnen durch spezielle technische Sicherheitseinrichtungen und der Gewährleistung des Lagerungsprozesses, zu beachten. Entscheidend für die Lagerung ist die internationale Kategorisierung der radioaktiven Abfälle in schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle. Besonders hohe Herausforderungen an die Entsorgung stellen mittel- und hochradioaktive Abfälle dar. Ihre oft langen Halbwertszeiten verlangen eine sichere Lagerung über Jahrmillionen.

Im ERAM liegen besondere Gefahren durch Wasserzutritte, standortbedingte geologische Probleme, die Komplexität der Anlage und die drohende Einsturzgefahr in einigen Grubenteilen vor.

sturzes von Grubenteilen - bekannt. Zur Beurteilung der Standsicherheit des ERAM nahm die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrag

Das Gebiet des ERAM erstreckt sich auf 5,6 Kilometern Länge und 1,4 Kilometern Breite, bei einer Tiefe von bis zu 524 Metern. Das Hohlraumvolumen der Doppelschachanlage Bartensleben-Marie umfasst 5,8 Mio Kubikmeter. Die vorhandenen Stollen, Kammern und anderen Hohlräume sind Aussagen des BfS zufolge noch immer nicht vollständig mit ihrem Risswerk erfasst. Aufgrund dieser Komplexität der Hohlräume ist die Anlage kaum überschaubar. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die vorzunehmenden Sicherheitsberechnungen haben.

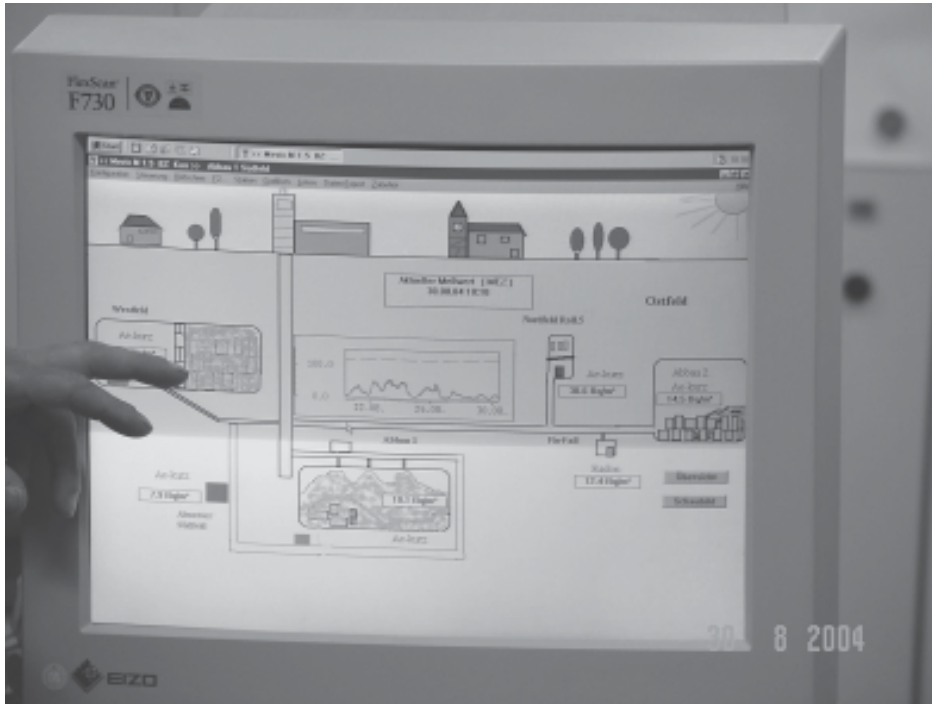


Bild: Überwachung von Meßwerten

Wenn Wasser in die Einlagerungsbereiche vordringt, korrodieren die Lagerbehälter schneller. Unterirdische Lagerstätten, die einen Wasserzulauf haben, bergen daher ein erhöhtes Sicherheitsrisiko. In der Doppelschachanlage Bartensleben-Marie sind mehrere Zufluss-Stellen dokumentiert. Auch über die Schachtröhren selbst dringen Wässer in das Bergwerk ein. Mindestens eine der bekannten Tropfstellen steht in Verbindung mit dem Deckgebirge und birgt daher die Möglichkeit einer Wegsamkeit zur Biosphäre in sich.

Ein von der Reaktorsicherheitskommission (RSK) formuliertes Schutzziel fordert, dass ein Endlager über tausende von Jahren keine Berührung mit wasserführenden Schichten haben darf. Die bereits im Jahr 1992 von einem Gutachter des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) aufkommenden Bedenken bezüglich einiger Tropfstellen ignorierte die RSK und empfahl den weiteren Betrieb.

Bereits seit dem Jahr 1969, also vor der Inbetriebnahme des ERAM, war die fragwürdige Standsicherheit - die Gefahr des Ein-

des BfS bergsmechanische Untersuchungen vor. Ergebnisse der Untersuchung waren u.a., dass

- es kritische Bereiche gibt, für die das Versagen von Schweben langfristig nicht ausgeschlossen werden kann,
- die Integrität der Salzgesteinsbarriere nicht überall gegeben ist,
- in bestimmten Bereichen die Voraussetzungen für Wasserzutritte erfüllt sind.

Die Einsturzgefahr ist auch anderen Untersuchungen zufolge vor allem durch die „laufenden Schädigungsprozesse“, zu schwache Pfeiler und Zwischendecken sowie durch unkontrollierte Zuflüsse aus dem über dem Salzgestein liegenden Deckgebirge bedingt.

2001 stürzte ein über 4.000 Tonnen schwerer Salzbrocken von der Decke eines Hohlraumes. Weitere „Löserfälle“ gab es zuvor schon in anderen Grubenbereichen. Handelt es sich um lokale Schäden, ist dadurch vor allem das Betriebspersonal gefährdet. Löserfälle mit „globaler“ Auswirkung können die Standsicherheit größerer Teile des Bergwerks beeinflussen.

Die geologischen Voraussetzungen am Standort Morsleben sind nach Aussagen verschiedener Wissenschaftler denkbar ungeeignet für ein atomares Endlager. Zum Beispiel durchziehen leicht lösliche Kalisalz- und Hauptanhydrit-Schichten den Salzstock und wurden an mehreren Stellen durch den Salzabbau erschlossen. Wenn nun größere Wassermengen in das Endlager eindringen, sind es vor allem die Kalisalzschieben, die zuerst gelöst werden. Da sie den Salzstock zum Teil bis zum Deckgebirge durchdringen, könnten hier Wasserwegsamkeiten entstehen, durch die dann kontaminierte Lösungen an die Biosphäre gelangen.

Laut RSK muss eine 150 Meter mächtige Salzschiebe zwischen dem Endlager und der darüber liegenden Erdkruste bestehen, um die akute Einsturzgefahr zu bannen. In Morsleben jedoch misst die Salzschiebe mancherorts nur 32 Meter. Eine funktionierende geologische Barriere wird als wesentliche Voraussetzung für den Nachweis der Langzeitsicherheit betrachtet.

Stasi und Morsleben

Was hatte die Stasi eigentlich in Morsleben zu suchen?

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR im Endlager Morsleben aktiv war. Angesichts der Bedeutung dieser Anlage für die Energieversorgung und damit Aufrechterhaltung der energiehungrigen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik und

der grenznahen Lage des ERAM sind die Aktivitäten des MfS eine logische Konsequenz ihrer Selbstdefinition.

Die Grenznähe, die auch einen hohen Geheimhaltungsgrad mit sich brachte und damit anfangs gewünscht war, brachte auch das Risiko von „Republikflucht“ mit sich. So waren auch die ersten Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi im ERAM zur Aufklärung und Prävention in dieser Hinsicht eingesetzt. Weitere Aufgaben waren der Schutz vor terroristischen oder „demonstrativen“ (in diesem Zusammenhang taucht in den Akten immer wieder das Wort „Greenpeace“ auf) Angriffen gegen das Endlager, die Sicherstellung der Beschlüsse der Staatsführung, die Überwachung von Geheimhaltung und Sicherheitsstandards sowie die Spionageabwehr. Später erweiterte sich das Aufgabenvolumen auch auf den Schutz der Grenze bzw. der Grenzübergangsstelle Marienborn gegen denkbare Angriffe mit den Giftmüll-Fahrzeugen, die in Schacht Marie toxische Abfälle abliefern sollten.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der „kernenergetischen Basis“ der DDR – die Kernenergetik wurde als Schlüsseltechnologie zur Sicherung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft betrachtet – war die Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses bedeutsam. Da das ERAM der einzige Betrieb der DDR war, in dem radioaktive Abfälle end-

Morsleben-Ausstellung vom 9.2. bis 24.4.2005

- 12.2. 10.00 Uhr Seminar zur Endlagerung von Atommüll
- 22.2. 17.00 Uhr Veranstaltung zum „Widerstand gegen Morsleben“
- 15.3. 17.00 Uhr ZeitzeugInnen-Gespräch zur Geschichte des ERAM
- 31.3. 15.00 Uhr Präsentation der Broschüre „Sachberichte: Die (DDR-) Geschichte des Atommüll-Endlagers Morsleben“
- 2.4. oder 9.4. 14.00 Uhr Podiumsdiskussion zur Endlagerpolitik
- 22.4. 16.00 Uhr Morsleben-Workshop

alle Veranstaltungen finden in
der Gedenkstätte Marienborn statt.
Infos und Anmeldung unter 03 91-72 72 657

gelagert wurden, hatte es eine entscheidende ökonomische Bedeutung. Wäre das ERAM nicht gesichert, stünde die Entsorgung der Atomkraftwerke der DDR in Frage – insbesondere die geplante Inbetriebnahme des AKW Stendal wäre gefährdet – und somit wäre auch keine stabile Energie-situation gewährleistet.

Seitens des MfS waren verschiedene Einheiten, so die Hauptabteilung XVIII, die Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg mit ihrer Abteilung XVIII und die Kreisdienststelle (KD) Haldensleben, bezüglich des Endlagers Morsleben aktiv. Die hier dokumentierten IMs waren bei der KD Haldensleben beschäftigt. Es handelte sich dabei

überwiegend um extra angeworbene Mitarbeiter aus dem Umfeld des ERAM, die ehrenamtlich und aus ihrer ideologischen Überzeugung heraus für den Geheimdienst der DDR unter ihren Kollegen und in ihrem Umfeld spionierten. In unregelmäßigen Abständen erhielten sie kleinere Beträge als „Dankeschön“ für ihre Arbeit. Einige der im Zusammenhang mit dem ERAM recherchierten IMs waren in Positionen, in denen sie bereits Einfluss auf das Geschehen im ERAM hatten. Auch Mitglieder der „bewaffneten Organe“ der DDR arbeiteten als Inoffizielle Mitarbeiter für die Staatssicherheit.

Die Hauptabteilung XVIII nannte als Ziele ihrer Aktivitäten die Verhinderung nuklearer Havarien, die Durchsetzung „sozialistischer Gesetzmäßigkeit“, Sicherheit, Ordnung und Disziplin beim Umgang mit Kernmaterial bzw. beim Betreiben von Kernanlagen und die Sicherstellung einer qualitativen Informationstätigkeit gegenüber zentralen Partei- und Staatsorganen. Die Gewährleistung der Sicherheit und des allseitigen Schutzes der Kernanlagen unter ihrer Federführung war langjährig ein wesentlicher Bestandteil der politisch-operativen Aufgabenstellungen der Hauptabteilung. Auch auf die „Qualifizierung“ der politisch-operativen Arbeit wurde durch sie Einfluss genommen.

1988 konstatierte die Hauptabteilung, dass operative Erkenntnisse aus der IMB- und Vorgangsarbeit über Spionagetätigkeiten imperialistischer Geheimdienste, insbesondere des BND, und die anhaltende politisch-ideologische Diversionstätigkeit der



Bild: Greenpeace, Foto vom ERAM

Medien der BRD dokumentierten, dass Angriffe gegen DDR-Kernanlagen bzw. die Kernenergiepolitik der DDR wesentliche Komponenten feindlicher Pläne und Absichten seien. Erkannte Angriffsrichtungen seien die nukleare Sicherheit, der Strahlenschutz, Kernmaterialtransporte, die Kernforschung in der DDR, die Entsorgung und Lagerung radioaktiver Abfälle und der Physische Schutz. Angriffsobjekte wären demnach vor allem die Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg, das ERAM und das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf.

Als notwendige Maßnahmen erachtete die Hauptabteilung:

- die Erkundung feindlicher Pläne und Absichten als Schutz vor Überraschungen durch den Gegner,
- die Qualifizierung der Spionageabwehr und Bekämpfung anderer feindlicher und krimineller Angriffe,
- die politisch-operative Arbeit zur Verhinderung nuklearer Havarien und anderer relevanter Vorkommnisse mit den spezifischen Kräften, Mitteln und Methoden des MfS,
- die beharrliche Einflussnahme auf die Erhöhung der nuklearen Sicherheit bzw. die Gewährleistung des projektierten Sicherheitsniveaus in den Atomkraftwerken,
- die vorbeugende, schadensabwendende Arbeit auf dem Gebiet des physischen Schutzes zu verstärken, die politisch-operativen Mittel und Methoden zur Aufklärung und wirksamen Bekämpfung terroristischer Anschläge auf Kernanlagen und -material weiterzuentwickeln sowie
- die in Kernanlagen Beschäftigten zur bewussten Einhaltung von Regelungen der Objektsicherheit und des Physischen Schutzes zu bewegen.

Sicherheit der Atomanlage Morsleben

Das ERAM war in drei Sicherungszonen eingeteilt. Die 3. Sicherungszone wurde von der äußeren Barriere umschlossen. In ihr befand sich mit den Hauptanlagen über Tage, dem Förderturm, dem Mehrzweckgebäude einschließlich der Zutrittskontrollanlage die von einer mittleren Barriere eingefasste 2. Sicherungszone. Der unmittel-

Spenden für die Morsleben-Kampagne

Auch wenn versucht wird, für einige Ausgaben (z.B. die Recherchen in Archiven und für die oft ziemlich hohen Kopiergebühren dort) Förderungen zu bekommen, ist der Anteil dessen, was die AktivistInnen selbst tragen müssen recht hoch. Deshalb sind wir über jede Spende hochofret. Bei Bedarf können auch Spendenquittungen ausgestellt werden.

Inhaber: Greenkids Magdeburg e.V.
Konto: 30 120 859
BLZ: 810 532 72
Stadtsparkasse Magdeburg

bare Einlagerungsbereich, umgeben von der „inneren Barriere“, war die Schutzzone 1.

Die Grundlage der personellen Sicherung des ERAM stellte eine Vereinbarung zwischen dem Kombinat Kernkraftwerke Greifswald, Betriebsteil Endlager und dem Volkspolizeikreisamt Haldensleben vom 1. März 1985 dar. Somit wurden zur Bewachung des Haupteingangs und der inneren Sicherungszone sowie zu Streifenaktivitäten bewaffnete Kräfte der Deutschen Volkspolizei/Betriebsschutz in der Stärke 1:12 eingesetzt. Der Kontrollpunkt an der mittleren Barriere zur 2. Sicherungszone war mit sechs zivilen Sicherungskräften besetzt.

Auf Befehl des Innenministers und Chefs der Volkspolizei hatte der Einsatz der diensthabenden Kräfte der Abwehr von Angriffen auf Kernanlagen, der Bekämpfung von Bränden, Havarien, Störungen und anderen Gefahren und der Durchsetzung eines strengen Kontrollregimes zu dienen. Dies umfasste die Kontrolle von Betreten und Verlassen des Geländes und den Aufenthalt dort sowie die Kontrolle aller Fahrzeuge und eine strenge Überwachung des Besucherverkehrs. Der Einsatz der diensthabenden Kräfte hatte auf der Grundlage von mit der zuständigen Dienststelle der Staatssicherheit abzustimmenden Einsatzdokumenten zu erfolgen. Außerdem gab es spezielle Ausbildungen zur Abwehr von Angriffen auf Kernanlagen sowie zur

Bekämpfung von Bränden, nuklearen Havarien und anderen Ereignissen mit folgenden Auswirkungen.

Gefahrenquellen stellten nach Einschätzung des MfS das unter Tage befindliche Sprengmittellager und das Giftmüll-Lager der Grube Marie dar, über die ein unbemerktes Eindringen möglich gewesen wäre. Verschlussene Türen mit Sicherungsanlagen sollten dieses Problem beseitigen. Bis 1988 waren die konzipierten Sicherungsmaßnahmen bis auf zwei Fernbeobachtungsanlagen realisiert. Damit waren dann alle SAAS-Forderungen für einen wirksamen Physischen Schutz im Zusammenhang mit der Sicherung vor terroristischen Anschlägen erfüllt. Der Kreis der Zutrittsberechtigten umfasste 270 Personen, davon hatten vier die Berechtigung zum Betreten des Sprengmittellagers und 100 für die Sicherungszonen 2 und 1.

Regelmäßig fanden Antihavarietrainings und Übungen der Gruben- und betrieblichen Feuerwehr statt. Ihre Einsatzbereitschaft war der MfS-Kreisdienststelle Haldensleben zufolge jederzeit gesichert. Die Katastrophe im sowjetischen Reaktor Tschernobyl führte zu der Erkenntnis, dass das System der Umgebungsüberwachung erweitert werden müsse. Bis 1988 wurden im Umkreis von 15 Kilometern um das Endlager 15 Messpunkte zur Überprüfung von Wasser und Biomedien betrieben.

Der Transport stark strahlenden oder hochangereicherten Kernmaterials, wie es im ERAM höchstens im Rahmen der Forschungen im Untertagemessfeld zum Einsatz gekommen sein dürfte (dazu fehlen bisher Unterlagen), erfolgte unter Einsatz von Kräften und Mitteln des Innenministeriums (also Volkspolizei etc.). Bis 1988 gab es dem MfS zufolge bei solchen Transporten durch die DDR keine Vorkommnisse. Die Akten des SAAS dagegen dokumentieren einige solcher „Außergewöhnlicher Ereignisse“.

Zur Sicherung des volkswirtschaftlich bedeutsamen Betriebes ERAM standen der KD Haldensleben der IMS (IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs) „Heinrich Bergmann“, der IMS „Dieter Schmidt“ (Burkhard Meyer), der GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) „Martin Berg“ (Frank Broß), das FIM-Netz (Führungs-IM) „Heinz Deparade“ (Klaus Ernst Burkert) (1 FIM, 3 IMS, 2 GMS) und weitere 5 IMS und 1 GMS zur Verfügung. Verantwortlich für diese Informanten war in der Kreisdienststelle das Referat 3. Die KD schätzte ein, dass diese IM/GMS ausreichend für die Sicherung des ERAM, auch bei verstärkten Einlagerungen seien. Um den Einlagerungsbetrieb der toxischen Abfälle in die Grube Marie abzusichern, wurden u.a. der IMS „Dieter Schmidt“ angeworben und der Kontakt zum GMS „Martin Berg“ wiederaufgenommen.

Allerdings seien die Informationsbeziehungen zwischen der KD Haldensleben, der KD Stendal, der BV Magdeburg, Abteilung XVIII, der Objektdienstleitstelle KKW und der Hauptabteilung XVIII noch auszubauen. Der Einsatz dieser operativen Kräfte war auf die Einhaltung von Ordnung, Sicherheit und technologischer Disziplin sowie die „Wer ist Wer“-Aufklärung zu Beschäftigten der ersten Leitungsebene, Geheimnisträgern, NSW-SW-Reisekadern, Reisenden in dringenden familiären Angelegenheiten und Beschäftigten im Einlagerungsbereich ausgerichtet.

Doch konnte keine OV/OPK (Operativer Vorgang/Operative Personenkontrolle) eingeleitet werden; auch wurden keine direkten Feindangriffe gegen das Endlager oder dessen Beschäftigte bekannt. Es gab der KD Haldensleben zufolge in den zurückliegenden Jahren keine Brände, Störungen oder Havarien. In ihrem Verantwortungsbereich seien bis Mitte 1988 auch keine Aktionen bzw. Meinungen oder Stimmungen gegen das ERAM feststellbar gewesen.

Zur vorbeugenden Sicherung der Grube Marie gegen Terror, Gewalt und Demonstrativhandlungen wurde 1987 ein Maßnahmenplan erarbeitet. Ein erhöhtes Sicherheitsrisiko entstand durch den geplanten Einsatz von zusätzlichen 40 bis 60 Arbeitskräften, die die Bauarbeiten im unterirdischen Giftmüll-Zwischenlager beschleunigen sollten. Dies erforderte eine verstärkte Aufmerksamkeit der KD Haldensleben auch im Zusammenhang mit der Grenzsicherung. Damit wurden in erster Linie das HFIM-Netz „Juschik“ und die im Betrieb beschäftigten IM/GMS beauftragt. Festgestellt



wurde unabhängig von wiederholten Verstößen gegen die Transportordnung „gefährliche Güter“, dass sich Technologie und eingesetzte Transport-, Umschlag- und Lagerungsmittel bewährt hätten.

Befürchtet wurde im Zusammenhang mit der Anlieferung cyanidhaltiger Härtereialtsalze ein Angriff auf die Staatsgrenze oder die Grenzübergangsstelle Marienborn. Ein mit dem Giftmüll beladenes Fahrzeug kön-

ne zu feindlichen Aktivitäten genutzt werden. Daher wurde vorgeschlagen, die Anlieferungen zentral vom VEB Härtol Magdeburg durchführen zu lassen, da dieser der Hauptproduzent dieser Stoffe sei und dadurch eine bessere Kontrolle von Fahrern und Fahrzeugen möglich wäre.

Über die Inoffiziellen Mitarbeiter wurde auch Einfluss auf Betriebsabläufe, die Meinung der Belegschaft und Entscheidungen ausgeübt. So garantierten der FIM „Heinz Deparade“ und der IMS „Heinrich Bergmann“, dass nur Beschäftigte ausreisen durften, die die DDR „würdig vertreten“. Keine Ausreisegenehmigung bekamen Geheimnisträger.

Informationstätigkeit der Stasi-Netze

Ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Stasi-Aktivitäten bestand aus dem Sammeln von Stimmungen, Meinungen und Hinweisen auf potentiell problematische Aktivitäten. In den Akten stellten die Reaktionen auf die Inbetriebnahme des Atommüll-Lagers und später die ersten Giftmüll-Einlagerungen einen quantitativen Schwerpunkt dar.

Im April 1987 führte die Einlagerungen in Schacht Marie zu immer wieder auftretenden Diskussionen. Offensichtlich erschien die Unruhe in Beendorf und Umgebung der Stasi bedenklich. Doch im Rahmen einer Gemeindevertreterversammlung am 24. April konnten die Bedenken von verantwortlichen Mitarbeitern des Kreises und des VEB Härtol Magdeburg zerstreut werden. Dort wurde vorgetragen, es gäbe keine Gefährdung, „Gerüchte“ wurden entkräftet und „konkrete Aussagen zu dem Vorhaben der Einlagerung getroffen“.

Als 1981 das ERAM offiziell in Betrieb genommen wurde, gab es eine Welle kritischer Artikel in einigen westlichen Medien. In diesem Zusammenhang hielten die Stasi-Mitarbeiter fest, dass es „Hinweise auf Aktivitäten in der BRD“ gäbe, die sich gegen die Errichtung einer solchen Deponie

in unmittelbarer Grenznähe zur BRD wenden. Eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium wurde vermerkt. Ebenso die Untersuchungen der westlichen Seite, die sich mit eventuellen Gefahren und ihrer Abwehr befassten. Seitens der DDR wurde dem Ständigen Vertreter der BRD erklärt, dass alle Sorgen unbegründet seien. Auch hier hatte das MfS Sorgen, diese Stimmung könne auf die eigene Bevölkerung überschwappen.

Ein Spiegel-Artikel in der Ausgabe 32/1987 führte ebenfalls zu eifrigen Aktivitäten der Stasi-Kreisdienststelle Haldensleben. Der IMS „Jens Siebert“ gab eine umfassende Stellungnahme zur wissenschaftlichen und politischen Einordnung des unter dem Titel „Was die da machen, weiß keiner genau“

Quellen

Das Quellmaterial der Texte „Morsleben und Stasi“ und „Sicherheitsprobleme in Morsleben“ war zu umfangreich, um es mit abzudrucken. Wer die Texte (in einer ausführlicheren Fassung) mit Quellenangaben möchte, kann sich an die Redaktion wenden.

erschiedenen Report. Auch die Information von Politbüromitgliedern über diesen Vorgang war beabsichtigt. Aufmerksam wurde das Verhalten der eigenen Bevölkerung beobachtet und festgestellt, dass es „bisher keine auffälligen Reaktionen und Stimmungen“ gäbe. Doch bestehe das Risiko, dass „exponierte feindlich-negative Kräfte des Bezirkes mit überregionalen Verbindungen“ im Rahmen ihrer „politischen Untergrundtätigkeit“ diese Veröffentlichung zur Beeinflussung der Bevölkerung nutzen könnten. Dem IMS „Jens Siebert“ zufolge herrschte im Kollegenkreis Verwunderung darüber, dass es keine offiziellen Reaktionen oder Richtigstellungen zum Spiegelartikel gab.

Die Stasi sah auch die Gefahr, dass bei späteren kritischen Äußerungen zur Giftmüll-Einlagerung in Schacht Marie Bezug auf die IAEA-Empfehlung genommen werden könnte, die sich gegen eine gemeinsame Lagerung von toxischen und radioaktiven Abfällen richtet. An anderer Stelle nämlich begründete der Präsident des SAAS Sitzlack – also der atomrechtlich verantwortlichen Behörde – die angeblich hohen Sicherheitsstandards mit der Einhaltung von IAEA-Empfehlungen.

Berichtet wird hier auch von Komplexinspektionen der Behörden im ERAM, so z.B. am 16. Mai 1985. Diese Überprüfung war eine Voraussetzung zur Verlängerung der Dauerbetriebsgenehmigung. Als Er-

gebnisse werden beispielsweise vier bekannte Tropfstellen erwähnt und Probleme durch Schlammpereien bei der Probenaufbereitung im Labor benannt. Trotzdem habe diese Inspektion den sicheren Betrieb bestätigt. Einen großen Anteil der Informationsbeschaffung der Einheiten der Staatssicherheit machte die Sammlung solcher Behördendokumente aus. Diese wurden mit den Aussagen der eigenen Informanten verglichen und Schlussfolgerungen für die politische oder operative Arbeit der Stasi gezogen.

Verselbständigung der Stasi-Aktivitäten

Aus den Akten geht hervor, dass es durchaus auch um die Durchsetzung der Interessen des MfS ging, die Aktivitäten der Stasi also auch Selbstzweck waren. In einer Auswertung der Kontrolle der Situation in Bezug auf die Giftmüll-Einlagerungen heißt es beispielsweise, dass hiermit „garantiert (wird), dass die Interessen unseres Organs in diesem operativ-bedeutsamen Bereich durchgesetzt“ werden. Auch wird dem FIM „Heinz Deparade“ angerechnet, wesentlich die Durchsetzung „unserer Interessen“ ermöglicht zu haben. An anderer Stelle wird intern ein aggressives Auftreten im Konflikt um die Beschleunigung der Einlagerung toxischer Abfälle in Marie attestiert.

„Forschungs“-Endlager ASSE II

Zwar war die ASSE II bei Wolfenbüttel jahrelang wichtigste Entsorgungsanlage der westdeutschen Atomwirtschaft, doch offiziell wurde sie nicht als Endlager geführt, sondern verharmlosend als Forschungsanlage bezeichnet. Dementsprechend gab es hier kein Planfeststellungsverfahren, wie es das Atomgesetz für Endlager vorschreibt und auch zur Stilllegung gab es bisher noch nicht einmal die übliche Pseudo-Beteiligung in Form von Einwendungs- und Erörterungsverfahren.

Die Nachbargruben des Bergwerks, Asse I und Asse III, waren Anfang des vergangenen Jahrhunderts durch Wassereinträge weitgehend zerstört worden. In Asse II wurde bis 1964 Kali- und Steinsalz gefördert. Ein Jahr später erwarb die BRD die Schachtanlage. Die Regierung beauftragte das Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF), die Grube zu einem »Versuchsendlager« herzurichten.

Ursprünglich wurde angekündigt, das Bergwerk zunächst fünf Jahre lang auf seine Eignung zu prüfen. Doch die ersten Tonnen

mit schwachradioaktivem Müll wurden bereits 1967 angeliefert. Bis 1978 vergrößerte sich die Menge der eingelagerten Abfälle auf insgesamt 125.000 Fässer mit schwachradioaktivem Atommüll, 1.300 Fässer mit mittelradioaktivem Müll sowie rund 24 Kilogramm Plutonium und 26 Kilogramm Uran in verschiedenen Gebinden und Konzentrationen. Die Abfälle stammen aus Atomkraftwerken, von Unternehmen aus dem Bereich der Nukleartechnik wie den Firmen Nukem und Transnuklear sowie von der Bundeswehr. Nach 1978 wurde die Einlagerung strahlender Abfälle eingestellt,

ansonsten wäre nach dem Atomgesetz ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich geworden. Bis 1995 wurden laut GSF noch Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung radioaktiver oder chemisch-toxischer Abfälle - mit Blick auf ein mögliches Endlager Gorleben - im Asse-Schacht ausgeführt.

Bei der Einlagerung wurden verschiedene Methoden ausprobiert: Schwachradioaktiver Müll wurde in Fässern senkrecht oder waagrecht gestapelt oder in der sogenannten Versturztechnik eingelagert. Bei diesem Verfahren kippen Schaufelradlader die Tonnen über Abhänge auf tiefer gelegene Sohlen. Mittelradioaktive Abfälle wurden von Kränen durch senkrechte Bohrlöcher in darunter liegende Kammern abgelassen. Nach offiziellen Angaben sind mit dem Atom Müll bereits knapp ein Drittel von insgesamt etwa 3,5 Millionen Kubikmetern Hohlraum belegt.

Die Schließung des Bergwerks begann vor etwa zehn Jahren. Dabei werden die alten Kammern mit Salz verfüllt. Mehr als 2,1 Millionen Tonnen sind mittlerweile über Rohrleitungen in die Stollen geleitet worden. Vereinzelt ragen noch Fässer aus einer der in 750 Meter Tiefe gelegenen Kammern heraus. Bis 2006 sollen alle Hohlräume der Anlage verfüllt sein. Wenn 2013 die Schachanlage endgültig geschlossen wird, sollen die übertägigen Anlagen bis auf den unter Denkmalschutz stehenden Förderturm zurückgebaut sein.

Die Bürger-Aktion Atom Müllfreie Asse (AAA) und auch die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad fordern für den Betrieb der Schachanlage Asse zur laufenden Stilllegung ein öffentliches Planfeststellungsverfahren nach dem Atomrecht. Argument: Bei einer Öffentlichkeitsbeteiligung werde sorgfältiger gearbeitet.

Außerdem halten es Kritiker der Anlage für möglich, dass die eingelagerten Atom-Fässer schon jetzt rosten. Zu befürchten ist, dass sich der seit 1998 bekannte und anhaltende Zufluss einer Salzlösung (Natriumchloridlauge) - mittlerweile sollen es täglich 12,5 Kubikmeter sein - künftig nicht kontrollieren lässt und einmal die Kammern mit den Atom-Abfällen erreichen wird. Die mögliche Folge wäre eine Verseuchung von Grundwasser und Biosphäre durch Radionuklide.

Das GSF dagegen behauptet, ein „wartungsfreies und sicheres Bergwerksgebilde hinterlassen“ zu wollen. Die Verfüllung der fast 130 Abbaukammern mit 2,5 Millionen Tonnen Rückstandssalzen des ehemaligen Kalisalzbergwerks Ronnenberg (Hannover) sei die beste Gewähr dafür, dass das Bergwerk über lange Zeit sicher bleibt. Ziel sei es, einen ausgeglichenen Spannungszustand im Gebirge zu erreichen. Für Sicherheit soll auch das Haldensalz selbst sorgen. Durch das Einbringen von artspezifischem Material werde in dem Gebirge im Lauf der Jahre nahezu der ursprüngliche Zustand erreicht. Das Salz krieche bruchlos zusammen.

Der Zufluss der Salzlösung, die Quelle ist bis heute offenbar noch nicht lokalisiert worden, bereitet allerdings auch dem GSF Kopfzerbrechen. Um dieses Problem zu lösen und langfristig Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten, soll eine Magnesiumchloridlauge eingebracht werden. Zusammen mit dem Verfüllmaterial soll es die Resthohlräume füllen und Strömungsbarrieren vor den Kammern mit den radioaktiven Fässern errichten. Dass diese Fässer rosten könnten, wird dabei ausgeschlossen.

Quellen: Junge Welt - 3.3.2004; Braunschweiger Zeitung - 27.8.2003

ASSE II - wichtigste Kritikpunkte

Fehlende Standsicherheit und Absaufen der Grube

Schon während der Einlagerungszeit warnen Kritiker vor konkreten Mechanismen, durch die die Grube jederzeit absaufen und einstürzen könne. Eine diesbezügliche Studie, die ein Braunschweiger Wasserbau-Ingenieur 1978 vorlegte, wurde nie widerlegt. Bis heute haben weder der Betreiber noch die Aufsichtsbehörde eine Analyse möglicher Auswirkungen von Absaufen und Einsturz vorgelegt, noch den Versuch eines Langzeitsicherheitsnachweises unternommen.

Aus dem Jahr 1993 stammt eine „Gefahrenabschätzung für die Schachanlage Asse“, die das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung, das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld und das Bergamt Goslar im Auftrag des Niedersächsischen Umweltministeriums erstellt haben. Diese Gefahrenabschätzung kommt zu der simplen Feststellung: „Da die Aktivität der eingelagerten Radionuklide abklingt, wird die von den in der Schachanlage Asse lagernden radioaktiven Abfällen ausgehende denkbare Gefahr stetig geringer“. Allerdings sagt dieser Satz mehr über das Gefahrenbewusstsein der Autoren, denn über die Gefahrenlage in der ASSE II aus. Denn man könnte auch zu folgendem Schluss kommen: Da die Zersetzungsprozesse der rostenden Atom Müllfässer immer weiter fortschreiten, die Standsicherheit des Grubengebäudes mit seinen Hohlräumen aufgrund der Gebirgsdrücke immer gefährdeter ist und die Laugenzuflüsse nicht abnehmen, wird die von den in der Schachanlage Asse lagernden radioaktiven Abfällen ausgehende denkbare Gefahr stetig größer.

Dazu stellt die Studie aber nur fest: „Über die möglichen Auswirkungen eines nicht mit letzter Sicherheit auszuschließenden, nicht mehr beherrschbaren Wassereintruchs in das Grubengebäude der Schachanlage ASSE II auf die Umgebung liegen keine aktuellen Untersuchungen vor.“ Ebenfalls völlig fehlt ein Langzeitsicherheitsnachweis, immerhin sind die Abfälle über hunderttausende von Jahren gefährlich. Doch eine solcher Nachweis soll erst bis zur geplanten Stilllegung der ASSE II, etwa 2013 erstellt werden. Haken an der Sache: Auch die Stilllegung soll nicht nach dem Atomrecht, also mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Erörterungstermin stattfinden, sondern allein nach Bergrecht. Andauernde Laugenzuflüsse und die damit verbundenen Gefahr des Absaufens und Einstürzens des Grubengebäudes prägen bis heute die Auseinandersetzung um die ASSE II.

Keiner weiß, was in der ASSE II tatsächlich eingelagert worden ist. In der ASSE lagern über 126.000 Fässer Atom Müll. Der Inhalt wird zwar als schwach- und mittelaktiv bezeichnet und die Ablieferer sind bekannt. Das heißt aber nicht, daß das radioaktive Inventar der ASSE II bekannt wäre. Eine Produkt-

kontrolle gab es während der Einlagerung nicht. Statt dessen erfolgte nur eine Selbstdeklaration durch die Anlieferer.

Spätestens seit dem Transnuklear-Skandal in den 80er Jahren ist bekannt, daß solche Selbstdeklarationen in vielen Fällen nicht mit dem tatsächlichen Inhalt übereinstimmen. Dabei kamen sowohl Inkompetenz, Schlamperei und fehlende Kontrolle ans Licht, wie auch gezielte Fälschung bis hin zur Bestechung von Strahlenschützern. Es

muss davon ausgegangen werden, daß eine Bilanz in der ASSE nicht besser ausfallen würde. Allerdings ist eine solche, eigentlich gebotene Überprüfung gar nicht mehr möglich, weil die Fässer nicht-rückholbar eingelagert wurden. Und wenn man nicht weiß, was genau in der ASSE II vergraben ist, kann man natürlich auch nicht wissen, was eines Tages rauskommen kann, eine belastbare Gefahrenabschätzung ist nicht möglich.

Kontakte

Aktion Atommüllfreie Asse (AAA)
Manfred Kracht, Am Hopfengarten
17, 38304 Wolfenbüttel
Tel: 05331/298950
www.aaa-wf.de

aufpASSEn e.V.
www.aufpassen.org

Bitte Widerstand fix, gegen verstrahlten Energiemix!

Deutsches Atomforum e.V. will für einen „vernünftigen Energiemix“ plädieren. Wir sagen: „Nur Todesmutige plädieren für Atomkraft! Mit ihrem Profitinteressen gefährden sie aber auch unser Leben!“

Anfang Februar werden sich in Berlin zum wiederholten Male „führende Persönlichkeiten aus Energiewirtschaft, Industrie, Politik, Wissenschaft und Forschung sich aufmachen, um zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch über Energiefragen zusammen zu finden. Im Vordergrund stehen dabei Überlegungen zu den Rahmenbedingungen für die Kernenergienutzung in Deutschland, Europa und weltweit.“
(Selbstdarstellung Deutsches Atomforum e.V. auf www.atomforum.de)

Ein Plädoyer für einen „vernünftigen“ Energiemix von Seiten der an der Kernenergie Verdienenden, ist bloßer Euphemismus! Es kann nicht von einem „vernünftigen“ Energiemix gesprochen werden, solange auch nur ein winzigster Bruchteil Atomenergie Bestandteil dieser Mischung ist. In der Atomspirale immanente Ausbeutungsmechanismen, unkalkulierbare Gefahren und Risiken durch Nutzung des Urans und die unlösbare Atommüllproblematik, erfordern ein absolutes Nein zur Nutzung von Kernenergie im Energie- und Rüstungssektor!

Wenn sich „führende Persönlichkeiten“ am 1. und 2. Februar 2005 im Berliner Hotel Maritim treffen, versammeln auch wir uns, um sie an ihre Verantwortung der Menschheit gegenüber zu erinnern. Atomenergie ist ein zu heikles Thema, um nur aus Profitinteressen heraus darüber zu diskutieren! Wir sind eine lose Gruppe von Menschen, die sich zum Zwecke des Organisierens eines Gegenforums zusammengefunden hat. Uns geht es darum Alternativen aufzuzeigen und im Rahmen von diversen Veranstaltungen Gedanken auszutauschen bzw. Protest zu bekunden. Bereits am Wochenende vor dem Atom-Forum laden wir euch zu einem Auftaktseminar nach Berlin ein, um der Atomlobby einen Schritt voraus zu sein! An diesem Wochenende und in den folgenden Tagen werden wir mit euch in (Podiums-) Diskussionsveranstaltungen, Workshops, Filmvorführungen bis hin Kundgebungen, Stadtrundgang, spontanen Aktionen und (Soli)Partys deutlich unsere Meinung artikulieren! Außerdem laden wir Einzelpersonen sowie Gruppen sehr herzlich ein, sich mit eigenen Veranstaltungen und Aktionen an dieser Protestwoche in Berlin zu beteiligen.

Auf einer Website (in Arbeit!) wird in wenigen Wochen mehr stehen, bis dahin erreicht ihr uns per Mail über:
wintertage05@web.de

Kleiner Gedankenspaziergang als Einstimmung auf den Stadtpaziergang am 31. Januar 2005 in Berlin

In Berlin gibt es soviel zu sehen. An jeder Ecke hängt ein anders Plakat, was mich zu unterschiedlichsten Aktivitäten überreden will. In meinem Kopf wimmelt es bereits von undurchdringlichem Dickicht der Gedanken. Eine Gehirnhälfte sucht nach Formulierungen für einen Aufruf zu den „Bunten Wintertagen“, die andere beschäftigt sich mit dem Referat über Wirtschaftsverflechtungen in der Atomindustrie, welches ich morgen halten möchte! Außerdem habe ich Hunger und Liebeskummer. Jeden Tag werden ich voll gepackt mit Themen, die es sich kritisch unter die Lupe zu nehmen gilt. Meine Krankheit lautet verständlicherweise „Stress“ und ich verlerne zu wissen, was ich eigentlich will. Aber warum mache ich da mit? Ich bin doch ein entscheidungsfreies Individuum! Ich bin doch diejenige, die mein Leben in der Hand hat.

Es gibt nichts in der Welt, dem ich zustimmen muss.

Ich kann allen Dingen, Menschen und Ereignissen gegenüber meine Meinung vertreten. Bin Herrscherin über Sympathiebekundungen oder Ablehnung. Genau dieses „HerrscherInnendasein“ gilt es zu nutzen! Aber im „HerrscherIn“ sein, versteckt sich auch Verantwortung innehaben. Und wenn ich feststelle, dass z.B. gewisse AtomlobbyistInnen ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, dann sollte ich mich verantwortlich fühlen, sie daran zu erinnern. Doch hier bin ich wieder in der Patsche. Ich kann den ganzen Tag damit zubringen, Menschen an ihre Verantwortung zu erinnern und mich darüber vergessen. Aber dann kurz vor dem Einschlafen wird

mir Hunger und Liebeskummer, Magen und Herz zermürben, das unvorbereitete Referat mir ein schlechtes Gewissen bereiten. Und ist dieses schlechte Gewissen nicht im Endeffekt stärker, als das schlechte Gewissen, welches mich beschleicht, wenn ich den Ungerechtigkeiten in der Welt tatenlos zuschaue? Hocke ich mich deshalb in meine Nische und denke: Ich bin ja sowieso viel zu klein? Suche Ausflüchte? Warum verleugne ich meine Ideale, indem ich müde nicke, wenn ich wieder einmal etwas über die Grausamkeit der Welt höre? Wer hört schon auf mich? Wo soll ich nur anfangen etwas zu tun in dieser Welt? Wartest auch du auf die Ideallösung, die mit einem Schlag alle Probleme löst? Wärs du dann bereit aktiv zu werden? Niemand verpflichtet uns zum Warten und doch machen viele Menschen ihr Leben lang nichts anderes als warten! Warten auf den Atomausstieg, auf die nächste Gehaltszahlung, das Semesterende, den Märchenprinz. Wir verschieben unser Glückseligkeit auf Morgen, jammern heute über Stress. Wir müssen da ausbrechen! Wir müssen uns klar machen, was wir wollen. Schwerpunkte setzen in unserem Leben und eine konsequente Schiene befahren. Entfernen wir uns von der „Heute hier, Morgen dort Mentalität“ hin zu einer Standfestigkeit, einem Verwurzel sein. Und verabschieden wir uns von dem Traum, der von außen kommenden Ideallösung. Wenn wir etwas verändern wollen in unserem Leben, in unserer Welt, gilt es noch heute die Hände aus den Taschen zu nehmen und zuzupacken!

Kommt im Februar nach Berlin!



Nicht weil ihr euch gezwungen fühlt, sondern weil ihr es wollt! Weil ihr euch in all eurer Freiheit dafür entschieden habt!

Mailadresse: wintertage05@web.de
 Homepage: <http://www.stoppatom.de>
 Dort findet Ihr u.a. einen ersten Überblick über angedachte/geplante Veranstaltungen.

Die eigentliche **Auftaktkongreß-Homepage** ist erst noch im entstehen! Es ist sehr erwünscht, dass viele nette Mitmenschen nach Berlin anreisen, den bislang angedachten Dingen zum Erfolg verhelfen und sehr gerne auch eigene Veranstaltungen und Aktionen zu der Berliner Woche gegen das „Deutsche Atomforum e.V.“ beisteuern!

Greta Weiß



Das EEG lesen Sie in der Bundesdrucksache 14/2776 ... Was es bedeutet, lesen Sie bei uns!

Alle 14 Tage neu: Der Newsletter **UMWELT** kommunale ökologische Briefe

Fordern Sie gleich ein kostenloses Probeabo an!

SCHICKEN SIE DEN COUPON BITTÉ AN:
 Umweltbriefe, Raabe Fachverlag, Kaiser-Friedrich-Straße 90, D-10585 Berlin
 Fon 030/212987-23 Fax 030/212987-20
 E-mail UMWELTBRIEFE@raabe.de, Internet <http://www.umweltbriefe.de>

Ja, senden Sie mir die nächsten drei Ausgaben von **UMWELT** kommunale ökologische Briefe kostenlos zu. Wenn Sie eine Woche nach Erhalt des letzten Freixemplares nichts von mir hören, bestelle ich bis auf weiteres, mindestens aber für ein Jahr, **UMWELT** kommunale ökologische Briefe. Der Jahresbezugpreis für ein Abonnement (26 Ausgaben) beträgt 203,82 €, ermäßigt 102 €, zzgl. Versandkosten.

Name: _____
 Straße: _____ PLZ, Ort: _____
 Datum: _____ Unterschrift*: _____

Ich bin/wir sind berechtigt, die Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen innerhalb einer Woche nach Erhalt der drei Freixemplare in schriftlicher Form zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Poststempel).

Datum: _____ Unterschrift*: _____

*) Bitte an beiden Stellen unterschreiben!

Antiatomtour Sommer 2005

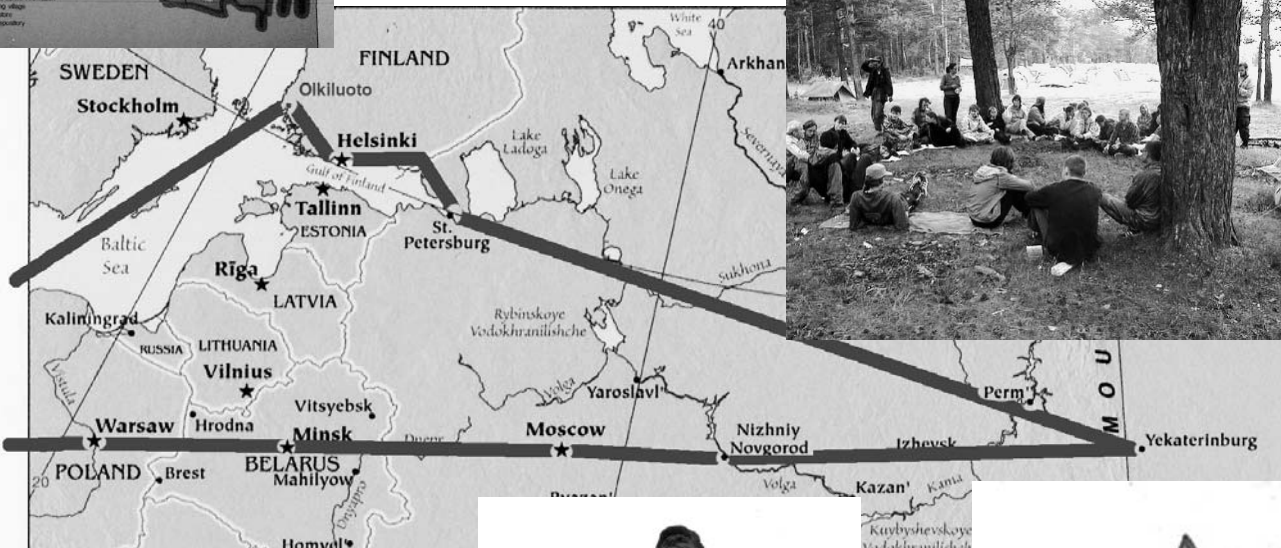
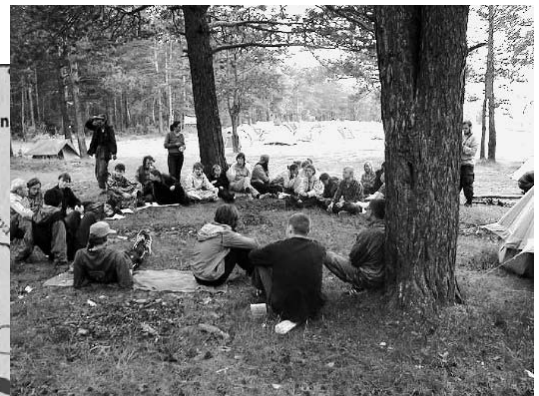
31.7.
bis 15.8.

Finnland + Rußland

Gronau – Jekaterinburg - Olkiluoto



Uran markiert den Anfang der Atommüllspirale. Wir wollen im Sommer 2005 auf der Spur des Atommülls von der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau in den Ural fahren. Dort stellt die Urenco GmbH ihren Uranmüll ab. Als Alibi kommt eine geringe Menge davon wiederangereichert zurück. Eine Lösung für den Atommüll gibt es nicht.



In Olkiluoto (FIN) soll ein neues AKW gebaut werden.

Fahrt mit uns mit der Transsib zum Antiatomcamp von Ecodefense nach Jekaterinburg und zur Baustelle des AKW Olkiluoto.

Die Organisation wartet auf Eure Mitarbeit. Die genauen Termine und die genaue Route stehen demnach auch noch nicht fest. Kerndaten sind die des Camps in Jekaterinburg vom 4. bis 11. August. Angedacht ist, die Strecke in Etappen zu fahren und an einigen Stationen zusammen mit örtlichen Aktiven kulturelle und politische Akzente zu setzen.



Wichtig:
Aufgrund der organisatorischen Hürden einer Russlandreise ist es erforderlich, daß Ihr Euch frühzeitig anmeldet.



Anmeldung:
www.antiatom.de/tour05
Infos: www.antiatom.ru

**Wir brauchen keine Renaissance der Atomkraft.
Wir brauchen eine Renaissance der Anti-Atom Bewegung!**

Erklärung der WeggefährtInnen und FreundInnen von Sébastien

Am 7. November 2004 starb Sébastien, als ihn die Lokomotive des Atommüllzugs nach Gorleben erfasste. Einige Wochen zuvor hatte er sich mit anderen von uns zum Handeln entschieden, um die Angreifbarkeit dieser Transporte publik zu machen. Die Tatsache, dass er tot ist, sollte nicht vergessen lassen, dass diese Aktion gewaltfrei, überlegt und freiwillig war.

Auch wenn dieses Drama es so erscheinen lässt, war unsere Tat keinesfalls unverantwortlich bzw. ein Akt der Verzweiflung. Unser Engagement ist das Ergebnis tiefer Überzeugung reeller und bestehender Gefahren, welche die Atomkraft schon viel zu lange darstellt. Diese Aktion war gemeinsam genauestens vorbereitet: genaue Ortskenntnisse und die Berücksichtigung eines Notfallstopps.

Wir hatten mehrfach die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass der Zug nicht anhalten könnte. Da wir uns in einer langgezogenen Kurve mit eingeschränkter Sicht befanden, war uns klar, dass wir notfalls die Gleise sehr schnell verlassen müssten. Wir lagen zu viert neben den Schienen, da wir zwei Rohre unter den Gleisen platziert hatten. Niemand lag zwischen den Schienen, um notfalls schnell wegzukommen. Wir waren nicht angekettet und hatten so die Möglichkeit, schnell den Arm aus dem Rohr zu ziehen.

Leider konnte die Gruppe, die den Zug 1500m vorher zum Bremsen bringen sollte, nicht handeln. Der Hubschrauber, der ständig dem Zug voraus fliegt, fehlte. Er war „Tanken“; aber die Gruppe rechnete damit,

dass er die Ankunft des Zuges signalisieren würde. Da neben dem Zug Fahrzeuge der Gendarmerie mit hoher Geschwindigkeit fuhren, konnte die Stoppergruppe nicht handeln. Der Transport konnte also weder vom Hubschrauber, noch von den Stoppern gewarnt werden und kam so mit 100km/h auf uns zu. Diese Verkettung von Umständen brachte uns in Gefahr. So hatten die Personen, die an den Gleisen lagen, sehr wenig Zeit festzustellen, dass der Zug seine Geschwindigkeit nicht verringerte. Wir hatten es geübt sekundenschnell wegzukommen.

Sébastien wurde dabei erfasst, als er die Gleise verließ. Sein Arm steckte nicht in dem Rohr fest, wie die durchzuführenden Untersuchungen beweisen werden. Es ging alles so schnell, dass wir ihm nicht helfen konnten.

Wir waren in der Kälte zehn Stunden lang etwa 30 m von den Gleisen entfernt am Waldrand versteckt. In dieser Zeit wurden weder wir, noch die Vorposten zur Benachrichtigung (15 Kilometer entfernt vom Ort der Aktion), noch die Gruppe von den Sicherheitskräften entdeckt, die den Zug stoppen sollte. Wir wurden auch nicht entdeckt, als wir im Vorfeld um fünf Uhr morgens die Rohre unter die Schienen legten. Es ist klar, die Verantwortung jedes Beteiligten muss festgestellt werden, unsere inbegriffen. Zur Stunde erleben wir einen der schlimmsten Augenblicke unseres Lebens. Neben vielen bekannten Gründen für die Aktion, ging es uns in erster Linie um den Schutz unseres Planeten, der Jahr für Jahr mehr zerstört wird. Es ging uns aber auch

um die Ablehnung jeder Infragestellung dieses monolithischen Staats. Wir haben nicht aus Unreife oder Abenteuerlust versucht den Zug zu stoppen, sondern weil die Atompolitik dieses Landes nur so zu einer elementaren Frage werden kann. Sébastien ist durch einen Unfall gestorben, er hat es sich nicht ausgesucht, niemand wollte es. Er starb nicht nach einem Disco-besuch betrunken am Steuer, sondern um seiner Überzeugung Gehör zu verschaffen. Sein Tod wird deshalb für uns nie ein beliebiges Vorkommnis sein. In der Situation, in der wir derart verlassen und verloren waren, hätten wir uns nie vorgestellt so viel Unterstützung zu bekommen. Wir danken vor allem unseren FreundInnen und Eltern, vielen Initiativen, aber auch Tausenden anonymen Deutschen und Franzosen, die in seinem Andenken Demonstrationen und Andachten organisierten. Die Stärke der Solidarität überwältigt und berührt uns. Das Wichtigste ist für uns, einen Bruder zu beweinen und seine Familie zu unterstützen, nicht sein Bild zu instrumentalisieren. „Bichon“ war voller Lebensfreude und -energie, nicht nur Atomkraftgegner. Dieser Text ist weder eine Beichte noch eine Anschuldigung, wir wollen dadurch nur die Wahrheit dieser Ereignisse wiedergeben.

Seine Weggefährtinnen und Weggefährten

(Quelle: Telepolis, übersetzter Text vom 12.11.2004, www.telepolis.de)

Zum Tod von Sébastien – ein Kommentar

Am 7. November 2004 verstarb Sébastien Briat bei dem Versuch, den Castorzug auf der Strecke nach Gorleben anzuhalten. Er hatte versucht, bei Avricourt in Frankreich den Zug mit 3 weiteren FreundInnen durch eine Ankettaktion aufzuhalten. Der Zug stoppte nicht geplant durch die Warnsignale einer Vorstoppergruppe, sondern fuhr mit unverminderter Geschwindigkeit, wohl ca. 100 km/h, auf die auf den

Gleisen liegenden Gruppe zu. Alle 4 Atomkraftgegner konnten sich zwar von den Schienen rechtzeitig befreien, doch Sébastien wurde vom Atommüllzug dennoch erfasst und starb dabei.

Der Tod von Sébastien ist erschreckend und erzeugt Trauer und Wut bei mir, wie es sicherlich auch vielen Demonstrierenden während des Castortransportes ergangen

ist. Ich denke, Sébastien hat nicht leichtsinnig den Tod in Kauf genommen oder wollte gar den Märtyrer spielen, wie einige PolitikerInnen uns zynisch nahe legen. Ich denke auch, dass er gewusst hat, dass es nicht risikofrei ist, sich auf die Gleise zu begeben und damit einen Castor-Zug durch eine Schienenblockade zum Halten zu bringen. Schließlich hatte er sich mit FreundInnen und Bekannten zusammengetan, um ge-

meinsam gegen die gefährlichen Atommülltransporte zu demonstrieren. In den vergangenen Jahren war eine Schienenankettaktion in der Presse noch immer als stärkste Ausdrucksform legitimen Protestes in die Öffentlichkeit transportiert worden. Durch eine Ankettaktion wird die Ernsthaftigkeit des Protestes deutlich, denn diese Art ist für die Beteiligten ja nicht ganz ungefährlich.

Die Aktionsform Schienenanketten ist seit dem Tod von Sébastien kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Den französischen AtomkraftgegnerInnen wurde teilweise Unverantwortlichkeit, Leichtsinn oder Todesmut vorgeworfen. Hier sollte man aber kurz innehalten.

Ein friedlicher Protest mit dem eigenen Körper gegen ein Technik, die dazu imstande ist, ganze Landstriche für Generationen unbewohnbar zu machen und Tausende, Hunderttausende oder gar Millionen von Menschen umzubringen hat nichts mit Unverantwortlichkeit zu tun. Im Gegenteil, sie zeugt von Zivilcourage und politischem

Engagement für eine bessere Welt ohne Atomkraft. Ich habe Respekt vor diesen Menschen. In der Vergangenheit haben mutige Menschen Ziele erreicht, die sie ohne ihren Mut nie erreicht hätten. Lassen wir uns daher vom Tod Sébastien weder einschüchtern noch entmutigen! Viele Menschen verdrängen es, etwas erreichen zu wollen, weil es unbequem ist, sich aufzuraffen und für eine friedlichere Welt zu demonstrieren.

Sébastien ist durchaus ein Opfer der Atomindustrie geworden, die seinen Tod leichtsinnig in Kauf genommen hat. Sébastien und seine MitstreiterInnen haben jedoch nicht fahrlässig gehandelt, sondern mit Sicherheit überlegter als die Einsatzleitung, die einen mit hochradioaktiven Müll beladenen Zug mit 100 km/h durch das Land fahren lässt. Für eine Mitschuld an seinem Tod ist auf jeden Fall auch die Einsatzleitung verantwortlich, denke ich, weil der Zug ohne richtigen Begleitschutz viel zu schnell gefahren ist. Selbst wenn es keine Proteste gegen diese tödliche Fracht gäbe

... - es ist noch mal zusätzlich menschen- und umweltverachtend, Atommüll-Züge mit diesen Geschwindigkeiten durch die Landschaft zu jagen.

Und das obwohl zuvor bereits eine erfolgreiche Blockade von Atomkraftgegnern stattgefunden hatte. In der Vergangenheit haben zudem schon einige Atomgruppen berichtet, dass Castorzüge nicht ihre Geschwindigkeit vermindert haben, obwohl Gegenstände oder gar Menschen sich auf den Gleisen befanden. Dies ist belegbar. Auch dass der Zug nach dem Tod von Sébastien sehr schnell wieder losgefahren ist, zeugt von der Kaltschnäuzigkeit der durchführenden Gehilfen der Atomindustrie.

Dass die Vorstoppergruppe der Atomkraftgegner den Zug nicht zum Stoppen bringen konnte, hätte nicht passieren dürfen. Trotzdem ist es passiert und es ist tragisch. Man kann nur den FreundInnen und Verwandten von Sébastien sein Mitgefühl aussprechen.

Oliver Bäsener

Sébastien Briat

Erklärung verschiedener Gruppen zum Tode des Castor-Gegners

Sébastien Briat wurde im Rahmen des Widerstandes gegen den CASTOR-Transport getötet.

Am Sonntag, den 7. November 2004, um 14.35 Uhr wurde Sébastien Briat von einem CASTOR-Zug überfahren.

Wir trauern um Sébastien, unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen FreundInnen.

Uns verbindet der gemeinsame Widerstand gegen ein Herrschaftssystem, das menschenverachtend aus ökonomischen und politischen Interessen die Atomtechnologie durchsetzt.

Sébastien wollte mit einer Gruppe den CASTOR-Transport, der von der Atomfabrik La Hague zur Atom-Müllsammelstelle Gorleben unterwegs war, bei Avricourt in Frankreich aufhalten.

Die Anti-AKW-Bewegung in Frankreich und in der BRD hatte dazu aufgerufen, sich diesem Transport zu „widersetzen“, sich „querzustellen“.

Eine Ver- und Behinderung der Atomtransporte stört die Atom-Energie-Produktion und damit auch die Produktion neuen Mülls empfindlich und demonstriert, dass das Atomprogramm politisch nicht akzeptiert wird.

Die Widerstandsaktion, in deren Rahmen Sébastien getötet wurde, ist für uns ein legitimer Beitrag zu dieser Auseinandersetzung.

Unsere Abscheu und unsere Wut und unser Widerstand richtet sich einmal mehr gegen die, die Tote billigend in Kauf nehmen, um ihre Machtinteressen durchzusetzen.

Der Tod von Sébastien ist uns Mahnung, an dem Kampf für ein menschenwürdiges Leben unbeirrt festzuhalten.

Unterzeichner:

- RadioAktiv im Freien SenderKombinat (FSK), Hamburg,

- SAND (Systemoppositionelle Atomkraft-Nein-Danke-Gruppe) – Hamburg,
- Anti-Atom-Büro, Hamburg,
- Autonom Leben (selbstbestimmtes Leben für alle behinderten Menschen), Hamburg,
- Plenum der Roten Flora (autonomes Kommunikations- und KulturZentrum), Hamburg,
- Redaktion Knast und Justiz im Freien Sender Kombinat (FSK), Hamburg,
- Archiv der Sozialen Bewegung, Hamburg,
- Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.), Bremen,
- Umbruch Bildarchiv, Berlin,
- Junge Linke Lippstadt,
- Redaktion Labournet Germany,
- Autonome aus Berlin.

Kontakt: RadioAktiv

RadioAktiv@so36.net, Schulterblatt 23b, 20359 Hamburg

Atommüll-Endlager Morsleben

STILLEGUNG NICHT VERSCHLEPPEN; SICHERHEIT MUSS VORRANG HABEN!

In Morsleben befindet sich das ehemalige DDR-Endlager für radioaktive Abfälle. Nach der Vereinigung lagerte die Bundesregierung noch einmal mehr Atommüll ein, als bereits von der DDR in dem ehemaligen Salzbergwerk versenkt wurde. Das, obwohl massive Sicherheitsprobleme bekannt waren. Mittlerweile befindet sich das Endlager im Stilllegungsprozess, der jedoch vom Bundesamt für Strahlenschutz verschleppt wird.

Wir fordern:

- allgemein verständliche, aber tiefgründige **Zwischenberichte** zum aktuellen Stand des Stilllegungsverfahrens
- **Mitbestimmungsrechte** für alle Betroffenen statt Pseudo-Beteiligung im Erörterungsverfahren
- ein **atomrechtliches Planfeststellungsverfahren** auch für die Verfüllung des Zentralteiles nachzuholen
- die **Auslagerung/Rückholung** des Atommülls als eine Stilllegungsvariante zu untersuchen
- ein Stilllegungskonzept mit **kontinuierlicher Überwachung** und Eingriffsmöglichkeit zu entwickeln und untersuchen
- die Stilllegungsunterlagen endlich zu vervollständigen und die Stilllegung **nicht zu verschleppen**

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift

Zurück an:
Morsleben Netzwerk
Karl-Schmidt-Straße 4
39104 Magdeburg

Infos unter:
0162 - 8608949
kontakt@morsleben-stillegung.de

Internationale Umweltbewegung

Umweltaktionen in Russland

In Russland kritisch und gesellschafts-politisch aktiv zu sein, ist nicht das einfachste und selbstverständlichste der Welt. Dimitri Kokorev lernt und lehrt Esperanto, ist Koordinator verschiedener Umweltschutzprojekte und in seiner Freizeit ist er Aktivist in einem Netzwerk russischer Aktiver. Dimitri ist eine Strecke der Ecotopia-Biketour (FUI 4/04, Seite 26-28) mitgefahren und sitzt nun mit mir im grünen Gras, um meine Fragen zu beantworten. Wir befinden uns auf dem Ecotopia-Camp, das dieses Jahr in den Niederlanden stattfindet. Themen des Interviews waren: Tätigkeiten seiner Umweltschutzarbeit, wie er zum Aktivismus gekommen ist und welche aktuellen Projekte anstehen.

Uli: Privet, Dimitri, you are working in the "Zentr ochrany dikoy prirody" (Biodiversity Conservation Center) in Moscow. This organization was founded in 1992 and focuses on social-ecological and nature conservation projects in Northern Eurasia. What kind of campaigns or projects are you working on?

Dimitri: I'm a coordinator of different projects: one is about the alternative civil service with an environmental focus. The main idea is to promote alternative civil service in Russia, because it is a very important issue for the democratic society. The situation concerning the civil service is pretty bad- formerly we had a law about this, but it doesn't work in reality. At the same time we have a lot of problems with environmental policy in Russia, because our government hasn't any concrete environmental action plan. A lot of state environmental organizations got problems, too. The main problem is the shortage of financial resources. In the Russian state in general there are not enough environmental organizations. That's why we think about a new model we could create- another issue I'm concerned about.

Uli: Where does your motivation come from?

Dimitri: I think it is great to combine the opportunity to earn money and support the

projects we do. In my childhood I was already really crazy and interested in all kind of green activity. For my hobby- the activism- I found the motivation in the issues we are dealing with: I really hate cars, I like bicycle transport. The whole transport situation and policy in Moscow makes me really angry. They construct as many roads as possible and don't think about the future. In our country the government doesn't think about sustainable development (energy, forests, transport,



Dimitri at the Ecotopia-Biketour (location: Wendland)

etc.). I cannot keep silent when I observe all that. I feel needed. I should do as much (activism) as possible!!

Uli: How is the Biodiversity Conservation Center financed?

Dimitri: We are a NGO and cannot earn money. So we need to be sponsored by foundations- that is our main income. At the same time we try to develop new ways of getting money as the following example shows: we work with small local companies like the one that is producing local wind mills and donates us a bit of material, others give us a bit of money.

Uli: As an environmental activist- how did you get involved?

Dimitri: My first activity was in 1998 when I joined Greenpeace as a volunteer. Before that I supported Greenpeace since 1995. The first activity with Greenpeace Russia I

took part in was a campaign against nuclear power, toxic waste and deforestation. We also had to fundraise money at some stands in small towns in the area of Moscow.

Uli: How are you networking?

Dimitri: Up to now we have a quite successful action in Moscow: the carfree critical mass action. It is organized very well. We prepare little actions before that, because it is really difficult to promote any carfree activities. I am a member of the informal grassroot organization Carfree Russia. And this is part of the worldwide Carfree Network. Apart from that I am also active in the so called GAP- Global Action Plan International. GAP promotes sustainable and environmentally friendly householding. In Russia we have a small GAP-organization. We don't have any money, we only work on a voluntary base. We try to train people how to live in an environmentally friendly way.

On a national level we try to network with other Russian NGOs and action groups, contact e-mail, telefon and mainly personal contact. We meet at conferences, seminars, gatherings, different coalitions of organizations. For example: "the coalition for alternative civil service" or "the coalition before Parliament elections". This is a campaign to inform the voters about environmental positions of the debutes. And there is a coalition against parties which wanted to import nuclear power, so we are informing the people about the decisions about really dangerous projects of nuclear waste storage- as in Krasnoyarsk.

Uli: What else would you like to tell our readers?

Dimitri: Well, if they want to know more, they can get some information on our websites: Biodiversity Conservation Center:

www.biodiversity.ru

Carbusters Russia - www.carfree.org.ru

Critical Mass Action - www.massa.tr.ru

Uli Lerche

Kleinvieh macht auch Mist

oder die Vielfalt der Aktionen macht's

Hier seien einige Formen beschrieben, wie mensch mit umweltpolitischen Themen an den Mann oder die Frau treten könnte. Sowohl ungewöhnlichen als auch schon bekannten Methoden sollen hier beleuchtet werden und eine Bühne bekommen.

University of Texas at Austin

Unter dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“ wird jedes Jahr an der Uni ein sogenanntes „care package“ mit fair gehandelten Produkten und Bioköstlichkeiten zusammen gestellt. Es wird dabei an die Tradition angeknüpft, dass immer am Semesterende, d.h. während der Klausurenzeit, von KommilitonInnen und Familienmitgliedern sowie FreundInnen für andere Studierende ein „care package“ mit Süßem, Kerzen etc. zu erwerben ist bzw. selbst gestaltet und dann verschenkt wird. Die fleißigen Studis sollen aufgemuntert werden und ihnen wird gezeigt, dass jemand an sie denkt. Normalerweise sind diese „care packages“ mit Fast Food Produkten und Nestlé-Schokolade vollgestopft. Diese anderen „care packages“ werden vom „Living and Learning Center“ (LCC) bereit gestellt, das sich an der Uni für fair gehandelte, ökologische und gesundheitlich unbedenkliche Produkte einsetzt.

www.ecobaskets.net

Zeitung „Issue“

Die etwas andere Zeitung an der University of Texas at Austin „Issue“: diese Zeitung hat sich zum Ziel gesetzt „to write stories focused on topics not regularly or adequately covered by mainstream media. We are committed to achieving social justice and offering readers ways to become active in the process of social change“. In ihren Artikeln kann mensch etwas über soziale Ungerechtigkeit nachlesen, Bildung, Gender Studies, unmenschliche Arbeitsbedingungen in den USA und anderen Ländern sind ebenso Themen wie die Problematik der Zersiedlung und deren Folgen, das Verhältnis Mensch-Natur im Hinblick auf die unglaublichen Müllberge. Auch über die aktuellen critical mass actions wird informiert.

www.issueonline.org

Greenfestival

Diese Mega-Ausstellung mit 13.000 BesucherInnen, über 250 Ständen und 50 RednerInnen allein auf dem Ausstellungsgelände in Austin (Texas) will die Gesellschaft nicht umstrukturieren, aber dennoch einige Bedingungen mit kleinen Schritten verändern. Das Greenfestival wurde in San Francisco ins Leben gerufen, wo es jetzt jährlich stattfindet. Bei unterhaltenden Live-Shows und Reden über Umweltthemen im weitesten Sinne kann mensch sich über regenerative Energien, Biogartenbau, „grüne“ Karrieren und dergleichen informieren oder auch nur Naturprodukte erwerben.

www.greenfestivals.com

Das Magazin Greenfestival versucht, sich der Rhetorik der Mainstream-Zeitschriften anzugleichen, fällt aber durch seinen thematischen Schwerpunkte auf: Auf Umweltpapier gedruckt werden Informationen über das Greenfestival. Es werden ausschließlich Anzeigen von naturschutznahen Organisationen bzw. Einrichtungen publiziert. Für Interessierte gibt es viele Adressen, Ansprechpersonen und Hinweise auf Bioläden, Ökotourismushotels u.ä. Die Meinung einiger RednerInnen ist zu kritisieren. Besonders das Statement eines Jugendarbeiters (Richard Halpin) fiel mir dahingehend auf, tendenziell den Status Quo des Gesellschaftsmodells erhalten zu wollen: „American Youth Works engage our hardest to reach and toughest to teach young adults to become builders, leaders and environmental champions.“

Uli Lerche



SEAC -

Student Environmental Action Coalition

SEAC beginnt 1988 als US-amerikanisches Informationsnetzwerk jugendlicher und studentischer Umweltgruppen, dessen Ziel es ist, mit vereinten Kräften unseren Planeten und unsere Zukunft zu schützen. Sie definieren den Begriff Umwelt als die natürlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen, unter denen wir leben. Anlässlich des Earth Summit 1992 gründete SEAC ein Netzwerk mit, welches die „Stimme der Jugend an die Weltöffentlichkeit tragen“ soll und dessen Anzahl der Länder, aus denen seine Mitglieder kommen, mittlerweile auf über 65 angewachsen ist. Teil dieses Netzwerks zu sein, bringt den Vorteil, Zugang zur umfangreichen Bibliothek zu erhalten. Außerdem gibt es ein zentrales Büro mit kompetenten MitarbeiterInnen, die Anfragen zu umweltspezifischen Themen beantworten. Zusätzlich organisieren SEAC-Gruppen Konferenzen und Veranstaltungen, wie beispielsweise Camps, in denen neue Fähigkeiten, Wissen und Inspiration erworben werden, um sich effektiv für eine Verbesserung der Umweltbedingungen einsetzen zu können.

www.seac.org



Schwerpunkt: Chinas neue Freiheit – Reformpolitik in der Kritik

Außerdem: Jubiläum in Südafrika, (UN)Persönlich in Sierra Leone, Kolonialismus in der Literatur, Aneignung in der Kontroverse u.v.m.

52 S., 4 Euro + Porto, Iz3w, PF 5328, 79020 Freiburg, Tel. 0761-74003, info@iz3w.org, www.iz3w.org

Eine Brücke zwischen Ost und West - Falkor International Cooperation Youth



Falkor ist eine kleine unabhängige Nicht-Regierungsorganisation, die junge UmweltaktivistInnen sowie enthusiastische Menschenrechts-

aktivistInnen und kritische Leute, die unabhängige Medien kreieren, unterstützt. Das 2001 gegründete Netzwerk bringt interessierte Aktive und Organisationen in Austauschprojekten zusammen, bietet eine Plattform, über Erfahrungen zu sprechen, gemeinsame Aktionen zu planen und Freiwilligenaufenthalte zu ermöglichen.

Eigene Videos, Bücher, Artikel zu veröffentlichen, über die aktuelle Situation in den verschiedenen Ländern zu diskutieren, an Nicht-Mainstream-Information zu gelangen, wird nun leichter. Und zwar besonders für Aktive im Kaukasus. Darum geht es den InitiatorInnen von Falkor vor allem: eine Brücke zwischen Ost und West zu schaffen, ökologische und soziale Bedingungen sowohl im Kaukasus und Osteuropa als auch in westeuropäischen Ländern und die Vernetzungsmöglichkeiten der jungen aktiven KaukasierInnen unter einander und mit Gruppen aus Ost- und Westeuropa zu verbessern.

Janita trinkt ihren Tee aus der „Rampenplan“- Tasse und denkt nach. Wir sitzen im Bar- und Infozelt, in einer Pause zwischen zwei Arbeitskreisphasen. Überall wuseln Aktive aus allen Erdteilen um uns herum, wollen sich informieren, eine Bio-Süßigkeit zum Solidaritätspreis kaufen oder sich mal wieder vernetzen.

Um Vernetzung geht es beim Ecotopia (internationales AktivistInnencamp, siehe FUI 4/04-Schwerpunkt *Internationale Umweltbewegung*, Seite 23-25), auf dem wir uns befinden, ganz besonders. Wie auch bei Falkor, das mir Janita - eine der Mitbegründerinnen - im folgenden Interview genauer vorstellt:

Uli: Janita, how did you start Falkor?

Janita: I was travelling with Marij [Anm. d.R.: die andere Mitbegründerin] through Eastern Europe and Caucasus for half a year for fun. On our way we met activists and those who wanted to be activists. We planned to do projects with them and familiarize them with the ideas of Western European activism. Furthermore we wanted to bring people from Georgia, the Ukraine etc. to international activist meetings like Ecotopia.

Uli: What was the first thing you did when you came back?

Janita: As a start we thought about which themes and people we could connect. We already started with our planning of a NGO on our way back to the Netherlands. We came back in summer 2001 and in December we founded this NGO. Then we started with the few contacts we had in the Caucasus region and helped among others EYFA [Anm.d.R.: siehe FUI 4/04, Seite 21-22] with connecting to individuals and organizations in Caucasus.

Uli: What about EVS (European Voluntary Service)?

Janita: We were one of the first organizations to implement EVS in Georgia - the so called "third country connection" of the EU-program. The EU wants to motivate young people to create projects themselves.

Uli: So you were the pioneers in the Caucasus region?!

Janita: Yes.

Uli: What kind of difficulties did you have?

Janita: We had several problems with working according to the rules of the European Commission and some Western Funds. These rules are often an obstacle for people and organizations in the Caucasus region to apply for a project or participate in a meeting. But we want to show both sides that it's possible. We are the communicators, the intermediators. An example: it is necessary to invite people from the Caucasus a lot earlier than from most other countries because of complicated visa procedures. Then the travel reimbursement is a problem: it would be necessary beforehand and not afterwards.

Most participants from Caucasus can not pay the tickets and visa on beforehand by themselves.

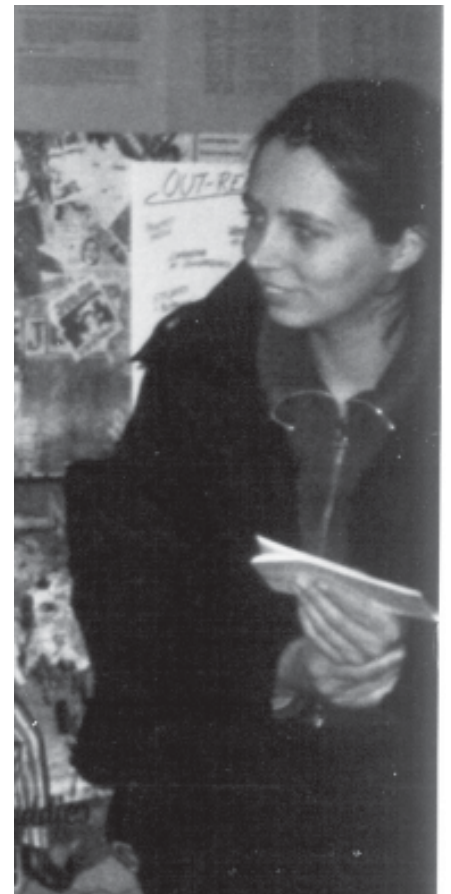
Another point is the mail services: quite a few invitations just don't get to their destinations in the Caucasus on time or not at all.

Uli: What was the best experience you had with falkor?

Janita: When people who had some prejudice against each other and after a time they met (through us), they found out that a common project or work is possible and even became friends!

Uli: What kind of projects are we talking about?

Janita: These are mainly EU Youth exchange projects, environmentally oriented, also human rights and press freedom are subjects. And in Armenia we are starting up a 'youth progressive action centre', which will also include Indymedia Armenia.



Janita



Janita, eine moldavische Aktivistin und Marij

participation in organising and we are there to facilitate and help them.

Have a look at the website:

www.falkor.org

Uli: Thank you very much for the interview!

Luut ein Freiwilliger, der die Chance genutzt hat, sich durch Falkor mit Projekten und der Kultur im Kaukasus näher zu beschäftigen und sich auch auf dem Ecotopia befindet, berichtet mir:

Uli: What kind of organization are you?

Janita: We are a small NGO, non-hierarchical, consensus based, nonviolent, based in the Netherlands, but we work everywhere.

Uli: How do you network?

Janita: We just go somewhere and hang around (laughter). No, but seriously: the internet doesn't work so well, so we can't rely on e-mail communication only. It is much more the social getting to know each other. And planning while you drink a cup of tea together, or wodka.

Uli: Is there anything else you would like to emphasize?

Janita: Yes! We are not a travel agency („Reisleiders“). People can come up with their own ideas, we expect some active

Uli: Luut, how did you find out about Falkor?

Luut: I met Janita and Marij, because we live in the same city and are interested in the same subjects. So one day we met in a cafe and they talked about a project in the Caucasus I was interested in and we agreed that I could go there.

Uli: What do you think about Falkor?

Luut: They are really motivated, inspired, energetic and working in a down-to-earth way. They are not just talking, but also put that into reality. They haven't lost the touch to real life (although they work with the EU). I really like their direct way of communication.

Uli Lerche

Big connective website project

UmweltschützerInnen und andere Aktive aller Länder vereinigt Euch!

Stell dir vor, du bist in einer fremden Stadt und möchtest das nächste Autonomien-Café aufsuchen oder suchst eine interessante Nicht-Main-Stream-Ökogruppe oder einfach nur ein besetztes Haus mit spannenden Leuten. Dann bist du normalerweise ratlos. Es sei denn, du hast schon entsprechende Kontakte oder triffst bunte Menschen am Bahnhof. Wenn sich die neue Connective Website durchsetzt, wirst du kein Problem mehr haben, in Timbuktu, La Habana, Bangkok, Bielefeld oder Barcelona solche Adressen und eventuelle Schlafplätze zu finden.



Alles fing beim Wintertreffen von European Youth For Action (EYFA) im Februar 2004 in Kroatien an. Neben vielen anderen Arbeitskreisen, Selbstfindungsprozessen und Zukunftsgesprächen von EYFA ging es in einer Arbeitsgruppe um das „big connective website project“. Wir sprachen über die technischen Voraussetzungen (Grundlage: eine Wikipage, auf der alle etwas eintragen und verändern können), prinzipielle Ideen, die politische Ausrichtung - graswurzelig und unabhängig -, den Aufbau der Seite und nächste Schritte. Im Frühjahr 2004 war es dann soweit: Justin, der die Idee im Arbeitskreis vorgestellt hatte, rief die neue vernetzende Webseite ins Leben

<http://connecting.omweb.org/>

Er sagte: „If you go there and sign up, you will be able to do things, including editing the wiki. I am still becoming familiar with all that, so there will certainly be many updates and changes and improvements, etc.“

Einige Updates wurden bis jetzt vorgenommen, doch fehlt dem Projekt der Bekanntheitsgrad. Erst wenn viele Menschen sich an unzähligen Orten daran beteiligen, wird sich das Projekt rentieren und für mehr Leute interessant. Je mehr ihr die Connective Website nutzt, verändert, ergänzt, bekannt macht etc., desto besser sind die Aussichten für diese weltweite Informationsalternative. So let's connect!

„Ecological Guard“ - Ukrainian youth for Environment!

The All-Ukrainian public organisation unites citizens of Ukraine, children and youth environmental organisations. The Union is ruled by principles of humanism, openness, voluntary work, creative initiative and activity.

The aim of the Union's activity is creating ecological-minded people. It is possible to achieve this aim by an interesting ecological work. That's why we try to improve the participation of children and youth in scientific work and nature conservation actions. It helps new generations to understand themselves as a little part of the world in which we live.

„Ecological Guard“ unites boys and girls who care about environment. It is also about investigations of environmental problems, interesting meetings with scien-

tists and environmentalists, competitions and quizzes, tourists travels and holidays in ecological camps.

It is the belief in our power to make our Earth more beautiful. Let's stand guard over our own future!

varta@ecoleague.com

www.ecoleague.net





Gerechtigkeit im Fall Aubonne – der Kampf geht weiter !

Presseerklärung

Aktion am Chateau: Martin Shaw und Gesine Wenzel fordern Disziplinarmaßnahmen und Schadensersatz. Ihr Einspruch gegen den Blankoscheck des Untersuchungsrichters für die Polizei erklärt den Polizeieinsatz auf der Aubonnebrücke für illegal und fordert eine weitere Untersuchung.

Mit einem Transparent auf dem geschrieben steht "Eure Cops - eure Verantwortung" verschafften sich die beiden KlettererInnen der Aubonne Brückenaktion heute Zugang zum "Chateau" in Lausanne, dem Sitz der Regionalregierung des Kantons "Vaud". Die beiden AktivistInnen die während der G8 Proteste letztes Jahr beinahe ums Leben kamen als ein Polizist ihr Kletterseil durchtrennte, forderten zusammen mit UnterstützerInnen und der Presse den "Conseil d'Etat" (Regionalregierung) dazu auf die Verantwortung für den Einsatz der ihnen unterstellten Polizeibeamten zu übernehmen. Der Rekurs (Widerspruch) verfasst vom Anwalt der beiden verlangt disziplinäre Massnahmen gegen den Beamten der das Seil durchschnitt, Michael Deiss, und seinen Einsatzleiter, Claude Podget. Bis heute hat der Staat die Tatsache ignoriert dass beide Beamten sowohl die offiziellen G8-Vorgaben für die Polizei verletzt und damit gleichzeitig ihre Hauptverpflichtung als Polizeibeamte, Menschenleben zu schützen, gebrochen haben. Die Vorgaben bezüglich der G8 Proteste legten eindeutig fest, dass sich die Polizei um die Verständigung mit den DemonstrantInnen zu bemühen hatte, auch bei spontanen Protestaktionen. Die Vorgabe war angemessen zu reagieren und das Grundrecht auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit zu gewährleisten. Darüber hinaus hat es auch keinerlei Reaktion auf das offensichtliche Versagen der internen Polizeihierarchie gegeben.

Zur gleichen Zeit werden in dem Dokument Schadensersatzforderungen wegen der Verletzungen und des Leidens der KlettererInnen gestellt auf der Grundlage des "Loi sur la responsabilite de l'Etat, des communes et de leurs agents". Den Vertreter-

Innen der Regierung wird angeboten unparteiische VermittlerInnen bei Verhandlungen mit den Opfern einzubeziehen.

Der 23 Seiten starke Widerspruch (Rekurs) gegen die Entscheidung des Untersuchungsrichters welche die Handlungen der Polizei herunterspielt und schönredet wurde kürzlich beim Gericht des Kanton "Vaud" eingereicht. Das Gericht wird darin aufgefordert Poget und Deiss wegen Gefährdung von Leben und schwerer vorsätzlicher Körperverletzung an Martin Shaw bzw. einfacher Körperverletzung an Gesine Wenzel anzuklagen. Ausserdem fordert das Dokument Podget wegen Falschaussage zu belangen. Seine Aussage steht in verschiedener Hinsicht in klarem Widerspruch zu dem vorliegenden Videobeweismaterial.

Da der leitende Richter alle Anträge der Anklage bezüglich der Untersuchung des Falls ablehnte, wurden die immer noch offenen Fragen gegenüber der nächsten Instanz wiederholt:

"Wie ist es möglich dass Polizeieinheiten eingesetzt werden die untereinander nicht kommunizieren können?", "Inwieweit gab es überhaupt Verständigungsschwierigkeiten aufgrund verschiedener Sprachen?" "Hatten die deutsch-schweizer Einheiten überhaupt eine Erlaubnis zu agieren obwohl sie nicht einmal ihre Befehle verstehen konnten?", "Was war der Inhalt von Pogets Telefongespräch kurz bevor das Seil durchtrennt wurde?", "Welche Befehle und was für Informationen wurden wann, von wem und an wen erteilt?". "Die Deklaration des

leitenden Richters wurde im Rekurs kritisiert parteiisch zu sein. Sie beinhalte Passagen die frei erfunden und widersprüchlich zu den Akten seien. Der Richter ist z.B. der Ansicht dass die Unbesonnenheit der AktivistInnen die Hauptursache für den Vorfall gewesen seien. Martin Shaw berichtigt: "Der grösste "Fehler" den wir machten war zu glauben dass die Polizei ihren Anweisungen Folge leisten würde!" Gesine Wenzel fragt sich trotz der Immunität die die Polizei in der Schweiz geniesst und dem generellen Anstieg der Repression gegen politische AbweichlerInnen: "Wie ist es nur möglich dass wir schuldig gesprochen werden wegen der Gefährdung des Lebens der AutofahrerInnen, während die Polizei die uns beinahe tötete davon kommt, ohne sich überhaupt vor Gericht verantworten zu müssen. Wie können die Menschen hier noch glauben sie würden in einem demokratischen, neutralen Land leben wenn so offensichtlicherweise mit verschiedenen Maßen gemessen wird".

Martin Shaw ist sich sicher: "Jetzt ist es an der Zeit für die PolitikerInnen Verantwortung zu übernehmen."

The Aubonne Bridge Campaign

Download: 8 min Video der Brückenaktion
Für mehr Information oder Interviews mit Martin Shaw und Gesine Wenzel:

Tel. 0041-786836405

aubonne@no-log.org

www.aubonnebridge.net



„Ihr habt die Verantwortung für eure Bullen!“

Jongeren Milieu Actief

-Umweltschutz leicht gemacht -

Wie wir bereits im letzten Schwerpunkt Internationale Umweltbewegung (FUI 4/04) berichteten, gibt es neben den größeren europaweit aktiven Graswurzelgruppen auch kleinere Vereinigungen in den Niederlanden, die zu umweltpolitischen Themen arbeiten. Wie beispielsweise Jongeren Milieu Aktief (JMA), die mit Kampagnen an Schulen und Universitäten versucht, junge Menschen an Ökologie im Alltag zu interessieren. Mehr über diese Jugendorganisation von Friends of the Earth Niederlande, ihre Schwerpunkte und Aktionsformen könnt ihr im FUI 4/04-Heft auf der Seite 41 nachlesen.

Jeeke war 4 Jahre bei JMA aktiv und hat eine zeitlang im Vorstand gearbeitet. Im Sommer 2004 hat sie an der Vorbereitung des Ecotopia-Camps mitgewirkt. Hier erfährt ihr etwas über ihre Motivation und eine erfolgreiche Kampagne.

Jeeke: „What I really like at JMA is the way to show young people with easy things how to change something in their lives. Something concrete! In the Netherlands JMA doesn't play a big role. But we have the network of highschools called „EcoNaction“ and lots of pupils (12-18 years old) do know that. The Bet was a big success in 2001 and made us more known. It was a campaign we did in cooperation with the Ministry of Environment. The idea was to reduce the CO2-emission by 8% in the Netherlands. That was approved by the JMA groups. Lots of young people participated in lots of provinces and also set it up. Beside the rising environmental awareness of all the pupils who took part, it had another nice effect: they told their parents about the Bet and the idea behind it, so their parents also thought a lot about the greenhouse effect. Our message was: also a small thing can make a big difference. Young people from 18 to 28 are harder to reach. So we try to start local groups. Unfortunately since 3 years it is not really working.

I started in a high school group. A year before I started to study I became a JMA volunteer. I took part in the Bet. Later on I was a member of the board of JMA for two

years and have done lots of things. Sometimes it was a hard job. People didn't always show up, things were organized by very few people. But it has been a great experience.“

nachgefragt hat Uli Lerche

www.jma.org

Kontakt:

info@jma.org



Jeeke am Info-Point beim Ecotopia

Rising Tide or low tide?

RisingTide is a grassroots network of independent groups and individuals committed to taking action and building a movement against climate change. They believe that climate change is an issue of social injustice as it is a direct result of the global economy. RisingTide is convinced, the Kyoto Protocol will not deliver the cuts needed, the cuts are too low to be effective. They demand a „just transition“ to an ecologically sustainable society. RisingTide wants to inform interested people, it supports protests and organizes trainings. But this previously very active organization has problems, because there are not that many people around the world and especially in Europe who are interested and active in climate change actions. RisingTide UK (www.risingtide.org.uk) is still very popular and organized for example road and airport occupations last november. But there is a need for groups like this on a bigger scale! Interested people can organize

themselves and work in an effective way against wrong ideas of their governments and to avoid wrong turns in politics and society. Other networks - like for example



the worldwide Carfree Network (www.worldcarfree.net) - give a good example and new ideas for interested people.

On an international level there is the Climate Action Network, too. It sounds like a grassroot group, but be aware of the fact that big hierarchical organizations like Greenpeace are part of the network. Please have a look at their homepage, contact them and make up your own mind!

www.climnet.org

Collection of information and advice: Uli Lerche



Lokale Agenda 21 - eine Falle?

Schicksal ökologischer Bewegung am Beispiel der Hauptstadt

Die Strategie der ökologischen Gruppen

Wer versucht, den bisherigen ökologischen Prozess in Berlin zu resümieren, stößt bald auf ein irritierendes Zeichen. Am Ende des vorigen Jahres hatte es so ausgesehen, als stünde die Verabschiedung einer Berliner „Lokalen Agenda“ unmittelbar bevor. Hinter dem schwerfälligen Ausdruck verbirgt sich die Haupthoffnung der Umweltkonferenz von Rio 1992: Bis 1996, hieß es damals im Abschlussdokument, „soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer ‘kommunalen Agenda 21’“, eines ökologischen Aktionsplans im 21. Jahrhundert, „für die Gemeinschaft erzielt haben“.

Die Verfasser wollten ökologischen Fortschritt nicht bloß auf dem Feld der Diplomatie und internationaler Abkommen, sondern an der Quelle der Probleme initiieren, und sie glaubten an die Schwungkraft der kommunalen Demokratie.

Spät genug wurde ihr Ruf in Berlin vernommen, das wir hier als Exempel herausgreifen. Erst Ende 2003 war die „Agenda“ im wesentlichen erstellt. Damals standen nur einige Schlussverhandlungen zwischen Berliner Senat und Berliner Ökologen, die in einem „Agendaforum“ zusammenarbeiteten, noch aus.

Doch ebenfalls Ende 2003 teilte der Senat den Ökologen mit, es würden künftig keine Gelder mehr zur Verfügung gestellt! Das ist das Zeichen, der fast ungläubliche Dreh.

Das Agendaforum versteht sich als organisierendes Zentrum des in Rio geforderten „Konsultationsprozesses“ der Bürger. Seine Struktur und sein Zustandekommen wird uns später beschäftigen. Es schien plötzlich vor dem Aus zu stehen. Der Senat jedenfalls hatte sein Interesse verloren. Wie konnte das sein? Wie kann man einen Plan

ökologischer Aktivitäten in die Welt setzen und im selben Moment die Organisation der Aktivitäten einstellen? Heißt das, man formuliert eine Lokale Agenda, um die Lokale Agenda zu beerdigen? Da die Ökologen sich wehrten, machte der Senat bald einen halben Rückzieher. Es gibt nun doch Geld, allerdings viel weniger als bisher. Im Haushaltsjahr 2003 standen noch 150.000 Euro zur Verfügung. Wenige Jahre vorher waren es 500.000 Euro gewesen. Für 2004 wurden schließlich 100.000 Euro bewilligt. Der Versuch, die Unterstützung ganz zu streichen, bleibt jedoch in Erinnerung; er wird sicher wiederholt werden. Die Ökologen im Agendaforum sind denn auch auf der Suche nach einer senatsunabhängigen Förderung. Ob sie aber die Erfahrung mit dem jahrelangen politischen Partner verarbeitet haben, ist eine andere Frage.

Es gibt offenbar „Missverständnisse“ zwischen Politikern und Ökologen. Dem gehen wir hier nach und fragen auch, ob Ökologen sich womöglich selbst missverstehen. Was ist auf beiden Seiten das Verständnis von ökologischem Fortschritt, und was kommt heraus, wenn beide Seiten zusammenarbeiten? Eine vielleicht noch wichtigere Frage ist, warum der ganze Prozess praktisch unter Ausschluss und bei völligem Desinteresse der Öffentlichkeit stattfindet, die doch gerade „konsultiert“ werden soll. Daran wird auch die Verabschiedung der Agenda wenig ändern, zu der es wohl im September kommen wird.

Ökologie von unten und von oben

Es ist schon fast rätselhaft, dass so viele ökologische Gruppen und Aktivitäten existieren, ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt. Man kann geradezu von einer ökologischen Subkultur sprechen. Etwa 100 Initiativen und Organisationen sind in Berlin tätig, zum Beispiel allein in Marzahn-Hellersdorf vier Arbeitskreise -, „Afrika/Ent-

wicklungspolitik“, „Arbeit und Wirtschaft“, „Energie“, „GesundheitswerkSTADT“ -, acht Arbeitsgruppen -

„Kinder und Computer“, „Jugend-Agenda Marzahn“, „Kinder und Jugendliche Hellersdorf“, „Natur und Umwelt“, „Soziale Agenda“, „Stoffstrommanagement (Abfall)“, „Verkehr“ sowie „Ökologische Stadtentwicklung, Wohnen, Verkehr und Arbeit“ -, eine Gruppe „LA 21 im Internet“ und das „Koordinierungszentrum Lokale Agenda 21“. Das Beeindruckende ist, dass die Gruppen ihre Sache nicht nur missionarisch verbreiten, sondern auch in die Tat umsetzen. Aber ebenso wichtig ist, dass sie auch missionieren, statt nur intern zu arbeiten. Man findet keinen ökologischen Stadtteilladen, dessen Schaufenster nicht dicht an dicht mit Plakaten beklebt wäre. Eigentlich eine ideale Struktur: ein Komplex von Stützpunkten, von denen aus Menschen für ihre Sache kämpfen, zu denen sie sich aber auch zurückziehen können; in Flauten des Kampfes, ja nach Niederlagen müssen sie nicht auseinander laufen, sondern haben die Permanenz ihrer Arbeit.

Einen Eindruck vom unermüdlichen Wirken der Aktivisten kann man sich verschaffen, wenn man einiger Veranstaltungen allein im eben vergangenen Juli gedenkt: am 7. das „Forum Umwelt und Entwicklung“ in Neukölln; am 9. „Akteure des Wandels?“, eine Fachtagung für Männer; am 19. „Towards Carfree Cities IV“, eine Vorstellung praktischer Alternativen zur Autoabhängigkeit; am 26. „Wege zu mehr Lebensqualität im städtischen Wohnumfeld“, ein Workshop unter Beteiligung der Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer Höhe“; am 27. „Gesamtkunstwerk Wagendorf Lohmühle - soziale und ökologische Lebensalternative in Berlin“. Auch den Kongress „Dominanz des Nordens?“ am 2. 7., der die internationalen Aktivitäten von Gewerkschaften, NGOs, Verbänden und transnationalen Protestnetzwerken beleuchtete, haben die Ökologen in ihrem Veranstaltungskalender genannt. Neben solchen Monatsaktivitäten gibt es große

Lokal handeln	TomoNi
Solarenergie. Lebensstil	Veganer
Asyl. El Nino. Kids &	Solartechnik
Flucht	Wir gestalten unsere Umwelt
Wasser	Wasser. Müllvermeidung
Projekt 3/4	Luft. Ozon. Schüler helfen
Müll trennen. Schule als Lebensraum	Lokalerzeugen. Lokal vermarkten
Betrieb einer ökologischen Cafete	Projekt Lindenstrasse. 3/4
Schule im Stadtteil	Tropischer Regenwald
Mobilität	Klima
Verkehr	Treibhauseffekt
Schulhofgestaltung	Märchenprojekt
Energiebrief	Schulhofgestaltung
Umweltbrief	Politische Plakate Müll trennen
Gelber Sack	Jugend forscht. Energiesparen
Vegetarier. Aufbau eines Umweltmanagements. Das Kräuterprojekt. Luft	
Andere Länder. Andere Kulturen. Eine Welt. Lokalerzeugen. Gesundheit	
Fleischkonsum. Produktanalyse. Konsumgewohnheiten. Projekt 3/4	
Umgang mit Energie. Zusammenleben in Zeiten der Globalisierung	
Treibhaus. Spiele zur Agenda 21	Müll
Gesundheit. Solartechnik	21

© Tonia Flögel 11/98

Jahresereignisse wie die dritte „Woche der Zukunftsfähigkeit“ vom 20. bis 26. September oder die fünften „Berliner Energietage“ vom 17. bis 19. Mai. Hier sollte „Experten von der Wohnungswirtschaft bis zum Anlagenbau ein gemeinsames Dach für Erfahrungsaustausch und Fachdiskussion“ geboten werden, und hier wurden wieder die „KlimaSchutzPartner des Jahres“ ausgezeichnet. Einen Preis erhielt zum Beispiel der Solarverein Berlin e.V. für die „Ersten Bürger-Solaranlagen in Berlin“.

Was ist eigentlich die Gesamtstrategie aller Menschen, die hier zusammenwirken? Offenbar sollen immer mehr Bürger in die Dynamik derer, die schon ökologisch aktiv sind, hineingerissen werden - Ökologie von unten. Doch die Hoffnung der Menschen ist, dass ihre Mühen von einer offiziellen Berliner Agenda zusammengefasst, verallgemeinert und gesellschaftlich wirksam gemacht werden. Da müsste auch der Berliner Senat mitspielen. Was stellt sich nun der Senat unter einer „Lokalen Agenda“ vor? Seit es den senatsoffiziellen Agenda-Vorentwurf vom März 2003 gab, konnte man es ahnen. Da sind großartige „Leitbilder“ und „Handlungsziele“ aufgeführt, zum Beispiel „die Stadt der kurzen Wege und die Vermeidung von Zersiedlung des Umlandes“ oder die Senkung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020. Diesen Visionen werden dann „Maßnahmen“ und „Projekte“ zugeordnet. Dem letztgenannten Ziel soll beispielsweise der „Nahwärmeverbund Turnhalle Winsstraße“ zuarbeiten. Wo der Senat auf Maßnahmen zu sprechen

kommt, die er selbst durchführen müsste, heißt es zusammenfassend: „Unter Maßnahmen sind hier eher Pläne aufgeführt.“

Nun erwartet man, der Senat würde, um etwa die Emissionen zu senken, eine Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs wenigstens planen, wenn's denn nur ein Plan sein soll und weiter nichts. Aber nein, er bekennt sich nur blumig „zur Verbesserung der Qualität“ dieses Verkehrs.

Zweifellos will er eine Lokale Agenda beschließen lassen. Aber was da beschlossen werden soll, scheint im Senatsverständnis nur etwas wie eine Summe ökologischer Postulate zu sein. Die Realisierung der Postulate wird nur symbolisch betrieben, etwa durch die Unterstützung eines Nahwärmeverbunds. Wenn es eine Gesamtstrategie des Senats gibt, besteht sie wohl einfach darin, sich selbst als ökologischen Berichterstatter zu installieren. Dazu braucht man Messeinheiten, also „Leitbilder“ und dergleichen. Die „Leitbilder“ leiten nicht die Politik des Senats, ermöglichen ihm aber den jährlichen Bericht. Er wird sagen: Obwohl wir den Nahwärmeverbund unterstützt haben, sind die Emissionen leider noch gestiegen. Der Nahwärmeverbund ist aber zugleich die Brücke, die der Senat zur ökologischen Szene schlägt. Er kann auf gute Miene mindestens bei denen hoffen, die er unterstützt. Er hat also nicht die ganze ökologische Szene gegen sich. So kann er auch die Zusammenarbeit mit dem Agendaforum entbehren, das eigentlich das Forum eben der 100 ökologischen

Gruppen ist. Aus diesem Grund schien es überflüssig, dem Forum noch weiter Geld zu bewilligen. Es sei genug, hieß es, praktische Projekte wie den Nahwärmeverbund zu unterstützen.

Wenn es darüber hinaus ökologischer Organisation und einer Öffentlichkeitsarbeit bedarf, wird sie nicht hinreichend durch jene jährlichen Senatsberichte geleistet?

Komplexität statt Lenkung!

Um staatliche Unterstützung von Projekten bemühen sich die ökologischen Gruppen selber. Das Modell ist in ihren eigenen Reihen ausgearbeitet worden. Es gibt eine „Projektagentur“, die Anträge sammelt und einige herausragende Vorhaben finanziell belohnt. Sie darf Mittel der Klassenlotterie in Anspruch nehmen. Diese Struktur ist auf jeden Fall sinnvoll, da sie Aktivitäten ermöglicht, die sonst nicht stattfinden könnten, und auch als Anreiz für Menschen wirkt, die bisher noch nicht ökologisch tätig waren. Der Wettbewerb um Staatsprämien dient aber auch dazu, die Gruppen zu erziehen, und da muss man fragen: Was sind die Erziehungsziele?

Es gibt einen Lenkungsbeirat, in dem nicht nur Ökologen, sondern auch Senats- und Wirtschaftsvertreter sitzen. Dieser Rat hat Vergabekriterien der Projektförderung festgelegt. Vor allem will man die „Vernetzung von Akteuren“, die „exemplarische Integration der Bereiche Ökonomie, Ökologie, Soziales“ und die „sichtbaren Leistungen und Effekte“ prämiieren. Für das erste Kriterium werden sich die Ökologen, für das letzte die Wirtschaftsvertreter stark gemacht haben. Das mittlere Kriterium verdient besondere Aufmerksamkeit. Ich frage mich, ob es die Verstaatlichung der Bewegung widerspiegelt.

Wenn in Deutschland die Sozialhilfe verschlankt oder der Wirtschaftsstandort aus gestattet wird, verlangt niemand, dass ein ökologischer Bereich integriert sein soll. Aber wenn es um diesen geht, soll er als Gesamtkunstwerk auftreten und die Ökonomie mitrepräsentieren. Dabei wäre es noch hinnehmbar, wenn die „exemplarische Integration“ nur je vom einzelnen Projekt erwartet würde. Tatsächlich stellt man aber das Verhältnis der prämierten Projekte zueinander als Integrationsmodell hin. Der Begriff von Ökologie selber wird dadurch uminterpretiert: Ökologie ist Integra-

tion, heißt die neue Parole. Jedes Projekt ist davon nur ein Aspekt. Die dem entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstreicht, wie komplex doch alles sei. Die Projekte können die Komplexität wenigstens sichtbar machen, wenn auch leider nicht beherrschen. Sind sie so nicht zum Abbild des finanzierenden Staates geworden? Der Staat tut ja auch nichts weiter, als Komplexität sichtbar zu machen. Die Integrationsaufgaben, an denen er scheitert, können ihm gar nicht umfassend genug sein.

Im ersten Förderungszeitraum zwischen 2000 und 2002 wurden 40 von 141 Anträgen prämiert, darunter diese: Der „ökologische Fußabdruck“, der den Umweltverbrauch jedes Berliners sinnfällig macht. Eine imaginäre Reise nach Afrika. Der Versuch, die Presse für das Thema Ökologie zu interessieren. Die abrufbare Information über Produktion und Vermarktung von Produkten aus sogenannten Entwicklungsländern. Vernetzung der ökologischen Aktivitäten in Berliner Schulen. Vernetzung Berliner Akteure mit solchen aus Lateinamerika. Der Versuch, ein Unternehmensnetzwerk ins Leben zu rufen. Die ökologische Zusammenarbeit von Arbeitslosen und Kleinunternehmern. Ein Modell des Energiesparens speziell für Krankenhäuser. Integration von Verkehr und Wohnen. Integration von Ökologie und Architektur. Problematisierung des „Türken-Grills“ im Tiergarten durch Gespräche mit den Betroffenen.

Die Veranschaulichung ist schlagend: Ein ganzes Ensemble ökologischer Faktoren und Bedingungen muss zusammenkommen - Verkehr, Arbeit, Wohnen, Architektur, Internationalismus, ein geeignetes Gesundheitssystem und so weiter -, damit wir den Zustand haben, dass eine Gesellschaft nicht auf Kosten der nächsten Generationen lebt. Aber man fragt sich, was es nützt, den perfekten Zustand zu veranschaulichen, wenn der Weg dahin versperrt ist. Sollen die Projekte selbst schon der Weg sein? Durch ihre Vorbildwirkung? Aber was wäre hier genau das Vorbild? Nicht so sehr, dass es die Gruppen gibt und man noch mehr bilden könnte. Sondern ihre Beziehung zueinander als Spiegel der „Komplexität“. „Werde komplex!“ - indem die Öffentlichkeit das vernimmt, soll sie handlungsfähig werden. Es ist, als wollte man einen Kranken belehren: Der Kreislauf seiner Körperfunktionen sei so tausendfältig vernetzt, dass er, der Kranke, naiv wäre, eine

simple Hilfe, etwa Salben und Tabletten, oder das primitive Ereignis eines einzelnen chirurgischen Eingriffs vom Arzt zu erwarten.

Aber nun wird es Teile einer durchaus handlungswilligen Öffentlichkeit geben, die sich abwenden und die Ökologen ihrem Schicksal überlassen, weil sie wissen, dass es sehr wohl um chirurgische Eingriffe geht. Man kann doch nicht leugnen, dass ökologische Lösungen, wenn sie nicht bloß symbolischer Natur sind, Gegner haben, dass es deshalb Auseinandersetzungen und ganz bestimmte Durchbrüche geben muss. Wie kommt es, dass davon nicht auch die Rede ist? Es scheint kein Zufall zu sein. Um nur ein Beispiel zu nennen: Im November 2003 kündigte der europäische Herstellerverband ACEA an, die Autowirtschaft müsse sich leider von den Klimaschutzzielen der Kyoto-Konferenz verabschieden; die Absatzkrise lasse ihr keine

Einbindung und Neubeginn

Die ökologische Bewegung weist eine unglaubliche Vielfalt, Kreativität und Lebendigkeit auf, die von einem „Agendaforum“ repräsentiert werden, in dem zugleich auch der Berliner Senat vertreten ist. Letzterer wird ... eine Lokale Agenda beschließen lassen, zu deren hehren ökologischen Zielen er selbst nur insofern etwas beitragen will, als er einige Projekte jener Gruppen finanziell unterstützt. Der „Konsultationsprozess“ mit den Bürgern um Ziele, Maßnahmen und Mitarbeit, wie er einst von der Umweltkonferenz in Rio gefordert worden war, ist in seinen Augen mit dem Inkrafttreten der Lokalen Agenda beendet. Die Ökologen waren aber immer davon ausgegangen, dass er dann erst richtig beginnt. (s.: www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/nachhaltigkeitsbericht)



andere Wahl. Dass hier ein ökologisches Hauptproblem angesprochen ist, weiß das Agendaforum genau. Als es noch „Runder Tisch Berlin/Brandenburg“ hieß ... , hat es ausdrücklich die „Überlastung durch den motorisierten Individualverkehr sowie den Wirtschaftsverkehr“ als das „dringlichste lokale Problem“ bezeichnet. Aber weil es voll guten Willens war, wollte es sich auch „um ein bewusstes Abschiednehmen vom Politikprinzip der Konfrontation“ bemühen. Und darin wurde es vom Senat nach Kräften unterstützt. Fast glaubt man, die Ökologen hätten die Barrieren, vor denen sie trotzdem standen, auf „die große Komplexität der Ökologie“ zurückführen müssen, um für erlebte Schwierigkeiten überhaupt noch eine Erklärung zu finden.

Wir müssen uns mit dem Weltbild befassen, das die Zusammenarbeit zwischen Senat und Ökologen trägt. Beide Seiten sind einig, dass solche Projekte finanziell gefördert werden sollen, die die „Komplexität“ der ökologischen Aspekte spiegeln und zu deren Integration beitragen. Aber kann ein solches Weltbild nicht dazu dienen, das Ausbleiben großer ökologischer Durchbrüche zu rechtfertigen. ... Wir können es erst verstehen, wenn wir gesehen haben, wie sich die Komplexität der Sache, um die es den Ökologen geht, mit einer Komplexität der Gremien vermischt, in denen diese Sache nicht nur begünstigt und betrieben, sondern auch „kleingearbeitet“ worden ist. Zustandekommen und Struktur des Agendaforums sind ein Lehrstück:

Das Auffangbecken

www.stadtentwicklung.berlin.de/agenda21
Wie ist es zum Agendaforum gekommen? Die dort arbeitenden Ökologen verantworten jetzt eine Lokale Agenda mit, deren Unverbindlichkeit ihnen selbst nicht gefallen kann. Dahin hat ein jahrelanger Prozess geführt. Wenn es korrekt wäre, ihn nur von seinem Resultat her einzuschätzen, könnten wir so sprechen: Der Berliner Senat war darauf aus, einen Mechanismus regelmäßiger Berichterstattung über den Lauf der Nichtlösung des ökologischen Problems zu kreieren, ferner mit geringen Geldmitteln ökologische Wirtschafts-Kleinstprojekte anzukurbeln. Herauszufinden, wie man professionell berichtet und subventioniert, ist Arbeit. Zu ihr wurden die Berliner ökologischen Gruppen eingespannt. Da diese ein ganz anderes Ziel hatten – und immer noch haben –, nämlich den ökologischen Umbau der Stadt und des Landes, bedurfte es, um sie arbeitstauglich zu machen, eines längeren Umerziehungsprozesses. Dessen Ergebnis war das Agendaforum. In dem entstanden tatsächlich die Berichtsparameter, die jetzt in ein paar Wochen unter dem Namen einer Berliner Lokalen Agenda beschlossen und verkündet werden sollen.

Nein, natürlich kann man so nicht sprechen. Solche Zusammenhänge in ihrer eiskalten Funktionalität werden den Akteuren, auch denen auf der Senatsseite, nur selten bewusst. Sehen wir uns also den jahrelangen Prozess an, um herauszufinden, welche wirklichen Triebkräfte in ihm zum jetzt vorliegenden (Zwischen-) Ergebnis geführt haben.

In den ersten sechs Jahren nach der Umweltkonferenz von Rio (1992) wurde der Senat sich seiner ihm zugeschriebenen Rolle, eine ökologische „Konsultation“ der Bürger zu organisieren, gar nicht bewusst. Lokale Agenda war ihm ein Fremdwort. Die ökologische Bewegung konnte sich in dieser Zeit ganz staatsfrei ausbreiten. Und sie tat es. Schon 1993 arbeiteten ökologische Gruppen in zwei Ostberliner Bezirken. 1995 gab es die erste Berliner Konferenz zur Umsetzung der Beschlüsse von Rio. Im Februar 1998 war es endlich so weit, dass vom Abgeordnetenhaus die Enquête-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ eingesetzt wurde. Peter Meyer, ein engagierter Ökologe, hatte den Vorsitz inne.



Neben ihm war Klaus Wowerit der zweite sozialdemokratische Vertreter. Der Bericht der Kommission wurde 1999 übergeben und hatte den Beschluss des Abgeordnetenhauses zur Folge, in Berlin solle eine Lokale Agenda aufgestellt werden. Außerdem wurden pro Berliner Bezirk zwei ökologische ABM-Stellen eingerichtet, dazu noch zwei weitere zur stadtweiten Koordination. Damit überlagerten sich zum ersten Mal die staatlichen Bemühungen und das ökologische Netzwerk von unten. Durchaus noch in produktiver Weise. Der „Konsultationsprozess mit den Bürgern“ schien Gestalt anzunehmen. Doch die ABM-Stellen liefen nach zwei Jahren aus und wurden nicht erneuert. Die Repräsentanten der Berliner ökologischen Subkultur erlebten ihre erste Frustration.

Sie waren froh, dass es ein Auffangbecken gab. Seit dem Juli 2000 wirkte das „Agendaforum“ von Berlin und Brandenburg. Dieses war 1996 zunächst außerstaatlich als „Runder Tisch Berlin/Brandenburg“ gegründet worden, wenngleich staatliche Vertreter von Anfang an mitarbeiteten. Das geschah nicht nur, weil eine solche Zusammenarbeit in Rio vorgeschlagen worden war, sondern auch aus der ostdeutschen Erfahrung heraus. Träger war nämlich eine „Stiftung Mitarbeit“, die es sich zum Ziel setzte, „neue Formen der Bürgerbeteiligung in Ostdeutschland“ zu fördern. Das Berliner Haus der Demokratie wirkte mit und ebenso die Grüne Liga. Die Akteure nahmen sich den Runden Tisch des letzten DDR-Jahres zum Vorbild: Sie riefen alle Hauptbeteiligten am ökologischen Problem zusammen, ökologisch Aktive, Senatsvertreter und vor allem auch Menschen aus der freien Wirtschaft. Freilich, was im letzten DDR-Jahr gelang: einen gewichtigen Partner, den von der SED/PDS gestellten Ministerpräsidenten Modrow, auf folgenreich-ende reale Veränderungen festzulegen, konnte hier nicht gelingen, weil der Berliner Senat und die Wirtschaft nicht wie Modrow politisch angeschlagen waren. Jedenfalls waren sie es bestimmt nicht in ökologischer Hinsicht. Sie standen unter keinem Druck, den Ökologen entgegenzukommen.

Mehr Geld vom Senat

Ende 1999, als im Abgeordnetenhaus die Option für eine Lokale Agenda beschlossen wurde, sah der Runde Tisch die Staatsseite noch als ihr erfolgreich eingebundenes Gegenüber an. In einer Broschüre dieses Jahres war von einer Zeit die Rede, in der es „um konkrete Anhörungsrechte und Umsetzungsstrategien in Parlamenten, Verwaltungen, öffentlichen Institutionen etc.“ gehen würde. Man selbst, eine Nichtregierungsorganisation, erlebte sich als das Subjekt dieser Strategie. „Die Erfahrung auch in anderen Städten zeigt, dass die Agenda 21 ein Prozess ist, der nicht von der Verwaltung (als nur einem der beteiligten Interessensbereiche) gesteuert werden kann. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die Regierungen nunmehr beginnen, einen Prozess ‘von Oben’ zu strukturieren, der zumindest in Berlin bereits vor mehreren Jahren in den ersten Stadtbezirken begonnen hat.“ Wenn es dann heißt, der Agenda-Prozess brauche „ein anerkanntes unabhängiges Forum“, ist noch weiter nichts als ein Dach für die „Berliner stadtbezirklichen Agenda-Initiativen“ und die entsprechenden Brandenburger Einrichtungen gemeint.

Nun wird aber der Gedanke, dass das Forum „anerkannt“ sein müsse, mit den Worten variiert, es solle „öffentlich legitimiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sein“. An dieser Zweideutigkeit kann der Senat den Hebel ansetzen. Er soll also nicht steuern, sondern nur finanzieren. Er finanziert auch bereits ein wenig, aber nicht genug. Bevor er nun mehr Geld gibt, stellt er Bedingungen. Die Senats- und auch die Wirtschaftsvertreter beim Runden Tisch klagen zunehmend über die mangelnde „Professionalität“ der Zusammenarbeit. Das verfehlt seine Wirkung nicht. Die Ökologen geben sich Mühe. Fleißig und kostenlos entwickeln sie die „Ziele, Indikatoren und Maßnahmenvorschläge, die in die Agenda 21 einfließen sollen“. Als der Runde Tisch dann endlich sein „anerkanntes Forum“ bekommt, das heißt sich im Juli 2000 in ein solches umwandeln darf, wird es auch mit Ressourcen ausgestattet: Der Senat finanziert ein kleines Büro und die Druckmaterialien. Aber ist das Forum auch unabhängig? Im Oktober 2000 wird ein Agenda-Büro bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eingerichtet.

tet. Es übernimmt die Aufgabe der Koordination und „liefert wesentlichen inhaltlichen Input“.

Die Arbeit der folgenden drei Jahre leistet man unter zwei gegenläufigen Perspektiven. Die Ökologen glauben bis zuletzt, sie bereiteten die Mobilisierung der Berliner Öffentlichkeit vor. Dass die Senatsvertreter keine große Lust zur Finanzierung öffentlicher Veranstaltungen zeigen, wird immer wieder kritisch vermerkt. Aber man glaubt ja, die große Zeit der Veranstaltungen komme ohnehin erst, wenn der Agendaplan vorliegt mit all seinen „Zielen, Indikatoren und Maßnahmenvorschlägen“, um deren öffentliche Vermittlung es dann gehen wird. Und war das Agendaforum nicht schon selbst wie ein Abbild der Öffentlichkeit strukturiert? Es gab dort „Bänke“, auf denen Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaft, Senat, Kirche, Bildung und Wissenschaft, Gender und so weiter Platz nahmen - im Grunde immer dieselben Aktivisten, die sich seit Jahren kannten - und sich über die Probleme austauschten, während zugleich Fachgruppen tagten. Das böse Erwachen, das die Senatsseite den Ökologen Ende 2003 bereitete, ist schon geschildert worden: Die Finanzierung der Arbeit des Agendaforums, das seine Schuldigkeit getan hatte, sollte plötzlich eingestellt werden. Denn Klaus Wowereit, inzwischen Berlins Regierender Bürgermeister, war zufrieden: Vor einem mexikanischen Umweltforum hatte man ihn schon im Oktober schwärmen hören „über das viele Grün in der Stadt, über herrliche Ausflugsmöglichkeiten in der Umgebung und natürlich auch darüber, dass sich in den vergangenen 15 Jahren die Luftverschmutzung in Berlin erheblich verringert hat“. Dass Letzteres eine Folge des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft ist, erwähnte er nicht.

Ökologisch bleiben - oder wieder werden

Wenn es im Agendaforum „Bänke“ für Wirtschaft, Senat, Kirche und so weiter gab, so war das nicht, wie die Ökologen wohl glaubten, der Vorgriff auf die ökologische Mobilisierung einer so strukturierten Öffentlichkeit. Es war vielmehr das Abbild, aber auch ein heimliches Vorbild der neueren „komplexen“ Weltanschauung der Ökologen. Die „Bänke“ zeigten ja wirklich eine sehr komplexe Gemengelage der Akteure.

Was wäre denn geschehen, wenn bevollmächtigte Vertreter der gesellschaftlichen Subsysteme Wirtschaft, Politik und so weiter auf die „Bänke“ entsandt worden wären? (In Wahrheit saßen dort Einzelgänger, die sich in ihre Unternehmen zurückschicken ließen und hofften, mit dem Runden Tisch im Rücken ein paar ökologische Kleinigkeiten bei den jeweiligen Vorständen herauszuschinden.) Sie hätten sich gegenseitig blockiert; es wäre geschehen, was im Korporatismus immer geschieht, dass näm-



lich die Wirtschaft den Vortritt hat. Ökologen haben aber eine höhere Pflicht als die, nur solche Probleme zu lösen, die auch noch unter der Bedingung der Wirtschaftsdickfelligkeit gelöst werden können. Natürlich will ich nicht behaupten, ökologische Komplexitätsanalyse sei nur die Projektion einer wechselseitigen Blockade von Akteuren auf deren Denken. Nein, es ist richtig und notwendig, die Komplexität einer Sache aufzudecken - gerade damit man in sie eingreifen kann. Ein chirurgischer Eingriff ohne Kenntnis der Körperkomplexität würde zum Tod des Kranken führen. Aber wenn nur diese Kenntnis da ist und der Eingriff unterbleibt, läuft es auf dasselbe hinaus. Daraus wäre die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Ökologen immer auch den großen Eingriff fordern müssen, zum Beispiel die radikale Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs. Denn nur mit radikal angelegten Kampagnen können sie die Öffentlichkeit mobilisieren - hundert ökologische Gruppen bieten dafür die besten Voraussetzungen -, und nur eine mobilisierte Öffentlichkeit hätte die Macht, den ökologischen Umbau zu erzwingen. Die Öffentlichkeit wird sich auch deshalb mobilisieren lassen, weil die Projektarbeit jener Gruppen so beeindruckend ist. Die fordern nicht ins Blaue hinein, sondern tun etwas, wird man sagen. Wenn Projektarbeit aber das Einzige ist, nimmt man es gar nicht wahr oder bestenfalls als Spielwiese.

Radikale Kampagnenführung heißt nicht, dass die Zusammenarbeit mit dem Senat abgebrochen werden sollte. Im Gegenteil, denn sie wird als bewiesene „Politikfähigkeit“ die Öffentlichkeit immer beeindrucken. Außerdem gibt es natürlich auch in der Senatsverwaltung ökologisch denkende Menschen, die man unterstützen muss, und überhaupt ist das Ziel, die Regierenden mit viel Geduld langfristig zu verändern, ganz richtig gesetzt. Nur darf man sich von ihnen nicht abhängig machen, weder was die Finanzierung noch was die Definition der Agenda angeht, und muss den Mut haben, sie bei aller Zusammenarbeit auch öffentlich anzugreifen. Ökologen sollten die zahme und unverbindliche Lokale Agenda, die jetzt beschlossen wird, schnell mit einer ganz anderen Agenda flankieren, die ohne diplomatische Rücksicht bekannt macht, welche einschneidenden Schritte zu tun wären, wenn man das ökologische Problem ernst nähme. Ich habe in diesem Text immer von „Ökologen“ gesprochen, wohl wissend, dass die Betroffenen so gar nicht mehr genannt werden wollen. Sie halten den Namen für überholt, weil er sich nur einseitig zum ganzen Problemumfang verhalte. Dieses Ganze werde am besten mit dem Ausdruck „Nachhaltigkeit“ bezeichnet.

„Nachhaltigkeit“ aber - sei eine komplexe Angelegenheit! In ihr könne Ökologie nicht unabhängig von Wirtschaft und Politik betrachtet werden.

Das stimmt natürlich, es ist aber eine Enttarnung des Problems. Die Ökologen nehmen so in Kauf, dass ihre Sache nur noch am Rande mitläuft. Man braucht sich doch nur jene Glanzbroschüre der Bundesregierung vom Juni 2002 anzusehen, in der als „Indikatoren von Nachhaltigkeit“ unter anderem das Bruttoinlandsprodukt, das Finanzierungssaldo des Staatssektors und die Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle aufgeführt sind. Nein, die „Einseitigkeit“ des ökologischen Aspekts ist vollkommen gerechtfertigt, weil er es gerade ist, der missachtet wird. Ist es nicht politische Logik, das laut zu sagen, was andere missachten? Ökologen, überlasst die Maske der „Ausgewogenheit“ den Blockadekräften! Habt euer Coming Out - sagt wieder, wer ihr seid.

Michael Jäger, leicht gekürzte Fassung:

1. Teil: Freitag 33, 06.08.04:

www.freitag.de/2004/33/04330601.php

2. Teil: Freitag 34, 13.08.2004:

www.freitag.de/2004/34/04340601.php

Rot-Grün lässt Umwelt links liegen!

Umweltverbände haben zu ernsthaften gesellschaftlichen Alternativen keinen Mut!

Die gemeinsame Presseerklärung von BUND, Greenpeace, NABU, WWF und DNR vom 16.09.04 zur Halbzeitbilanz fällt sehr schlecht aus und bleibt wie immer seit 1998 trotzdem halbwarm.

Fortschritte bei Erneuerbaren Energien und der Ausrichtung von Agrarsubventionen, Rückschläge beim Klimaschutz und völlige Fehlanzeige einer ökologischen Verkehrspolitik – so bilanzieren die Umweltverbände BUND, Greenpeace, NABU, WWF und DNR die Arbeit der Bundesregierung zur Halbzeit ihrer 2. Amtsperiode.

Ökologische Inkompetenz bei CDU/CSU und FDP und die zeitweilige Konjunktur von Umweltthemen beim Jahrhunderthochwasser 2002 hätten vor zwei Jahren entscheidend zum erneuten Wahlsieg von Rot-Grün beigetragen. Daraus resultierende Chancen seien jedoch weitgehend ungenutzt geblieben.

Die Umweltverbände kritisieren vor allem, dass in Konflikten zwischen verschiedenen Ressorts und zwischen Bundesregierung bzw. Bundestag und Bundesrat der Umweltschutz zumeist das Nachsehen hat. Beispiele dafür sind der weitgehend gescheiterte Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, der Streit um den Emissionshandel und die Auseinandersetzungen um Formen der artgerechten Nutztierhaltung.

Der BUND-Vorsitzende meinte, dass es der Bundesregierung nicht gelungen sei, soziale und steuerpolitische Reformen mit ökologischen Fragen zu verknüpfen.

Wirtschaftsminister Clement vernachlässige ökologische Aspekte in der Chemie- und Energiepolitik. Gleiches gilt für Verkehrsminister Stolpe bei den Investitionen in Straße oder Schiene.

Für Greenpeace ist die Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland vorbildlich: „Weltweit gibt es kein Gesetz, das Erneuerbare Energien so stark fördert und Zehntausende Arbeitsplätze schafft“, erklärt Kampagnen-Geschäftsführer Roland Hipp. Für verfehlt hält die Umweltorganisation die Kohle- und Atompolitik sowie die Regulie-

rung des Strommarktes. „Rot-Grün hat einfach zugesehen, wie die Energiekonzerne ihre Monopole bei den Stromnetzen missbrauchen. Überhöhte Netzgebühren treiben den Strompreis hoch, die Verbraucher werden abgezockt.“ Greenpeace sieht auch die Suche nach einem geeigneten Endlager für Atommüll gescheitert, obwohl sie Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist. Die Regierung folge fast immer dem Willen der Atomkonzerne und schaffe mit jedem Atomtransport nach Gorleben weitere Fakten für ein unsicheres Endlager.

Im neuen Gentechnikgesetz begrüßt Greenpeace zwar die Transparenz und die Haftungsregeln zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft. Ein schweres Versäumnis sei jedoch, dass niemand zur Verantwortung gezogen werde, wenn genmanipulierte Pflanzen die Umwelt schädigten. Auch bei den Kennzeichnungsregeln gebe es eine Lücke: Genveränderte Lebensmittel müssen zwar gekennzeichnet werden, nicht jedoch Milch, Eier und Fleisch von Tieren, die mit Genpflanzen gefüttert wurden. Zudem mache die Regierung mit der geplanten Umsetzung der umstrittenen EU-Richtlinie zur Patentierung von Lebewesen einen schweren Fehler: „Patente auf Embryonen, Gene, Tiere und Pflanzen darf es nicht geben“, fordert Hipp.

Der NABU-Präsident kritisiert an der Verkehrspolitik der Bundesregierung herum: „Der Bundesverkehrswegeplan ist eine Wunschliste zahlreicher Neubauprojekte, die ... am tatsächlichen Bedarf vorbei geplant werden. Es fehlt ein nachhaltiges, alle Verkehrsbereiche umfassendes Gesamtkonzept, das ökologische Ressourcen gleichermaßen berücksichtigt.“

Besonders enttäuscht ist der NABU-Präsident über schwerwiegende Versäumnisse bei der Sicherung des Nationalen Naturerbes:

„Vom Beschluss, 100 000 Hektar Naturfläche der früheren DDR an Verbände, Stiftungen und die Länder zu übertragen, sind lediglich 32 000 Hektar übrig. Das ursprüngliche Naturschutzvorhaben kann nur noch realisiert werden, wenn potenziell wertvolle Gebiete wie Truppenübungsplätze oder

Bergbaufolgelandschaften einbezogen werden.“ Ein entschlosseneres Vorgehen fordern die Umweltverbände auch in der Flusspolitik. „Das nach der Flut im Sommer 2002 auf den Weg gebrachte Hochwasserschutzgesetz muss nun endlich ohne weitere Verwässerungen verabschiedet werden“.

Die klimapolitische Bilanz von Rot-Grün fällt nach Einschätzung des WWF eher durchwachsen aus. Der nationale Allokationsplan entspreche weder in seinen Zielen bei der Emissionsminderung, noch in seiner Struktur den Ansprüchen der Zukunftsfähigkeit. „Während man mit den Ausgestaltungsregeln des Emissionshandels die großen Verschmutzer laufen lässt, wird den kleinen Leuten beim Klimaschutz die Zeche aufgebrummt“. Hier müsse beim zweiten nationalen Allokationsplan dringend nachgebessert werden.

Der DNR-Präsident bewertet die Umweltpolitik der Bundesregierung so: „Trotz einiger guter Ansätze bei der Förderung Erneuerbarer Energien und in der Agrarwende ist es der Bundesregierung nicht gelungen, den Gedanken der Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in alle Politikbereiche zu integrieren. Der rote Faden der Nachhaltigkeit, von dem der Bundeskanzler gern spricht, wird überhaupt nicht erkennbar.“

Nicht nachhaltig sei vor allem die Stromerzeugung und -nutzung hauptsächlich auf der Basis fossiler Energien. Das bis 2020 anvisierte 40-prozentige CO₂-Minderungsziel sei so nicht erreichbar. Notwendig seien drastische Energieeinsparungen, die Steigerung der Energieeffizienz z.B. durch Kraft-Wärme-Koppelung, ein energetisches Altbausanierungsprogramm sowie der entschlossene weitere Ausbau Erneuerbarer Energien.

Pressekontakt:

BUND/Rüdiger Rosenthal 0171-8311051
Greenpeace/Stefan Krug 0171-8780836
NABU/Thorsten Wiegers: 030-28498423
WWF/Jörn Ehlers: 030-30874212
DNR/Helmut Röscheisen: 0228-359005

Helle sein ist nicht immer schlau - Start der Initiative2000plus in Berlin

Mehr Recyclingpapier an Berliner Schulen

Endlich ist es so weit: Nun können sich auch Berliner Schüler aktiv am Schutz der Wälder dieser Erde beteiligen. Schulklassen, die sich verpflichten, Schulhefte aus Recyclingpapier zu verwenden und entsprechend handeln, werden mit einer Urkunde der Schirmherrin der Initiative, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, ausgezeichnet.

Mit dieser Initiative soll der Markt für Recycling-Produkte verbessert werden. Derzeit sind nur 5-10% der bundesweit 200 Millionen verkauften Schulhefte aus umweltfreundlichem Recyclingpapier. Jeder fünfte Baum, der weltweit gefällt wird, endet als Papierprodukt. Besonders die tropischen Wälder Brasiliens und Indonesiens, aber auch die Wälder Kanadas, Finnlands und Russlands sind von diesem Raubbau betroffen. Deutschland ist neben den USA,

der Wälder Einhalt gebieten, ist der Umstieg auf Recyclingpapier ein wichtiger Schritt.

Die Initiative2000plus hat alle Berliner Grundschulen und grundständigen Gymnasien über die Kampagne in Berlin informiert. Experten der Initiative kommen nun auf Einladung in die Schulen, um den Schülerinnen und Schüler der 4. bis 6. Klasse über die ökologischen Vorteile von Schulheften aus Recyclingpapier zu erläutern und den Schülern und Lehrern Bezugsadressen für Schulmaterialien aus Recyclingpapier zu benennen. Zudem sollen mindestens zehn Händler in Berlin überzeugt werden, Schulmaterial aus Recyclingpapier in ihr Sortiment aufzunehmen.

Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Naturschutz Berlin, Dr. Johann-Wolfgang Landsberg-Becher, erklärte zum Start der Initiative2000plus in Berlin: „Am Beispiel Papier wird sehr deutlich, dass es für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft nicht ausreicht, die einzelnen Abfallarten nur

getrennt zu sammeln. Ebenso wichtig ist, für die Recyclingprodukte auch einen Markt zu schaffen. Das unterstützen wir gerne mit der Initiative2000plus - und zwar genau dort, wo es auch Zukunft hat: in der Schule.“

Weitere Informationen:
www.initiative2000plus-berlin.de
mail@stiftung-naturschutz.de

„EVIANNAÏVE“ mit dem Sonderzug 18800 von Berlin nach Genf

Eine handvoll junger Menschen organisiert in Berlin einen Sonderzug, um sich an den internationalen Protesten gegen das G8-Gipfeltreffen in Evian zu beteiligen.

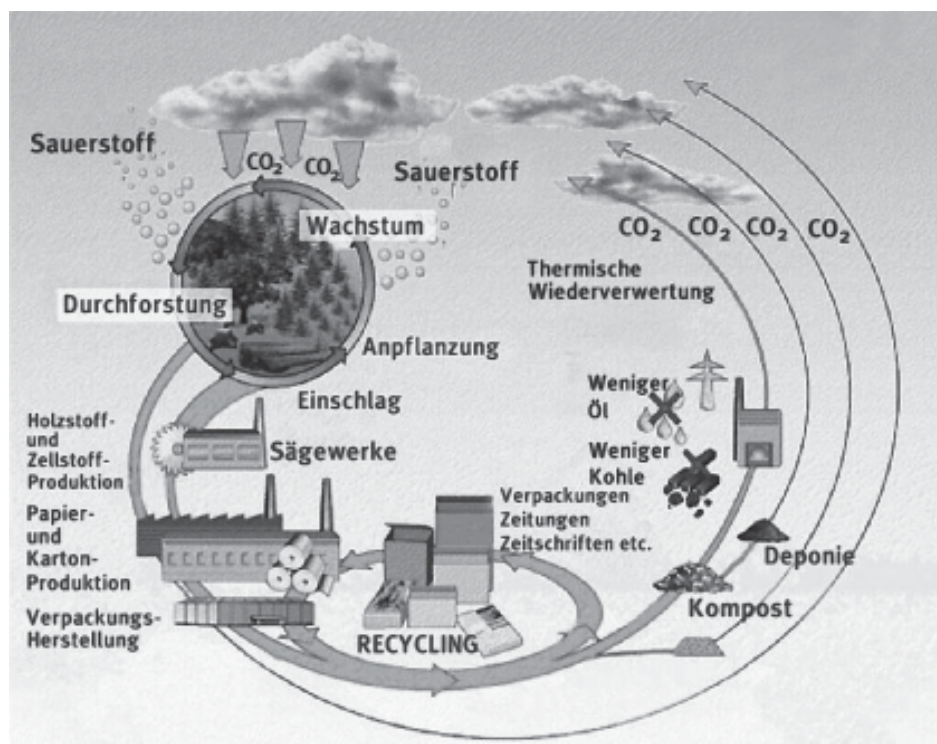
Lukas Engelmann, 21 Jahre alt, ist der von attac eingesetzte Koordinator für dieses bisher in Deutschland einmalige Ereignis. Es ist der erste politisch motivierte Sonderzug aus Deutschland heraus. Mehr als Tausend Menschen schließen sich dieser Initiative an und steigen in den fünfzehn Bahnhöfen quer durch die Republik ein in diese rollende Demonstration. Außer attac sind auch andere politisch aktive Gruppierungen und Gewerkschaften beteiligt, um die Herren Bush, Chirac, Schröder, Putin, Berlusconi, Koizumi, Blair und Chrétien zu stören.

Basisdemokratisch organisiert wehren sie sich gegen diese „nicht gewählte Weltregierung“. Sozialer und ziviler Ungehorsam, um die Welt radikal zu verändern. „Eine andere Welt ist möglich!“, Evian-naïve porträtiert sie während der Reise, der Strassenblockade und der Tage im „Village Intergalaktique“, in denen autonome Lebensformen ausprobiert werden.

„EVIANNAÏVE“ (2004, 80 Min.) - ein Film von Verena Vargas Deutsche Originalfassung.
- Version mit französischer UT vorhanden.

DVD / PLAKAT / FOTOS auf Anfrage
www.attac.de/evian

Vargas Notaro
030 / 612 88 222 + 0170 / 65 68 433
fax: 01212511085290



China und Japan einer der weltweit größten Papierverbraucher. Wollen wir der Vernich-

Zehnmal Strafvereitelung im Amt

Seit Jahren erhebt der für politische Straftaten zuständige Gießener Staatsanwalt Vaupel Anzeige um Anzeige gegen den politischen Eliten missliebige Personen. Kreativ beteiligt er sich an der Erfindung von Straftaten, deckt die Fälschung von Beweismitteln und erfindet Straftatbestände, die kein Gesetzbuch kennt. Nun ist er selbst angezeigt worden - und zwar gleich in zehn Fällen. Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung werfen ihm seine Kritiker aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen vor.

Die Vorwürfe lassen sich grob zusammenfassen. So hat StA Vaupel behauptet, es sei bei keinem der von ihm nicht verfolgten Fälle „auch nur ansatzweise“ erkennbar, dass die Angezeigten „wider besseren Wissens“ gehandelt hätten. Einer der angezeigten Fälle ist die erfundene Bombendrohung vom Gießener Bürgermeister Haumann. Der musste nach zweimonatigem Lügen seine Erfindung eingestehen und auch zugeben, die Bombendrohung wider besseren Wissens benannt zu haben. Das ist öffentlich, stand in der Presse und ist sicherlich auch dem in der gleichen Stadt agierenden Vaupel bekannt.

Die Verantwortlichen wissen, was sie tun. Staatsanwalt Vaupel aber schützt die Eliten und betreibt dafür Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt.

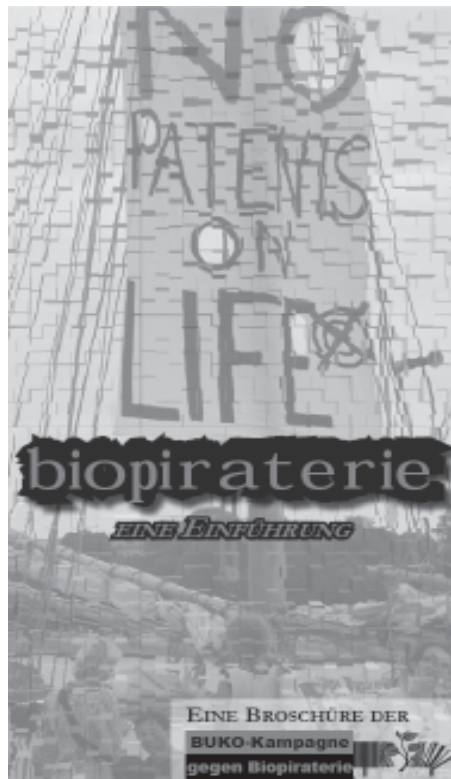
Zumindest in einigen Fällen ist die Lage bereits geklärt und eindeutig. In den anderen hätte Vaupel per Ermittlung schnell herausfinden können, was Sachlage ist. Aber gerade diese Ermittlungen lehnt er ab - es wird nicht auf eine Klageerhebung verzichtet, sondern bereits die Ermittlung abgelehnt.

Hinsichtlich der angezeigten Beleidigungen ist interessant, wie Vaupel öffentliches Interesse definiert. Wenn in der Zeitung gegen ProjektwerkstättlerInnen gehetzt wird, berühre das nur den Lebenskreis der Beteiligten. Wenn aber ein Politaktivist ein Wahlplakat mit einer Gießkanne benässt, erhebt er eifrig Anklage wegen Beleidigung. Schlägt dann die auf dem Wahlplakat abgebildete Politikerin dem Aktivisten mit der Faust ins Gesicht, ist das nach Meinung von Vaupel wiederum nicht von öffentlichem Interesse.

Siehe: www.polizeidoku-giessen.de/vu

Biopiraterie-News

Abschluss-Aktion, „Widerstand keimt auf“



Am 20.10. protestierten 10 AktivistInnen der Kampagne während einer Internationalen Konferenz zu Agrarfragen gegen die Nachbaugebühren in Deutschland. Die Begrüßungsrede von Renate Künast wurde mit einem eigenen Redebeitrag unterbrochen. Transparente wurden entrollt und anschließend 900 Widerstandsunterschriften an Frau Künast übergeben. Mehr Infos und Bilder auf unserer Webseite.

Kaperbrief 5 erschienen!

Am Freitag, 26.11. erschien der Kaperbrief 5 als Beilage zur taz, diesmal mit dem Schwerpunkt *Geistiges Eigentum*. Wir versuchen eine Brücke zu schlagen zwischen Softwarepatenten, Urheberrechten und Patenten auf Gene und Biopiraterie. Dazu gibt es Gastbeiträge von ver.di und der Attac AG Wissensallmende. Wie immer kann der Kaperbrief auch in größerer Stückzahl in Hamburg bestellt werden.

Biopatent-Richtlinie umgesetzt

Am 11.11. verkündete die rot-grüne Koalition, dass es nun eine Einigung über die Umsetzung der Biopatent-Richtlinie gäbe: Das nationale Recht könne nun in Kürze in Kraft treten. Am 24. November gings in den

Rechtsausschuss. Einig wurden sich die Regierenden nur über eine Einschränkung der Reichweite von Patenten: Es soll nun vor allem verhindert werden, dass ein Unternehmen „auf Vorrat“ patentieren lässt. Damit kann ein Unternehmen, das im Patent eine Eigenschaft eines Gens beschrieben, andere blockieren bzw. Lizenzgebühren verlangen kann, selbst wenn es um Arbeiten mit anderen Funktionen des Gens geht. Die Biopiraten in den großen Konzernen frohlocken, zumal sich auch beim Herkunftsnachweis nicht viel ändert. Die genaue Angabe, woher Gene, Pflanzen oder Tiere stammen wird gewünscht, ihr Fehlen ist aber kein Hinderungsgrund für die Erteilung eines Patentes. Neuverhandlung in Brüssel sollen anzustoßen werden, dass den Genausbeutern dadurch ernsthafte Riegel vorgeschoben werden, ist nach der neuen bundesdt. Biopatent-Richtlinie nun mehr als unwahrscheinlich.

Mehr Infos auf unserer Webseite www.biopiraterie.de

Karl-Werner-Kieffer-Preis

Stiftung Ökologie & Landbau prämiiert Initiative im Bereich Gesundheit und ökologische Lebensmittel

Zum fünften Mal verleiht die Stiftung Ökologie & Landbau den Karl-Werner-Kieffer-Preis. Preisträgerin ist in diesem Jahr die Initiative Landwirtschaft, Gesundheit, Neue Arbeit und Kultur Marbachshöhe in Kassel.

Sie wird ausgezeichnet für ihren beispielhaften Einsatz ökologischer Lebensmittel in der prophylaktischen Gesundheitspflege und zur Unterstützung von Heilungsprozessen. Die Preisverleihung fand am 26.11.2004 in Bad Dürkheim statt.

Seit 1997 engagiert sich die Initiative in verschiedenen Projekten mit ganzheitlichem Ansatz. Es sollen Lösungen für Probleme gefunden werden, die durch die modernen Lebensumstände stark zugenommen haben, wie z. B. Umwelt- und Gesundheitsschäden, Arbeitslosigkeit und Vereinsamung der Menschen.

Die einzelnen Projekte sind miteinander vernetzt, Schnittpunkte ergeben sich in den Bereichen ökologische Ernährung, Gesundheit, Medizin und Landwirtschaft.

Durch das breit gefächerte Angebot werden Menschen aus unterschiedlichen Bereichen angesprochen und informiert. Die Stiftung Ökologie & Landbau vergibt den mit 10.000 Euro dotierten Preis seit 1996 mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung alle zwei Jahre zum Gedächtnis an ihren Stiftungsgründer.

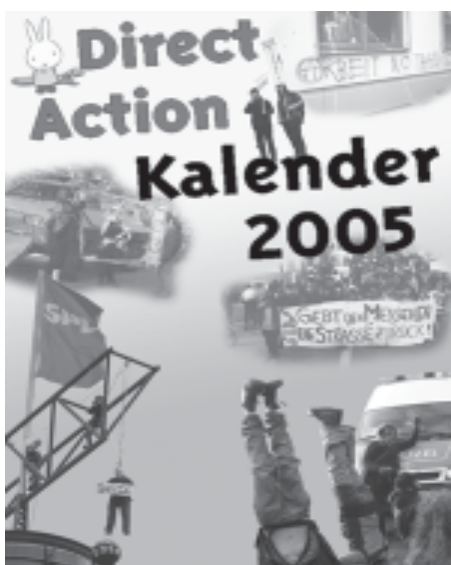
Stiftung Ökologie & Landbau
www.soel.de

DFG-VK-Kampagne „Rüstungshaushalt senken!“

Mit Postkarten und einer Selbstverpflichtungserklärung sowie Aktionen im Oktober vor dem Bundestag haben AktivistInnen der Dt. Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen für eine Streichung des Rüstungshaushaltes (Verteidigungshaushalt) eingesetzt.

Die Kampagneninfos, -hintergründe und Materialien gibts unter:
 DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert
 Tel.: 0 20 51 / 42 18 Internet: www.dfg-vk.de
 E-Mail: office@dfg-vk.de

Faltblätter gibt es außerdem u.a. zu:
Schritte zur Abrüstung
Konflikte zivil bearbeiten
Rüstungsexport stoppen
Armee abschaffen!
Investieren in den Frieden
Abrüstung statt Sozialabbau



DA-Kalender, zu bestellen unter:
www.projektwerkstatt.de/materialien

Umweltbundesamt will Flächenversiegelung begrenzen

In Deutschland wurde in den Jahren 1997 bis 2000 täglich eine Fläche von 129 ha versiegelt. Das entspricht etwa 180 Fußballfeldern.

Um diesen Flächenverbrauch zu begrenzen, hat das Umweltbundesamt jetzt ein Strategiepapier herausgegeben. Darin wird zunächst das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen analysiert, anschließend werden Ziele auf dem Weg zu seiner Reduzierung benannt und konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik gegeben. Bezüglich der Ursachen der Flächenversiegelung spricht das Papier von „einer Kette sich ständig potenzierender Wechselwirkungen“. Die Ausdehnung der Siedlungsbereiche erzeugt Verkehr, was wiederum einen Bedarf nach Versiegelung weiterer Böden für Verkehrsinfrastruktur nach sich zieht. Die wachsenden Verkehrsmengen belasten die bereits bestehenden Siedlungen und beschleunigen dadurch die Abwanderungstendenzen einkommensstärkerer Haushalte in noch weiter entfernte neue Siedlungen ...

Als Ziele formuliert das Umweltbundesamt eine Eindämmung des Flächenverbrauchs auf 80 ha pro Tag im Jahr 2010 und 30 ha pro Tag im Jahr 2020. Außerdem wird eine Reduzierung des motorisierten Straßenverkehrs auf das Niveau von 1990 und ein Tempolimit von 80 km/h auf Bundesstraßen und 120 km/h auf Autobahnen gefordert. Als Handlungsempfehlung nennt das Papier eine Beschränkung der Wohnungsbauförderung auf die wenigen Regionen mit hohem Zuwanderungsdruck und eine Beschränkung der Eigenheimförderung auf Maßnahmen zum Ausbau und zur Modernisierung bestehenden Wohnraums. Im Verkehrsbereich fordert das Umweltbundesamt eine Ausdehnung der LKW-Maut auf Bundesfernstraßen und eine jährliche Erhöhung von LKW-Maut und Öko-steuer. Außerdem heißt es, um Verkehrsverlagerungen im größeren Umfang zu erreichen, sei eine Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung notwendig. Ob diese Handlungsempfehlungen allerdings von der Politik ernst genommen werden ist stark zu bezweifeln, und deshalb dürften die genannten Ziele, zumindest im Verkehrsbereich, utopisch sein.

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlungen und Verkehr
 Umweltbundesamt-Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung
 -Strategiepapier des Umweltbundesamtes-
 abgestimmt mit der uba-Arbeitsgruppe
 „Agenda 21/Nachhaltige Entwicklung“

erschienen im Herbst 2004 im Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 2004
 ISBN: 3-503-07852-5



SÖL Stiftung präsentiert

**Aktuelle Ausgabe 4/04:
 Ökologie & Landbau**

Themenschwerpunkt: Energie im ökologischen Landbau mit Beiträgen zu Chancen und Risiken für den Ökolandbau in Osteuropa, die erste Konferenz zur ökologischen Aquakultur in Vietnam, Hochwasserschutz durch Ökolandbau, Phosphorversorgung von Leguminosen und die Auswirkungen auf die Stickstofffixierung und auf Ertrag der Nachfrucht, etc.

Kontakt

Maren Rohwedder
 Weinstraße Süd 51
 67098 Bad Dürkheim
 Tel: 06322/98970-226 - Fax: 06322/98970-1
info@soel.de, yussefi@soel.de
www.soel.de/oekolandbau/weltweit.html
 Ein eigenes Jahresabo für Studis kostet 19 EUR (inkl. Versand).- Bitte eine kurze Nachricht an die Aboverwaltung: Ökom-Verlag - Frau Seitz
 Waltherstr. 29 - 80337 München
 Tel: 089/544184491 - Fax: 089/54418449
kontakt@oekom.de - www.oekom-verlag.de

Das FUI

Das FUI/HUI ist der Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit. Die Mitglieder des Netzwerks BSÖ beziehen es 1 x im Quartal (2 x im Semester) kostenlos, alle anderen können es für 10 Euro pro Jahr abonnieren.

Einzelexemplare des Hochschul-Umwelt-Infos können gegen 2,50 Euro in Bar oder Briefmarken in der Geschäftsstelle angefordert werden. Sie befinden sich auch zum Runterladen teils ohne Graphiken größtenteils als pdf-Dateien auf unserer Internetpräsenz:

<http://www.bsoe.info/fui>

Die BSÖ

Im November 1992 wurde das Netzwerk BSÖ e.V. gegründet, um die Aktivitäten der Umweltgruppen, Öko-, Verkehrs- und Sozialreferate und umweltinteressierter StudentInnen zu vernetzen und eine Informationsstelle für die Einbindung des Umweltschutzes in die Hochschule zu schaffen. Ziel der BSÖ ist es eine verstärkte Umsetzung des Umweltschutzes in der Lehre, der Forschung und im praktischen Betrieb der Hochschulen und der Studierendenwerken zu erreichen sowie das Umweltbewußtsein aller Hochschulangehörigen auch weiterhin zu fördern. Außerdem soll u.a. die weitere Verankerung des Umweltschutzes und der Umweltbildung in die Landeshochschulgesetze vorangetrieben werden. Außerdem beschäftigt sich die BSÖ natürlich auch mit allgemeinen politischen Themen rund um den Bereich Umweltschutz/Ökologie.

Weitere Infos gibt's in unserer Geschäftsstelle oder bei den AnsprechpartnerInnen für bestimmte Themen. (siehe nächste Seite).



Über die Mailing-Liste **bsoe-news** könnt Ihr einen Newsletter abonnieren. Dieser enthält ca. 6x im Jahr Infos/Aktuelles/ Wissenswertes rund um die BSÖ.

Mit einer eMail mit folgendem Inhalt könnt Ihr Euch eintragen lassen.

To: bsoe@fs.tum.de

Subject: bsoe-news subscribe

Bankverbindung/Spendenkonto:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit
Volksbank im Harz e.G.,
BLZ 268 914 84, Kto-Nr.: 5308200

www.bsoe.info

Abo-Schnibbel

Impressum

FUI

HochschulUmweltInfo-Magazin

Infodienst des BSÖ-Netzwerkes

Herausgeberin: Netzwerk BSÖ e.V.,
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Redaktion: Falk, Florian, Jörg, Oli St.,
Oli B., Sigrid, Stefan, Uli L.

Verantwortlich:

- allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel: Florian Kubitz, Sorge 27,
38678 Clausthal-Zellerfeld

- für den Schwerpunkt:

Oliver Bäsener, Große Str. 33,
21075 Hamburg-Harburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

FDL - Free Documentation License

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die AdressatIn Eigentum der BSÖ e. V. „Zur-Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die BSÖ zurück zusenden.

Auflage: 500 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei Uni Oldenburg
26111 Oldenburg

Ich will FUI-AbonentIn/BSÖ-Mitglied werden

- Ich/Wir möchte/n der BSÖ beitreten. Der Mitgliedsbeitrag für EinzelstudentInnen beträgt 15 Euro. Das FUI bekomme ich automatisch kostenlos zugeschickt. Schickt mir bitte eine Beitrittserklärung.
- Ich/Wir möchte/n das FUI im Abonnement beziehen und 4 x im Jahr frei Haus erhalten:
 - ein Abo für 10 Euro/Jahr
 - weitere Abos für je 10 Euro/Jahr

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____



Bitte ausfüllen und schicken an:

Netzwerk BSÖ e.V.,
c/o HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin
Tel: 030/2093-1749, Fax: 2093-1649
info@bsoe.info
<http://www.bsoe.info>

Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e. V.

Stand: Dezember 2004

ThemensprecherInnen und Arbeitskreise

Anti-Atom:

Oliver Bäsener (Email-Verwaltung)
Große Str. 33, 21075 Hamburg Harburg
Tel.: 040/70104247
und
Falk Beyer (Greenkids)
Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg
Tel: 01 62 / 78 68 204
anti-atom@bsoe.info

Alternativer Handel:

Stefan Freudenberg (BSÖ-Vorstand)
Weiherstr. 12, CH - 8280 Kreuzlingen
Tel: 0041/71/6728629
www.weltladen-konstanz.de
alternativer-handel@bsoe.info

Energie:

Florian Kubitz (BSÖ-Vorstand)
Sorge 27, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728
energie@bsoe.info

Food-Coops:

Bundesverband der Lebensmittelcoops
Bärbel Holve
Hochstr. 30, 53894 Lückerrath
Tel: 02443 / 1631, Fax: 1668
food-coops@bsoe.info

Gen-/Biotechnologie:

David Möbius
FHO Ostfriesland, AStA Ökologiereferat
Constanziplatz 4, 26723 Emden
Tel: 04921/8071185
gentechnik@bsoe.info

Gewässer (NachfolgerIn gesucht):

Nicole Feige (BSÖ-Vorstand)
Rauhehorst 153, 26127 Oldenburg
Tel: 0441/36161736
gewaesser@bsoe.info

Internationales:

Uli Lerche (BSÖ-Vorstand)
Schißlerstr. 9, 86154 Augsburg
Tel: 0821/2182504
und
Sapi Ullrich
http://www.eyfa.org
internationales@bsoe.info

Internet

Stefan Freudenberg
siehe Alternativer Handel
webmaster@bsoe.info

Ökologisch Bauen (NachfolgerIn gesucht):

Holger Wolpensinger
Schnetzlerstr. 3, 76137 Karlsruhe
Tel: 0721/3844848
www.wolpensinger.oekosiedlungen.de
oekobau@bsoe.info

Ökologische Mensa (NachfolgerIn gesucht):

Maria Deiglmayr
Prinzessinweg 67, 26122 Oldenburg
oekomensa@bsoe.info

Papier/Recycling:

David Möbius
(siehe Gentec)
papier@bsoe.info

Reformpädagogik:

Karsten Schulz
Birkenweg 18, 21614 Buxtehude
Tel: 04163/2686
reformpaedagogik@bsoe.info

Tierrechte:

Dr. Martina Kultz-Böhnke
SATIS, Roermonder Str. 4a, 52072 Aachen
Tel: 0241/15-7214, Fax: 5642
www.tierrechte.de
tierrechte@bsoe.info

Hochschul-Umweltschutzstrukturen:

Tina Hoffmann
Tel: 030/51652139
Potsdam / Berlin
umwelthochschule@bsoe.info

Umweltbildung:

Sigrid Oberer
Derchinger Str. 202a
86165 Augsburg
Tel: 0821/2091355
umweltbildung@bsoe.info

Verkehr/Mobilität:

Oliver Stoll
(s. BSÖ-GeSte)
www.bsoe.info/studiticket
www.mobilohneauto.de
mobilitaet@bsoe.info

Peer Wollnik

Glücksburger Str. 41, Zi. 168
44799 Bochum
Tel: 0234/9380862

Vernetzung:

Jörg Schulz (BSÖ-Vorstand)
Adolph-Roemer-Str. 29
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/718450
vernetzung@bsoe.info

Aktive

Till Brock & Malin Ulrich
(FUI-Verschickung)
c/o AStA C. v. Ossietzky Universität
Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Tel: 0441/798-2575

Arne Brück: arne.brueck@web.de

Tobias Leußner
Erzstr. 22b, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948033
Tobias.Leussner@tu-clausthal.de

Alexander Jillich
Tel: 089/31198254
a.jillich@t-online.de

Geschäftsstelle

BSÖ e. V. c/o HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/2093 - 1749 (AB)
Fax: 030/2093 - 1649
geschaeftsstelle@bsoe.info
www.bsoe.info

Präsenzzeit: Freitags, 11 - 17 Uhr
Geste-Team: Olaf, Frigga, Oliver

Finanzen

BSÖ Finanzen
c/o Jörg Schulz
Adolph-Roemer Str. 29
38678 Clausthal-Zellerfeld
finanzen@bsoe.info

Ansprechpartner: Florian und Jörg

Im nächsten FUI

Themen Schwerpunkt

Tschüss !?

Bringt Eure Ideen auf den



Schickt eure Texte ohne Layout (nur Diskette und guten Ausdruck zum Scannen, falls mal wieder Viren drauf sind!) oder per Email spätestens bis zum 1.3.05 an

BSÖ e.V., c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel: 030/2093 1749
@: info@bsoe.info